

Die Partizipation von Migranten als Ressource nachhaltiger Stadtentwicklung



Gefördert vom
Ministerium für
Generationen, Frauen
und Integration



Ruhrfestspielstadt
RECKLINGHAUSEN

Die Partizipation von Migranten als Ressource nachhaltiger Stadtentwicklung

Stadtgesellschaft gemeinsam gestalten

Ein Projekt im Rahmen von

KOMM-IN NRW

Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit –

eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen - Ministerium für Generationen, Frauen und Integration

Förderzeitraum: 1.7.2008 – 31.1.2009

Projektleitung: Monika Hegemann

Mitarbeit: Karl-Heinz Broß

Driton Gashi

Die Brücke

Institut für internationale Kontakte und Integration

Integrationsbüro der Stadt Recklinghausen

Willy-Brandt-Park 1

45655 Recklinghausen

Telefon: 0 23 61 / 50 20 12

Fax: 0 23 61 / 50 20 13

E-mail: Institut-Bruecke@Recklinghausen.de

Inhalt

Auf dem Weg – Vorwort zu einem Zwischenbericht.....	5
Einleitung	6
Die Sicht der Migrantenselbstorganisationen.....	8
Kommentar des Islamwissenschaftlers Hüseyin Inam	17
Kommentar der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor	31
Vorschule und Schule	
Die Sicht der Institutionen.....	53
Der Sport	
Die Sicht der Vereine.....	60
Literaturverzeichnis	62

Auf dem Weg – Vorwort zu einem Zwischenbericht



Das Integrationsbüro der Stadt Recklinghausen legt mit der vorliegenden Dokumentation den Bericht zu einem vom Land NRW geförderten KOMM-IN Projekt vor.

„Die Partizipation von Migranten als Ressource nachhaltiger Stadtentwicklung“ – so lautet der etwas sperrige Projekttitel. Dabei geht es um nichts anderes als die Fortsetzung der bisherigen Integrationsarbeit mit einem neuen wichtigen Zwischenziel: Es geht um die Erarbeitung einer Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Recklinghausen und den Migrantenselbstorganisationen zur gemeinsamen Förderung der Integration in der Stadt Recklinghausen. Ein solcher Kontrakt „vor Ort“ soll praktisch und konkret sein; Stadtverwaltung und Migrantenvereine sollen Vereinbarungen treffen zu Inhalt und Form einer verstärkten Zusammenarbeit in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern. Ziel ist es, dass auch gemeinsame Regelungen und Regeln gefunden werden für die Bewältigung von Alltagssituationen, in denen unterschiedliche Kulturen, Religionen und Traditionen aufeinander treffen – und dies natürlich auf der Basis der für alle in Recklinghausen gültigen Rechts- und Verfassungsnormen.

Vorgelegt wird jetzt ein erster Zwischenbericht, der sich bezieht auf die Bereiche Vorschule, Schule und Sport. Auf der Seite der Migrantenselbstorganisationen boten sich zunächst – nicht zuletzt wegen ihrer Anzahl und wegen des hohen Organisationsgrades –, als erste Gesprächspartner die türkischen und türkisch-muslimischen Vereine an. Damit wird auch ein direkter Bezug hergestellt zu einem KOMM-IN Projekt aus dem Jahr 2006, dessen Ergebnis eine vielbeachtete Dokumentation mit dem Titel „Türkische und muslimische Migrantenselbstorganisationen in Recklinghausen“ war.

Sie bot den Vereinen vor drei Jahren die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Waren damals sogar viele „Experten“ überrascht von Anzahl, Größe und Tätigkeitsfeldern der Migrantenvereine, so wird auch die diesmal vorliegende Dokumentation Anregungen zu einem Erkenntnis- und Diskussionsprozess geben. Dies gilt möglicherweise über Inhalt und Umfang von Anliegen und Wünschen wie auch über die vielen potentiell erkennbaren möglichen Konflikte. Zum notwendigen Diskussions- und Gesprächsbedarf werden auch die aufgenommenen Stellungnahmen und allgemeinen Anmerkungen beitragen. Die Dokumentation zeigt auf, mit wie viel Vorbehalten, Ängsten und Distanz sich Migranten und Aufnahmegesellschaft begegnen; sie nennt die Dinge beim Namen, das ist das Neue und das ist ihr Verdienst. Tabuisierung und Ignoranz sind keine Mittel für innovative Lösungen, versuchen wir es mit Offenheit.

Der Weg zum Kontrakt soll weiter beschritten werden. Migrantenselbstorganisationen anderer ethnischer oder religiöser Zuwanderer sollen mit einbezogen werden, ebenso weitere Bereiche der Verwaltung. Wir hoffen, dass dieser Weg in eine gemeinsamer Vereinbarung der Stadt mit möglichst allen Verbänden mündet. Dies wäre im Interesse der Integration, v.a. im Interesse der Lebens-, Bildungs- und Berufschancen der jungen Generation ein bedeutsamer Schritt in die Zukunft.

Georg Möllers

Beigeordneter für
Kinder/Jugend/Familie/Schule/Sport/
Soziales und Integration



Einleitung

Als das Integrationsbüro in der BRÜCKE 2006 die Dokumentation „Türkische und muslimische Migrantenselbstorganisationen in Recklinghausen“ vorlegte, folgte es auch dabei einem bewährten Prinzip, nicht mit Zuschreibungen zu arbeiten, sondern mit der jeweils eigenen Aussage der Migrantenvereine. Der Auftrag, einen Vertrag zwischen den Migrantengruppen in Recklinghausen und den Fachbereichen und später dem Rat vorzubereiten, wurde ebenfalls diesem Prinzip unterstellt. Der Umfang der Aufgabe schien klar umrissen, unterschätzt wurde jedoch der zeitliche, personelle und organisatorische Aufwand, den dieses Prinzip bei mindestens 20 Migrantenselbstorganisationen und 10 Handlungsfeldern erfordert. Die Notwendigkeit zur Beschränkung wurde daher frühzeitig gesehen, und der hohe Organisationsgrad türkischer und türkisch-muslimischer Migranten bot ein willkommenes Argument, mit dieser Gruppe zu beginnen. Ebenso schienen die Bereiche Vorschule, Schule und Sport wegen der hohen Medienpräsenz vorhandener Untersuchungen und in der Gesellschaft diskutierter Konflikte besonders naheliegend.

Erfreulicherweise war die Bereitschaft zur Mitarbeit bei allen potenziellen Beteiligten groß. Bei den Vertretern der Migrantenvereine folgte auf eine spontane Absichtserklärung häufig eine Rückkopplung und Absicherung bei den Vorständen, bei den Dachorganisationen oder auch den Imamen. Dies ist nur zu begrüßen, da alle Äußerungen dadurch eine größere Verbindlichkeit erhalten.

In Migrantenselbstorganisationen Partner für die Integrationsarbeit zu sehen, ist für das Integrationsbüro der Stadt Recklinghausen eine Selbstverständlichkeit. Dabei ist ihre Rolle in der Fachliteratur wie auch in der öffentlichen Diskussion nicht unumstritten. Den einen gelten

sie als „Integrationslotsen“, den anderen als „Identitätswächter“. Für beide Beurteilungen finden sich Belege. Zweifellos und unbestritten sind Migrantenselbstorganisationen Einrichtungen, in denen Meinungs- und Willensbildung mit einem hohen Einfluss in die ethnische bzw. religiöse Gruppe stattfindet; die Wirkung beschränkt sich dabei nicht auf die Vereinsmitglieder, sondern auf das gesamte soziale Umfeld. Der Nationale Integrationsplan und das bundesweite Integrationsprogramm heben die Bedeutung der Migrantenselbstorganisationen besonders hervor. „Ihre Funktion besteht nicht nur darin, eine kulturelle Heimat, einen Ort der Geborgenheit und der Neuorientierung für Migrantinnen und Migranten zu sein. Sie bilden soziale Netzwerke, die authentischer die Interessen und Erfahrungen der Minderheiten vertreten. Sie erbringen eine Vielzahl von Dienstleistungen für ihre Mitglieder, die das staatliche Angebot der Integrationsförderung ergänzen.“

Immer wieder heben Untersuchungen das bürgerschaftliche Engagement von Migrantenselbstorganisationen hervor und auch die Selbstwahrnehmung der Vereine geht in diese Richtung. Dabei ist damit häufig nur die selbständige und effektive Wahrnehmung der eigenen Interessen gemeint. So ist es z.B. nicht gelungen, in den Einzelgesprächen und Konferenzen die Interessen anderer ethnischer, religiöser und kultureller Gruppen mit zu berücksichtigen. Interventionen in diese Richtung wurden fast immer ignoriert. Deutlich wird auch, dass türkeibezogene, religiöse und politische Konflikte eine gemeinsame Interessenvertretung innerhalb der ethnischen Gruppe verhindern. Diese konkurrierenden politischen und religiösen Orientierungen und Ideologien spiegeln sich in den teils miteinander widersprechenden Forderungen und Anregungen. Daher war bereits die Kon-

sensbildung unter den türkischstämmigen Migranten in vielen Bereichen nicht möglich, in Gang gesetzt wurde jedoch ein Diskussionsprozess, der insbesondere die Muslime zu einer Positionsbestimmung zwingt. Wenn ein türkisch-muslimischer Verein fordert, die Mitarbeiter im städtischen Bau- und Planungsbereich müssten mehr über „orientalische Architektur“ wissen, so gibt es auf der anderen Seite das Zitat von Asli Sevindim, die zur Architektur der Moschee in Duisburg-Marxloh bemerkt: „Wenn man ein wirklich starkes Zeichen des Ankommens hätte setzen wollen, dann hätte man eine deutsche Moschee bauen müssen.“ Oder man hat sich mit Navid Kermani auseinander zu setzen, der zum gleichen Thema sagt:

„Ein öffentliches Nachdenken darüber, wie Moscheen in Deutschland aussehen können, tut ohnehin not. Viel zu oft verspielen die Gemeinden bei ihren Bauvorhaben die Chance, die architektonische Formensprache der Gegenwart aufzunehmen und damit den Gewinn an Pluralität für die Städte im denkbar konkretesten Sinne vor Augen zu führen. Ästhetisch sind viele Moschee-Neubauten der letzten Zeit ein Desaster. Das zu thematisieren ist nicht nur erlaubt, sondern geboten.“

In diesen religiös begründeten Forderungen und Anregungen zeigen sich die großen Unterschiede zwischen der häufig orthodoxen, manchmal fundamentalistischen und meist „liberalen“ Glaubenspraxis. Deutlich werden diese auch in den Kommentierungen der beiden Islamwissenschaftler. Gleichwohl wird davon ausgegangen, dass eine Vereinbarung im Konsens geschlossen werden kann, die nicht nur allgemein und vage ist, sondern bezogen auf konkrete Informationen und den Alltag mit all seinen Konfliktmöglichkeiten.

Zum Schluss noch einige persönliche Anmerkungen: In der jetzigen Integrationsarbeit

sollte kein Thema wichtiger sein als das der Bildung. Eine Debatte über mehr muslimische Religionslehrer sollte immer einhergehen mit einer Forderung nach mehr guten Deutschlehrern. Nichts scheint drängender und wichtiger, als zu einer Übereinkunft zu kommen, wie Migrantenorganisationen und staatliche Institutionen dazu beitragen können, eine viel bessere Bildung zu fördern und Chancengleichheit herzustellen. Viel zu häufig wurde daraus in den Diskussionen mit den Vertretern der islamischen Vereine ein Junktim: Wenn die Religionsausübung gefördert wird, dann verläuft auch die Schulkarriere unserer Kinder besser. Diese Position werden die Vereine überdenken müssen, wie auch die Vertreter der Institutionen sich offen der Frage von Bildungsbenachteiligung zu stellen haben.

Bisherige Untersuchungen zu den türkisch-islamischen Migrantenorganisationen stellen fest, dass diese nur selten und mit wenig konkreten Anliegen an die Kommunen herantreten. Die Anfragen beziehen sich in der Regel auf baurechtliche und ordnungspolitische Anfragen. Mit dieser Dokumentation bekommt die Zusammenarbeit eine neue Qualität: Migrantenorganisationen tragen in bisher nicht praktizierter Offenheit ihre Anliegen vor, wie auch die Institutionen viel aus ihrem „Innenleben“ auf den Verhandlungstisch gelegt haben. Die wechselseitigen Erwartungen sind ausgesprochen, pauschale Vorurteile haben ausgedient. Ab jetzt – und damit wurde schon begonnen – wird weiter diskutiert, fair und angemessen und mit dem Ziel, das Zusammenleben in Recklinghausen gemeinsam zu gestalten.

Monika Hegemann
Leiterin der BRÜCKE

Die Sicht der Migrantenselbstorganisationen

Folgende Akteure haben an der Erstellung der Liste mitgewirkt:

- Alevitische Gemeinde Recklinghausen und Umgebung e.V.
- DITIB Türkisch-Islamische Kulturgemeinde zu Recklinghausen e.V.
- DITIB Türkisch-Islamische Gemeinde zu Recklinghausen-Suderwich e.V.
- Islamische Kulturunion RE e.V. – IKB
- Islamische Brüder e.V.
- Frauengruppe DITIB
- Frauengruppe Islamische Kulturunion e.V.
- Gruppe arabischer Frauen
- Verein zur Förderung der Integration und Bildung in Recklinghausen e.V.
- Verein der Förderung und Integration und Bildung in Recklinghausen e.V.
- Verein für Förderung der Integration und Bildung in RE-Süd e.V.
- Verein zur Förderung der Ideen Atatürks e.V.
- Verein zur Wissenschaftsförderung, Jugend und Ethik e.V.
- Vorsitzender des Integrationsrates

1. **Bei der Essenszubereitung** in der Schulkantine soll auf geschächtetes Fleisch (Helal) geachtet werden. Das Schweinefleischverbot soll selbstverständlich in den Kindergärten und Schulen gelten.
2. **Schulen sollen** für muslimische Kinder eine Gebetsmöglichkeit zur Verfügung stellen und sie für das Freitagsgebet vom Unterricht befreien.
3. **Der Sport- bzw. Schwimmunterricht** soll nach Geschlechtern getrennt werden.
4. **Die Eltern sollten ein** Mitspracherecht bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihre Kinder haben.
5. **Migrantenkinder** sollten stärker gefördert werden. Dadurch könnten sie bessere Schulabschlüsse erreichen.
6. **Einführung des islamischen** Religionsunterrichts (durch muslimisches Lehrpersonal).
7. **Einführung des Türkischunterrichts** als anerkanntes Unterrichtsfach.
8. **Die Kommune sollte mit** gutem Beispiel vorangehen und Migrantenjüngliche beschäftigen, insbesondere kopftuchtragende junge Frauen.
9. **Schülerinnen mit Kopftuch** sollen stärker motiviert werden. Es kommt oft vor, dass die Lehrer ihnen nicht zutrauen, das Abitur zu bestehen.
10. **Sprachtests bei der** Familienzusammenführung sollen für alle anderen Migranten auch gelten. Auch sollten türkische Migranten nicht als problematischer als andere betrachtet werden.
11. **Türkische Migranten** werden bei der Wohnungssuche benachteiligt. Die Behörden sollten versuchen, dieses Problem zu beheben.
12. **Das Bild von Moscheen** in der Öffentlichkeit sollte verbessert werden. Es sind keine illegalen Einrichtungen.
13. **Die Stadt sollte islamische** Vereine unterstützen, das negative Bild des Islam zu beseitigen.

„Wenn in vielen Einrichtungen pragmatische Lösungen gesucht werden und wenn solche Lösungen, wie sie der allgemeine Verzicht auf Schweinefleisch und Gelatine oder die Umstellung auf vegetarische Ernährung darstellen, als hilfreich und weiterführend angesehen und praktiziert werden, so muss aus religionspädagogischer Perspektive die Frage aufgeworfen werden, welche möglichen Lern- und Denkanlässe damit für die Kinder entfallen. Die Differenzen werden tendenziell ausgegrenzt und ausgespart, so dass es auch keine Notwendigkeit mehr dafür gibt, den Anderen zu verstehen und eine tolerante und respektvolle Haltung gegenüber dem, was für einen selbst fremd ist, auszubilden.“

Edelbrock/Patak/Schweitzer/Biesinger: Religion und Religionen in der Kindertagesstätte

„Ein Drittel der Sunniten, ein Viertel der Schiiten und 6% der Aleviten sind der Meinung, eine Muslimin sollte ein Kopftuch tragen.“

Religionsmonitor 2008, Bertelsmann Stiftung

„Wir müssen den muslimischen Mitbürgern die gleiche Zeit geben, die wir hatten.“

Paul Böhm, Architekt der DITIB Moschee in Köln

14. **Moscheen sollten als Orte** der Integration angesehen werden, in denen Begegnung möglich ist und vertrauensvolle Kontakte aufgebaut werden.

15. **Bei der Erbauung von Moscheen** und islamischen Kulturzentren sollte die Stadt stärker mit der Gemeinde zusammenarbeiten, um dadurch eine höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erreichen.

16. **Krankenhäuser** (Elisabethkrankenhaus und Knappschaftskrankenhaus) sollten einen Gebetsraum für Muslime einrichten.

17. **Die Soziale Arbeit**, die in den Moscheen geleistet wird, sollte mehr Anerkennung und Wertschätzung finden.

18. **Muslime sollten stärker** in die Integrationsdebatte einbezogen werden.

19. **Der Integrationsbegriff** sollte von den Migranten und von der Mehrheitsgesellschaft neu definiert werden.

20. **Analog zum Weihnachtsschmuck** in der Stadt sollen während des Ramadan auf öffentlichen Plakatwänden und z.B. auf der Bochumer Straße durch Beleuchtung, Plakate etc. auf das Ramadan-Fest hingewiesen werden „der Ramadan soll im öffentlichen Raum verankert sein“.

21. **Die beweglichen Ferientage** in Schulen sollen für die 2 großen muslimischen Feiertage (Ramadan-Fest und Opfer-Fest) vorgesehen werden. Vorgeschlagen wird, dass man dies verbindlich macht für Schulen ab einem Anteil muslimischer Kinder von 30%, für andere Schulen soll es als Empfehlung gegeben werden.

22. **Im Lokalradio** sollen die Freitagspredigten aus den Gemeinden in deutscher Sprache gesendet werden.

23. **Der Bürgermeister soll** Ehrenmitglied in den 3 großen islamischen Vereinen werden.

24. **Bei Planungen für Friedhöfe**, Altenheime, Krankenhäuser, Pflegedienste sollen die Interessen muslimischer Migranten stärker berücksichtigt werden.

25. **Die Migrantenkulturen** sollen sich widerspiegeln im städtischen Kulturangebot.

26. **Die Migrantenselbstorganisationen** sollen aktiv an den Planungsvorhaben der Stadt, insbesondere in den Stadtteilen beteiligt werden. Sie sollen aktiv und angemessen umworben werden.

27. **Bei der Berufung sachkundiger Bürger** in die Ausschüsse des Rates sollen Migranten angemessen berücksichtigt werden (Quote).

28. **Bei der Berufung von Schöffen** und Jugendschöffen sollen Migranten angemessen berücksichtigt werden (Quote).

29. **In Sparkassenrat sollen Migranten** angemessen berücksichtigt werden (Quote).

30. **Für das Glockenspiel am Markt** soll eine Melodie aufgenommen werden, die einen hohen Wiedererkennungswert für möglichst viele Migrantengruppen aus dem Bereich Türkei, Balkan und dem arabischen Raum hat. Es handelt sich dabei um das Volkslied „Katibim“.

31. **Die Mitarbeiter des städtischen Bau- und Planungsbereichs** sollen ein Grundwissen über Moscheebau und orientalische Architektur erwerben.

32. **Im Bereich der Ganztagschulen** soll nachmittags freiwilliger islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache stattfinden, ebenfalls sollen mehr Deutschförderkurse angeboten werden.

33. **Bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen** in der Stadtverwaltung sollen Migranten angemessen berücksichtigt werden (Quote).

34. **Der Verwaltungsaufbau** im Bereich Stadtverwaltung Recklinghausen soll den Vertretern der Vereine (Multiplikatoren) durch einen Beigeordneten nahegebracht werden.

„Spannungen und Konflikte beim Moscheebau, Schwimmunterricht oder Klassenfahrten in Schulen werden in Medien häufig übertrieben dargestellt. Das trägt zu einem einseitigen Bild bei.“

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.,
September 2008

„Auch nach einem mehr als 40-jährigen Einwanderungsprozess nach Deutschland ist das Zusammenleben von Mehrheit und eingewanderten Minderheiten oft immer noch von wechselseitiger Unkenntnis und Befangenheit, ja sogar von Misstrauen geprägt. Dies betrifft insbesondere das Verhältnis zu den teilweise schon in der vierten Generation hier lebenden Muslimen, bei denen zur sprachlichen und kulturellen Fremdheit zumindest in gewissem Umfang eine religiöse Fremdheit hinzukommt.“

Hansjörg Schmid u.a.,
Gesellschaft gemeinsam gestalten 2008

„Friedfertiges und kreatives, sich wechselseitig ergänzendes und bereicherndes Zusammenleben mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen, das ist die entscheidende Zukunftsaufgabe in Deutschland, in Europa und weltweit. Diese Aufgabe betrifft uns alle, Deutsche wie Nichtdeutsche. An dieser Aufgabe ist jeder zu beteiligen.“

Rita Süßmuth, Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft 2006

„Wenn man ein wirklich starkes Zeichen des Ankommens hätte setzen wollen, dann hätte man eine deutsche Moschee bauen müssen.“

Asli Sevindim zur Architektur der Moschee in Duisburg-Marxloh, WELT ONLINE, 26.10.2008

„Zwar sind erwiesenermaßen Türken (wie auch diverse andere Migrantengruppen) im deutschen Bildungssystem und Arbeitsleben Diskriminierungen ausgesetzt. Aber bietet das Land nicht auch immense Chancen für die persönliche, berufliche und akademische Entwicklung? Sicher, die erste Generation der eingewanderten Türken wurde nicht dem Akademikerpool der Türkei abgeworben, und so war nicht zu erwarten, dass sie innerhalb weniger Jahre Ärzte, Ingenieure oder Rechtsanwältinnen werden würden. Aber bereits die zweite Generation konnte sich gut integrieren und beachtliche Bildungskarrieren starten.“

Aygün Keser, Politik- und Unternehmensberater, Berlin

„Wer glaubt, dass Bildungsarmut stets soziale Ursachen hat und keine kulturellen hat, sieht sich durch das vietnamesische Beispiel widerlegt. Keine andere Einwanderergruppe in Deutschland ist in der Schule erfolgreicher: Über 50 Prozent der Vietnamesen schaffen den Sprung aufs Gymnasium. Viele Vietnamesen hielten sich als Selbstständige mit Blumengeschäften oder Büdchen über Wasser. Ihren Kindern aber haben die Eltern eingepflichtet, dass Bildung den Weg in die Gesellschaft bedeutet.“

Cigdem Akyol in der TAZ vom 28.1.2009

„Viele der Projekte, die hier für Einwanderer angeboten werden, sind alles andere als zielführend. Sie sind vielleicht gut gemeint, bewirken aber nichts. Vor allem erreichen sie nie, was man in der Schule erreichen könnte, nämlich Bildung.“

Lale Akgün, Bundestagsabgeordnete am 30.1.2009 in WELT-ONLINE

35. **Viele Migrantenjugendliche** werden bei Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz nicht berücksichtigt. Ihre Qualifikationen werden oft in Frage gestellt. Das geschieht wegen des Migrationshintergrundes. Das Thema sollte mit der Stadtverwaltung diskutiert werden.

36. **Kopftuchtragende Schülerinnen** werden an Schulen diskriminiert.

37. **Bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen** sollte eine Quotenregelung eingeführt werden, Stichwort: Positive Diskriminierung.

38. **Lehrerinnen und Lehrer** sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollten mehr über den Islam erfahren, damit sie sensibler im Umgang mit Muslimen werden.

39. **Die Stadtverwaltung sollte sich** intensiver mit dem Thema „Ältere Migranten“ beschäftigen. Ferner sollte überlegt werden, ob städtische Pflegeheime für Muslime gebaut werden sollen.

40. **Eltern benötigen mehr und** bessere Informationen zum Thema „zweisprachige Erziehung“. Die Verunsicherung ist sehr groß. Die Kenntnisse der Erzieherinnen in den Kindergärten reichen nicht aus, um einen guten Sprachunterricht zu gewährleisten. Erzieherinnen müssen besser ausgebildet werden im Hinblick auf eine professionelle zweisprachige Erziehung und die Forschung muss intensiviert werden.

41. **Schulen und Lehrer** sollen mehr Verständnis zeigen für Kinder, die vor den Ferien in Urlaub fahren. Schließlich fahre man ja nach Hause.

42. **Die beweglichen Ferientage** in Schulen ab einem Anteil muslimischer Kinder von 30% für die zwei großen muslimischen Feiertage (Ramadanfest und Opferfest) vorzusehen, wird von allen Teilnehmern begrüßt. Türkische Nationalfeiertage sollen nicht berücksichtigt werden.

43. **Es soll darauf geachtet werden**, dass nicht jeder Türkischlehrer Islamkunde unterrichten kann. s. 21

44. **In den „Recklinghäuser Arcaden“** soll ein „Raum der Stille“ eingerichtet werden, in dem Muslime während des Einkaufens beten können. Allerdings müsste er nach Geschlechtern getrennt werden. Wirtschaftlich gesehen würde sich das für die Geschäftsleute lohnen, einen großen Kundenkreis für sich zu gewinnen.

45. **Warum spielen die Kommunen** keine Vorreiterrolle bei der Beschäftigung der ausländischen Jugendlichen / Mitarbeiter besonders Jugendliche mit Kopftuch?

46. **Warum werden Scheidungen vor allem** von moslemischen Familien von Behörden und kirchlichen Einrichtungen unterstützt?

47. **Ist die Entstehung von Parallelgesellschaften** von der deutschen Bevölkerung beabsichtigt?

48. **Wieso besteht das Migrationsproblem** nur bei türkischen Migranten? Was ist bei den anderen Migranten? Sind andere Migranten schon integriert?

49. **Bei der Wohnungssuche werden Migranten** benachteiligt, was tun die Behörden, um dieses Problem zu beheben?

50. **Ausländische Kinder werden weniger** gefördert; nur deshalb entsteht das Problem, dass ausländische Kinder nicht so erfolgreich sind.

51. **Die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Schulen** und den Moscheevereinen soll intensiviert werden, d.h. die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Festen erfolgt gemeinsam. Einem verstärkten Dialog kommt eine besondere Bedeutung zu, wenn sich die Beteiligten gegenseitig achten und respektieren, insbesondere können gemeinsam organisierte Aktionen hierzu beitragen. Die Migranten sollen mehr in den Fördervereinen der Schulen mitwirken.

52. **In den Kindergärten und Schulen**, aber auch in christlichen und muslimischen Familien, soll Kindern früh der Unterschied zwischen Christentum und Islam erklärt werden, um so eine Offenheit gegenüber den verschiedenen Religionen zu erreichen. Kinder müssen in ihrer eigenen Religion gefestigt sein, um offen zu sein für andere Glaubensrichtungen. Das Ziel sollte sein, islamischen Religionsunterricht als Unterrichtsfach einzuführen.
-
53. **Zur Einschulung der Kinder** findet in den Schulen mit allen Kindern eine gemeinsame Veranstaltung statt. Davor wird von den Kirchen und den Moscheevereinen jeweils eine eigene Veranstaltung organisiert. Es wäre wünschenswert, wenn sich Kirchen und Moscheevereine auf eine gemeinsame Veranstaltung zur Einschulung verständigen könnten.
-
54. **Den Theologen in den Moscheevereinen** kommt im Dialog eine wichtige Rolle zu. Daher wäre es wünschenswert, wenn sie über bessere Deutschkenntnisse verfügen würden. Insbesondere bei theologischen Fragestellungen könnte ein intensiver Austausch mit deutschen Theologen hilfreich sein. Die Theologen sollen außerdem die Vereine in theologischen Fragen nach außen vertreten.
-
55. **Den Theologen in den Moscheevereinen** kommt z.B. auch die Aufgabe zu, gemeinsam mit dem zuständigen Veterinäramt nach Lösungen für das „Schächten“ zu suchen.
-
56. **Die Sprachdefizite** sind bei Migrantenkindern größer als bei deutschen Kindern. Die Kindergartenzeit sollte intensiver als bisher zur Sprachförderung genutzt werden. Diese Sprachförderung sollte auch im Kindergarten bereits von Lehrern durchgeführt werden, da Kinder zu Lehrern/-innen einen anderen Bezug haben als zu Kindergärtnerinnen. Ein Jahr Deutschunterricht durch Lehrer ist zwei Jahren Sprachförderung im Kindergarten vorzuziehen. Die Unterstützung der Kinder durch die Eltern ist sehr wichtig. Leider sind viele Eltern aufgrund der sozialen Verhältnisse bei der Unterstützung ihrer Kinder überfordert. Vielen Eltern sind die Sprachdefizite auch egal. Wichtig ist ihnen allerdings, dass ihre Kinder in der Schule erfolgreich sind.
-
57. **Die Angebote der Ganztagschule** haben sich verbessert. Dem Essen und der Hausaufgabenhilfe kommt bei den Migranteneltern eine besondere Bedeutung zu; die übrigen Angebote haben keinen hohen Stellenwert. Wenn grundsätzlich kein Schweinefleisch beim Mittagessen angeboten würde, wäre das Vertrauen der Muslime in die offene Ganztagschule größer.
-
58. **In Küchen von Schulen** und Kindergärten soll eine muslimische Kraft beschäftigt werden.
-
59. **Grundsätzlich sollen sich** die Migranten den Sportvereinen anschließen. In Recklinghausen sollte allerdings ein türkischer Sportverein Sportangebote für türkische Migranten anbieten, weil dieser Verein neben dem Sport auch ein Stück „Heimat“ vermitteln könnte.
-
60. **Viele türkische Vereine verfolgen** teilweise unterschiedliche religiöse Ziele. Sie fühlen sich häufig nicht akzeptiert und wollen auf ihre eigenen Werte nicht verzichten. Eine Zusammenarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sich die Vereine gegenseitig akzeptieren und sich gemeinsame Ziele setzen (z.B. einen von allen anerkannten Termin für das Opferfest).
-
61. **Insbesondere ältere Migranten haben** nach wie vor keine ausreichenden bis schlechte deutsche Sprachkenntnisse.
-
62. **Lehrer haben zum Teil immer** noch Vorurteile bei Migrantenkindern, wodurch die schulische Förderung oft nicht gut ist. Bei schlechten Sprachkenntnissen wird mangelnde Intelligenz unterstellt.
-
63. **Im Alltagsleben werden deutsche Sprachkenntnisse** kaum bis gar nicht benötigt, dadurch verringert sich die Bereitschaft und die Einsicht zum Erlernen der deutschen Sprache.

„Die besondere Bedeutung der Sprache hat mit ihrer mehrfachen Funktionalität zu tun. Drei spezielle Funktionen lassen sich angeben. Die Sprache ist erstens eine – mehr oder weniger – wertvolle Ressource, über die andere Ressourcen erlangt werden können und in die man investieren kann (oder auch nicht), also ein Teil des Humankapitals der Akteure. Sie ist zweitens ein Symbol, das Dinge bezeichnen, innere Zustände ausdrücken, Aufforderungen transportieren und (darüber) Situationen definieren kann, einschließlich der Aktivierung von Stereotypen über den Sprecher mit eventuell daran hängenden Diskriminierungen, etwas über einen Akzent. Und sie ist drittens ein Medium der Kommunikation und der darüber verlaufenden Transaktionen und hat dabei die besondere Funktion der kommunikativen Sicherstellung von Abstimmungen und Verständigungen.“

Hartmut Esser, Sprache und Integration 2006

„Die Wirkung bilingualer Programme des Unterrichts mit einer expliziten muttersprachlichen Förderung ist trotz einer Vielzahl von Studien und (Meta-)Analysen und jahrelangen Debatten bisher nicht geklärt, vor allem weil es an methodisch geeigneten Studien, insbesondere auch für die deutsche Situation, mangelt. Es scheint aber, wenn überhaupt, keine nennenswerten Effekte zu geben, weder negative noch positive. Das entspricht der oben erwähnten Bedeutungslosigkeit der Bilingualität für die schulischen Leistungen über die Zweitsprachkompetenz hinaus. Durch den muttersprachlichen Unterricht wird – trivialerweise – allenfalls der Erhalt der Muttersprache gefördert und es ist bisher nicht zweifelsfrei klar, ob das auf Kosten des Erwerbs anderer Fertigkeiten, etwa des Erlernens anderer Sprachen geht oder nicht.“

Hartmut Esser, Sprache und Integration 2006

„Auch von Ausgrenzung Betroffene haben die Aufgabe, Vorurteilsstrukturen und Fremdenfeindlichkeit in den eigenen Reihen entgegenzutreten.“

Interkultureller Rat in Deutschland e.V., September 2008

„Muslime müssen auf Engstirnigkeit verzichten und erkennen, dass Säkularisierung und Religions - Pluralismus auch als Gewinn verstanden werden können.“

Claus Leggewie, Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen

„Es gibt so gut wie keine systematischen empirischen Belege für die Vermutung, dass bilinguale Fertigkeiten eine über die Effekte der Zweitsprachkompetenz hinausgehende positive Wirkung auf das soziale und psychische Wohlergehen der Migranten(-kinder) haben.“

Hartmut Esser, Sprache und Integration 2006

„Die Politik muss klare Worte finden. Anstatt Tausende von Integrationsprojekten zu finanzieren, sollte sie auf eine Reform des Schul- und Bildungssystems setzen.“

Lale Akgün, Bundestagsabgeordnete am 30.1.2009 in WELT-ONLINE

64. **Die Heiratsmigration sowohl** bei den türkischen Frauen als auch in zunehmender Form auch bei den Männern schafft Probleme .

65. **Die mangelnde Identifikation** mit Deutschland ist immer noch vorhanden. Die türkische Politik wird mehr verfolgt, diskutiert und auch finanziell unterstützt als die deutsche Politik.

66. **Die fundamentalistische religiöse** Ausrichtung vieler Moscheevereine verhindert die Integration. Die Kinder müssen nicht nur Deutsch und weitere Fremdsprachen wie z.B. Englisch lernen, sondern auch den Koran auf Arabisch. Hiermit sind viele Kinder überfordert.

67. **Die gesetzliche Regelung zur Förderung** der Deutschkenntnisse im Heimatland, bevor ein Nachzug nach Deutschland genehmigt wird, ist zu begrüßen.

68. **Schulen sollen durch** Nachhilfeangebote der Vereine unterstützt werden.

69. **Der Atatürk Verein unterstützt** die Ideologie der Trennung von Staat und Religion. Dieses Ziel sollte auch von den anderen Vereinen verfolgt werden (z.B. Feiern zum Unabhängigkeitstag).

70. **Religiöse Angebote sollten** zentral von der DITIB durchgeführt werden, da dort die staatliche Kontrolle gewährleistet ist.

71. **Koranunterricht sollte nur** in deutscher Sprache erfolgen.

72. **Die sprachlichen Defizite vieler** Migrantenkinder sind auf die Tatsache zurückzuführen, dass in vielen Schulen inzwischen ein zu hoher Migrantenanteil zu beobachten ist. Die Schulbehörde sollte Migrantenkindern die Gelegenheit bieten, durch die Kontakte zu deutschen Mitschülern ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Das könnte man erreichen, indem man die Klassen besser durchmischt.

73. **Die Schüler, die keinen Schulerfolg** haben, bzw. keinen Schulabschluss erreichen, stammen aus sozial schwachen Familien, mit vielen familiären, finanziellen und anderen sozialen Problemen. Die Schüler erhalten keine Unterstützung im Elternhaus. Es müssen mehr staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diesen Kindern eine schulische und sozialpädagogische Förderung anzubieten.

74. **Die Sonderschule** sollte keine „Restschule“ sein. Es gibt Kinder, für die diese Schulform geeignet ist, da sie dort in kleineren Gruppen und mit mehr Aufmerksamkeit der Lehrkräfte gefördert werden. Die Schulämter müssten dafür sorgen, dass das Image der Sonderschulen verbessert wird. Viele Migranteneltern haben Angst, dass ihre Kinder auf die Sonderschule kommen.

75. **Geringer Schulerfolg und geringe** Anerkennung führt bei Migrantenkindern und Jugendlichen oft zu Fehlentwicklung und aggressivem Verhalten. Das ist insbesondere in Schulen mit hohem Migrantenanteil zu beobachten, wo sich Kinder innerhalb ihrer ethnischen Gruppe stark fühlen, Banden gründen und andere Schüler belästigen. Es sollten Projekte initiiert werden, die zum Ziel haben sollten, das Verhalten dieser Kinder zu verbessern und ihnen gutes Benehmen zu vermitteln.

76. **Was die alevitischen Kinder** betrifft, sind viele von ihnen erfolgreich in der Schule. Es herrscht in den Familien ein hohes Bewusstsein für die Wichtigkeit der Bildung. Viele Aleviten der zweiten und dritten Generation haben studiert und sind erfolgreich im Berufsleben. Sie sollten stärker in die Öffentlichkeit gebracht werden, damit sie anderen Schülern als Vorbild dienen können.

77. **Die türkischstämmigen Vereine** sollten mehr Wohlwollen zeigen, was die Zusammenarbeit untereinander betrifft und insbesondere wenn es um die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft geht. Viele behaupten, man wolle zusammenarbeiten, die konkrete Arbeit fehlt oft. Das könnte man ändern, indem man offen und tolerant zueinander ist und wenn man einander wertschätzt.

- 78. Der Alevitische Verein hat gute Kontakte zu den anderen Vereinen in Recklinghausen.** Es bestehen Kontakte zu der griechisch-orthodoxen Gemeinde in Herten und zu vielen anderen Vereinen. Der Verein organisiert Leseabende in türkischer Sprache, Empfänge für Parteien etc. Die Stadtverwaltung sollte Migrantenvereine stärker finanziell unterstützen, damit sie handlungsfähig bleiben und attraktiver werden können.
- 79. In fünf Städten in NRW wird alevitischer Religionsunterricht angeboten.** Es müssen 12 Schüler alevitischen Glaubens Interesse bekunden, damit eine Klasse zustande kommen kann. Der Unterricht erfolgt in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften. In Recklinghausen wird dieser Unterricht vom Verein organisiert.
- 80. Für Migrantinnen sollen mehr Sprach- und Orientierungskurse, die ein breiteres und differenziertes Angebot umfassen, angeboten werden.** Die Differenzierung soll nach Herkunftsland, Bildung, Alter, Lebensstandard, Religion etc. erfolgen.
- 81. Viele Migrantinnen, besonders der ersten Generation, sind Analphabetinnen.** Deshalb sollten für diese Frauen im Vorfeld Lese- und Schreibkurse angeboten werden.
- 82. Die Integrationskurse für Frauen sollen mit Kinderbetreuung angeboten werden.**
- 83. Die Kinder mit Migrationshintergrund sollen in Kindergärten und in Schulen gleichmäßig aufgeteilt werden, d.h.: man soll keine rein türkischen Gruppen oder Klassen bilden.**
- 84. Die sprachliche Förderung von Migrantenkindern sollte vom Vorschulalter bis auf die gesamte Schulzeit erstreckt werden.** Dabei sollten mehr aus- und weitergebildete Erzieherinnen und Lehrerinnen eingesetzt werden.
- 85. Es sollen mehr Erzieherinnen und Lehrerinnen mit Migrationshintergrund eingestellt werden, damit kulturelle und sprachliche Barrieren überwunden werden.**
- 86. Der Religionsunterricht sollte in den Schulen in deutscher Sprache und durch qualifiziertes Personal durchgeführt werden.**
- 87. Der muttersprachliche Unterricht sollte auch nach der Grundschule weitergeführt werden.**
- 88. Bei der Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht sollten sich die muslimischen Mädchen nach ihren Religionsvorschriften bekleiden dürfen, d.h. beim Schwimmunterricht sollte körperbedeckende Badebekleidung erlaubt sein!**
- 89. Für muslimische Frauen und Mädchen sollte es mehr Sportangebote geben.** Als Beispiel wurde getrenntes Schwimmbadangebot, das natürlich von einer Bademeisterin geleitet wird, genannt.
- 90. Begabte Mädchen sollen gefördert und bestärkt werden.** Dabei sollte ihr äußeres Aussehen keine Rolle spielen.
- 91. Das Kopftuch sollte kein Hindernis bei der Ausbildungs- und Arbeitsuche sein.**
- 92. Die Ausbildungsquote der Migrantinnen sollte erhöht werden.** Sie sollten durch spezielle Förderkurse besser qualifiziert werden.
- 93. Im Heimatland erworbene berufliche und akademische Qualifikationen sollen anerkannt und durch gezielte Maßnahmen zur beruflichen Nachqualifizierung und Weiterbildung angepasst werden.** Dadurch werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für sie verbessert.
- 94. Migrantinnen sollten motiviert werden, insbesondere als Unternehmerinnen, Lehrerinnen, Beraterinnen, Sozialarbeiterinnen, als Ärztinnen und Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Jugend- und Altenhilfe tätig zu werden, damit sie ein Beispiel für die andere Migrantinnen geben und Mut machen.**
- 95. Die deutschen Frauen sollten sich auch mehr engagieren, damit die Integration besser klappt.** Zum Beispiel könnten die Frauenverbände die Migrantinnen bei Behördengängen oder Wohnungssuche unterstützen.

„Innerislamischer Pluralismus: Es ist zu vermitteln, dass muslimische Gruppierungen und Einstellungen differenziert und vielfältig sind.“

Interkultureller Rat in Deutschland e.V., September 2008

„Aleviten haben den höchsten Anteil an nicht religiösen Befragten (21%) gefolgt von Schiiten (9%) und lediglich 2 % bei den Sunniten. Unter diesen lässt sich wiederum die höchste Zahl von Hochreligiösen (47%) finden, etwa viermal mehr als bei den Aleviten (12%). Mit 29% liegen die schiitischen Befragten hier etwa in der Mitte. Nahezu zwei Drittel der Aleviten (65%) und nur vier Prozentpunkte weniger Schiiten (61%) sind als religiös einzustufen. Eine große Mehrheit der befragten Muslime in Deutschland können als religiös oder sehr religiös eingeschätzt werden (90%). Die gemeinschaftliche religiöse Praxis ist jedoch mit einer mittleren und hohen Intensität bei 66% der Befragten deutlich niedriger. Die private religiöse Praxis in Form des täglichen Gebets ist dagegen recht hoch. Ein Drittel der Befragten insgesamt betet mindestens 2- bis 4 mal am Tag, 28% geben an, alle fünf Pflichtgebete zu absolvieren.“

Religionsmonitor 2008, Bertelsmann Stiftung

Religionsmonitor 2008, Bertelsmann Stiftung

„Wir müssen den Mut haben, auch mal kein Verständnis zu zeigen, wenn elementare Werte unserer Gesellschaft in Frage gestellt werden.“

Lale Akgün, Bundestagsabgeordnete am 30.1.2009 in WELT-ONLINE

„Ausgerichtet an den Werten unseres Grundgesetzes sind wir verpflichtet, für gemeinsame Überzeugungen einzutreten, Werte wie Würde der Person und Gleichberechtigung der Migranten im Alltag umzusetzen und der Benachteiligung in Bildung, Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben entgegenzuwirken. Denn Ungleichheit sowie Ausgrenzung von Bildung und Arbeit bewirken Ghettoisierung, und Rückzug in die eigene ethnische Gemeinschaft oder Verführbarkeit durch eine Minderheit radikalierter fundamentalistischer Gruppen, die sich strikt von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen, Integration ablehnen und die Aufnahmegesellschaft, in der sie leben, bekämpfen.“

Rita Süßmuth, Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft 2006

96. **Die muslimischen Frauen** wünschen sich mehr Dialog mit den deutschen Frauen, damit man sich gegenseitig besser versteht und die Ängste abgebaut werden.
97. **Die Berichterstattung über** Migrantinnen sollte nicht einseitig sein. Es sollte nicht nur Negatives berichtet werden!
98. **Das Integrationsproblem sollte** nicht nur auf die türkischen oder muslimischen Migrantinnen begrenzt werden.
99. **Die Migrantinnen sollten nicht** als Gesamtmasse betrachtet werden, jede von ihnen sollte als Individuum gesehen werden.



Ergebnisse der dritten Gesamtkonferenz mit den Vereinen am 4.2.2009

Eingeladen waren:

DITIB-Türkisch-Islamische Kulturgemeinde zu RE e.V.,
 DITIB-Türkisch-Islamische Gemeinde zu RE-Suderwich e.V.,
 Islamischer Kulturverein RE e.V.,
 Islamische Kulturunion e.V.-IKB,
 Verein zur Förderung der Integration und Bildung in RE e.V.,
 Verein für Wissenschaftsförderung, Jugend und Ethik e.V.,
 Verein für Förderung der Integration und Bildung in RE-Süd e.V.,
 Alevitische Gemeinde RE und Umgebung e.V.,
 Verein zur Förderung der Ideen Atatürks e.V.,
 Zentrum der islamischen Brüder e.V.,
 Hayri Kücükoyuncu -Vorsitzender Integrationsrat der Stadt RE,
 Zarife Cosgun – Mediatorin,
 Hüseyin Inam – Mediator



Anwesend sind:

Monika Hegemann,	Leiterin der BRÜCKE
Karl-Heinz Broß,	Geschäftsführer des Integrationsrates
Driton Gashi,	BRÜCKE
Hüseyin Inam,	Mediator, BRÜCKE
Fatih Aydın,	Verein zur Förderung der Integration und Bildung in RE e.V. (VIKZ)
Hasan Yılmaz,	Verein zur Förderung der Integration und Bildung in RE e.V. (VIKZ)
Enver Yılmaz,	Sozial- und Kulturverein türkischer Elternbund für den Kreis RE und Umgebung e.V. und Türkischer Elternverein e.V.
Rahmi Tokgöz,	DITIB-Türkisch-Islamische Kulturgemeinde zu RE e.V.
Mevlüt Göceci,	Islamische Kulturunion e.V. – IKB
Meral Sun,	Verein zur Förderung der Ideen Atatürks

Die in gemeinsamen Konferenzen mit den Vereinen, Einzelgesprächen mit Vereinsvertretern, Frauengruppen und Integrationsratvorsitzenden entstandene 99-Punkte-Liste wurde allen Akteuren im Vorfeld zugeschickt, damit eine vereins- bzw. gruppeninterne Abstimmung stattfinden konnte.

Die Teilnehmer wurden darauf hingewiesen, dass dies die letzte Gelegenheit sei, die Liste zu ergänzen und eine Gesamtbewertung vorzunehmen.

Folgende Stellungnahmen wurden von den anwesenden Vereinsvertretern abgegeben:

Islamische Kulturunion

Herr Göceci bringt seine Befürchtung zum Ausdruck, dass die Liste zu lang sei um schnell umgesetzt zu werden. Den Einwand, es handle sich um Maximalforderungen, weist er zurück. Im übrigen findet er, dass alle Punkte auf der Liste wichtig seien und dass das Projekt dazu beitragen könne, das Vertrauen zwischen Stadtverwaltung und den Migrantenvereinen zu verbessern.

Verein zur Förderung der Ideen Atatürks

Frau Sun ist der Meinung, dass den Punkten, die die Bereiche Bildung, Ausbildung und Sprache betreffen, absoluter Vorrang bei der weiteren Diskussion gewährt werden müsse. Religiöse Fragen seien nur bedingt wichtig.

Verein zur Förderung der Integration und

Bildung in RE (VIKZ)

Herr Aydin findet, dass die Punkte, die der Integrationsförderung und die Fragen von besserer Bildung thematisierten, einen höheren Stellenwert haben sollten als religiöse Themen. Einige der religiösen Forderungen gehen seiner Meinung nach an Grenzen und seien nicht realisierbar. Für seinen Verein sei die gute Zusammenarbeit mit der Stadt enorm wichtig und sein Verein erhofft sich durch das Projekt eine weitere Verbesserung.

Sozial- und Kulturverein türkischer Elternbund für den Kreis RE

Herr Yilmaz merkt an, dass nur 10% der Forderungen realistisch seien. Die religiösen Themen, die in der Liste überwiegen seien zweitrangig, wenn man von Integration sprechen wolle. Vielmehr sollten sich die Vereine um die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen kümmern. Man könne beispielsweise in Kooperation mit der Stadt mehr Aufklärungsarbeit leisten, z.B. im Hinblick auf Drogenkonsum.

DITIB-Türkisch-Islamische Kulturgemeinde zu RE e.V.

Herr Takgöz ist der Meinung, dass die Frage des Kopftuchs und die Nachteile, die türkischen Mädchen und Frauen aus dessen Tragen entstehen, ein zentrales Thema sein müsse.

Bei der Konferenz werden die Teilnehmer darüber informiert, dass eine Kommentierung der Liste durch Hüseyin Inam und Lamya Kaddor erfolgen wird.

Kommentar des Islamwissenschaftlers Hüseyin Inam

a) Allgemeine Anmerkungen

Weil die Moscheevereine die größten MSO der Stadt bilden, beschäftigen sie sich nicht nur mit religions- und gemeindespezifischen, sondern häufig auch mit anderen Themen, die sich auf den Alltag ihrer Gemeindeglieder beziehen. Die Liste der Äußerungen weist viele unterschiedliche Schwerpunkte auf. Diese betreffen Fragen der Akzeptanz religiös bedingter Unterschiede in der Öffentlichkeit, in der Verwaltung und in der Politik, der gleichwertigen Behandlung religiöser islamischer Praxis, der besonderen Sprachprobleme der türkisch-muslimischen Migranten und Migrantinnen, der Einbindung muslimischer Anliegen in verschiedenen Institutionen, der seriösen Vermittlung von Kenntnissen über den Islam in der Öffentlichkeit, der verschiedenen Probleme der muslimischen MSO, der politischen und gesellschaftlichen Partizipation (u.a. zur Nutzung des vorhandenen sozialen Engagements und anderer Potentiale), dabei auch der Schwierigkeiten der gesellschaftlichen, politischen, sportlichen und freizeitspezifischen Partizipation muslimischer Frauen und des unterschiedlichen Umgangs mit Migrations- und Integrationsproblemen. Außerdem betreffen sie die anstehenden Fragen bezüglich der ersten, d.h. der Elterngeneration. Sie betreffen auch allgemein Generationsprobleme, den Verlust von Autoritätsstrukturen, die Situation der Kinder und Jugendlichen in den Kindergärten, Schulen und in der Öffentlichkeit, die Jugendkultur und das Verhalten von Jugendlichen oder Gewaltbereitschaft, die Probleme der Bildungsvermittlung, die Schwierigkeiten in der Arbeitswelt, die Gründe der hohen Arbeitslosigkeit bei Personen mit Migrationshintergrund (insbesondere bei den jüngeren Generationen und bei Frauen), die beruflichen Perspektiven, die finanzielle und strukturelle Förderung von Integrationsarbeit, die Förderungsmöglichkeiten von allgemeinnütziger Arbeit, wie sie die MSO ohnehin schon durchführen oder durchführen könnten, die Abstimmung von sozialem Engagement in den MSO mit anderen Institutionen, und die Umsetzung von Festen,

Freizeitaktivitäten, öffentlichen kulturellen Veranstaltungen, usw.

Einige Punkte der Sammlung wirken wie Maximalforderungen oder sind es auch, während andere Punkte eher zögerlich formuliert scheinen und weitergehende Aspekte erahnen lassen. Da selbst erfahrene Persönlichkeiten manchmal auf Ideen kommen können, die unrealistisch und absurd klingen, bedarf es bei vielen vorgetragenen Ideen, die bisweilen unausgereift klingen, auch bei den MSO und ihren Vertretern einer professionellen Beschäftigung mit den betreffenden Themenkomplexen. Die überzogenen Äußerungen sind in ihrem Wortlaut häufig zwar nicht ernst zu nehmen, doch weisen sie meistens auf Anliegen der Migranten und Migrantinnen hin, die hochempfindliche und emotionale Dimensionen beinhalten.

b) Demographische und strukturelle Aspekte

Die Integrationsdebatten der letzten Jahre beschäftigen sich zunehmend mit der Frage der Integration muslimischer Einwohner und/oder Bürger in der deutschen Gesellschaft, während die Debatten der Jahrzehnte davor sich vorwiegend auf die Nationalität der Migranten bezogen, insbesondere auf die türkische. Dies hat wohl - neben bekannten politischen Entwicklungen auf globaler Ebene - seine Ursache auch darin, dass die Religionsfreiheit im Grundgesetz einen hohen Status hat und daher die zunehmend deutlicher artikulierten Anliegen der islamischen Gemeinden und ihrer Verbände ernst genommen werden müssen.

Mehr als die Hälfte der nichteingebürgerten ausländischen Migranten der Stadt Recklinghausen kommt aus muslimisch geprägten Ländern. Den weitaus größten Teil davon machen die Migranten aus der Türkei aus. Die große Mehrheit dieser Migranten aus der Türkei sind zwar Türken, aber ein nicht geringer Teil davon sind Kurden, die - bis auf wenige - nicht als Kurden in Erscheinung treten. Außerdem gibt es viele Migranten aus Bosnien, dem Kosovo, Albanien und aus verschiedenen arabischen Ländern.



Gül Ali Toprak (Verein der Aleviten) und Hüseyin Inam im Gespräch.

Die Migranten aus der Türkei weisen mit einer großen Mehrheit sunnitische Prägungen auf. Die nichtsunnitischen Migranten aus der Türkei sind zumeist alevitisch geprägt, auch wenn viele davon eher areligiös sein sollten, so wie es auch unter den sunnitisch geprägten Türken areligiöse Menschen gibt. Es ist also weiterhin davon auszugehen, dass es neben der Mehrheit der sich als religiös verstehenden Migranten aus der Türkei auch einige Agnostiker oder Atheisten gibt oder auch einzelne Christen.

In den letzten Jahren beschäftigen sich die Multiplikatoren aus den MSO auch mit Fragen älterer und alter Migranten. Deren Anliegen werden in den nächsten Jahren immer deutlicher auf der Tagesordnung stehen. Bedeutender sind aber weiterhin die Anliegen, die die Zukunft der Kinder, ihre Bildungsprobleme und Zukunftsperspektiven betreffen.

Bei Durchsicht der Sammlung von Anliegen, Forderungen und Fragen erkennt man, dass es sich bei den türkischen oder muslimischen Migranten und Migrantinnen genauso wenig um eine homogene Einheit handelt, wie bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft. So gibt es darin viele Punkte, die von fast allen MSO getragen werden können, wie es auch einzelne Punkte gibt, die nur von je einer dieser MSO, oder auch allein von wenigen Person aus dieser MSO, vertreten und z.T. von anderen MSO abgelehnt werden. Die Unterscheidung rein religiöser Fragen von nichtreligiösen Fragen (z.B. gesellschaftspolitischen Fragen) ist bezogen auf den Islam nicht nur seitens der Mehrheitsgesellschaft schwierig, sie ist es auch bei den muslimischen MSO selbst.

Um bezüglich der religiösen Fragen voranzukommen, würde vielleicht der Gedanke einer vorsichtigen - weil nichtgenuinen - Differenzierung der Positionen nach den Kategorien „orthodox“, „traditionell“ und „liberal“, weiter helfen. Sicherlich wären hier auch andere

Kategorien oder Zwischenstufen möglich. Mit „orthodoxen Muslimen“ wären jedenfalls all jene gemeint, die versuchen, sich weitgehend an die islamischen Gebote und Traditionen zu halten, wie sie vor allem in der klassischen Zeit der islamischen Geistesgeschichte (d.h. bis zum Eingreifen der Moderne) gelehrt wurden. „Traditionelle Muslime“ wären dann all jene, die den aktuellen Lehrtraditionen, wie sie an den heute maßgeblichen religiösen Institutionen, u.a. auch an den dementsprechend anerkannten Hochschulen, gelehrt werden, folgen. Als „liberale Muslime“ wären dann all jene zu fassen, für die die islamischen Lehren weitestgehend, d.h. bis auf wenige Punkte, keine zentrale, Identität stiftende Rolle spielen, bei denen aber die Religion zumindest zum Lebensalltag oder zum Brauchtum dazu gehört. Mit dieser künstlichen Dreiteilung würde man vielleicht erreichen, dass die Anliegen und Einwände verschiedener Gruppen einander nicht blockieren. Allerdings würde man dabei die Vielfalt innerhalb der Vereine vernachlässigen.

c) Sprachprobleme und ihre Folgen

Ein Schwerpunkt der geäußerten Anliegen konzentriert sich auf die Sprachprobleme der Migranten und Migrantinnen. Im Allgemeinen sind den Vertretern der MSO die sprachlichen Defizite der Kinder und Jugendlichen mit türkisch-muslimischem Migrationshintergrund bewusst. Dennoch kommt es bei den älteren Generationen vor, dass allein aufgrund des Vergleichs mit den eigenen Deutschkenntnissen der Fehlschluss entsteht, dass die Kinder heute bessere Berufschancen haben müssten als man selbst sie einst hatte. Schließlich müssen die Kinder manchmal - eigentlich mehr schlecht als recht - deutschsprachige Briefe übersetzen und unterhalten sich mit ihren deutschen Klassenkameraden fließend. Dass der Arbeitsmarkt heute ganz anders aussieht als noch vor 30 Jahren, d.h. die Berufswelt mittlerweile viel mehr fordert, und dass eine berufliche Karriere viel mehr abverlangt als sich nur verständigen zu können, ist zwar bekannt, aber in Bezug auf die Konsequenzen vielen nicht hinreichend klar.

Die meisten Migranten wissen, dass die Defizite in der deutschen Sprache die Chancen auf gute Zeugnisse und einen guten Schul-

abschluss, somit auch für eine bessere Karriere, beeinträchtigen. Während die eigenen Sprachdefizite ihnen mittlerweile nicht mehr so wichtig erscheinen, legt man zunehmend Wert darauf, dass die Kinder gute Schulabschlüsse erhalten. So wurden inzwischen in vielen Städten, so auch in Recklinghausen, Vereine gegründet, die sich ganz diesen Sprach- und Bildungsproblemen der Migrantenkinder, insbesondere der türkischen und muslimischen, widmen wollen. Die Erfolge dieser Initiativen steigern das Interesse für eine bessere Bildung. So versuchen die etablierten MSO, es diesen bildungsorientierten Vereinen nachzumachen und eigene Kurse in dieser Richtung anzubieten. Sprach- oder Lernkurse für Vorschulkinder gibt es derzeit offenbar noch in keinem dieser Vereine. Dabei wäre dies von großem präventivem Wert, da viele türkische Kinder bis zum Eintritt in einen Kindergarten kaum Deutsch erlernen und der Kenntniserwerb in den Kindergärten immer noch bescheiden ausfällt. Dabei kann der Erfolg beim Start in die Schulbildung eine entscheidende Wirkung für eine positive Einstellung der Kinder haben.

Die erste Generation muslimischer Einwanderer lernte notdürftig die Sprache des Arbeitermilieus und entwickelte daraus einen mehr oder weniger ausgeprägten „Gastarbeiterjargon“. Die Mütter, die zumeist als Hausfrauen nicht einmal die Arbeitswelt kannten, zu einem großen Teil auch Analphabetinnen waren, beherrschten die deutsche Sprache noch weniger. So konnten aus den Arbeiterfamilien nur die wenigsten Eltern die Funktion eines Sprach- oder Bildungsvorbildes erfüllen. Das soziale Milieu trug auch nicht gerade zu einem Aufstieg bei. Die frühere Unterschichtprägung wirkt auch heute noch und erschwert eine Befreiung aus diesem Milieu. Da man einen höheren Status hat im einstigen Heimatland, bleibt auch die alte Heimatbezogenheit weiterhin stark. Man kann davon ausgehen, dass es ein proportionales Verhältnis zwischen der empfundenen Diskriminierung in Deutschland und dem Grad des emotionalen Bezugs zur alten Heimat, der Heimat der Eltern und Großeltern, gibt.

Der ersten Generation von Einwanderern aus der Türkei waren die negativen Folgen der geringen sprachlichen Integration, die erst in

den 80er Jahren lauter geäußert wurden, noch nicht so bewusst. Erfahrungen der Diskriminierung am Arbeitsplatz und der Abgrenzung von Seiten der deutschen Öffentlichkeit, wie sie sich z.B. bei der Wohnungssuche und in der Nachbarschaft zeigten, machten sie zudem unsicher und zurückhaltend gegenüber Deutschen und damit auch indirekt gegenüber der deutschen Sprache. Wenn man äußerlich als Arbeitsmigrant auffiel, die Frau z.B. ein Kopftuch trug, der Verzehr von Schweinefleisch und der Konsum von alkoholischen Getränken vermieden wurde, außerdem die Sprache für eine vernünftige Kommunikation nicht ausreichte, dann war auch ein unbefangenes Zusammenleben mit den deutschen Nachbarn erschwert. So konnten sich die türkischen Familien aus ländlichen Gebieten schwerer integrieren als die aus den türkischen Städten, die sunnitischen Familien schwerer als die alevitischen, die Konservativen schwerer als die Modernisten, die Rechten schwerer als die Linken, etc. Fehlt aber ein intensiver Umgang mit den Deutschen, ist auch die Entwicklung der deutschen Sprache erschwert. Sprache und Begegnung sind zwei Elemente der Integration, die zu einem Teufelskreis führen können, wenn eines von beiden fehlt.

Der Bildungsgrad der nachziehenden Ehegatten ist jedoch seit vielen Jahren stetig gewachsen. Dies bedeutet, dass die Fähigkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, bei diesen Menschen allgemein höher sein dürfte als es bei den ersten beiden Generationen noch der Fall war. Außerdem sinkt das Interesse türkischer Männer und Frauen nach Deutschland zu ziehen, je besser es der Türkei wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch geht. Daher müssten die gesetzlichen Regelungen des Ehegattennachzugs bald überdacht werden, auch weil sie bei den türkischen und muslimischen Einwohnern mit Migrationshintergrund ein Gefühl der Diskriminierung hinterlassen und wenig vertrauensbildend wirken.

Manche Schulen einer Stadt weisen einen zu hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund auf, während andere Schulen der selben Stadt nur wenige dieser Kinder aufnehmen müssen. Dabei wäre eine Gleichverteilung der Kinder mit Migrationshintergrund besser, da

damit eine zu hohe Konzentration von Kindern mit Migrationshintergrund vermieden werden würde. Eine erfolgreiche Vermittlung der deutschen Sprache könnte besser gelingen. Die Beziehungen zwischen den Migrantenkindern und den deutschen Kindern gezielt zu intensivieren, wäre ein weiteres sinnvolles Ziel. Bei den Gesprächen mit den Vertretern der MSO zeigte sich, dass es die türkischen Eltern stört, dass bezüglich der Sprachdefizite so eingehend auf das Problem bei Kindern mit türkischem Migrationshintergrund hingewiesen wird, obwohl es bei vielen anderen Kindern ähnlich aussehe. Die öffentlich vermittelte negative Wertung der sprachlichen Defizite der türkischen Kinder stört scheinbar so sehr, dass man dies relativiert haben will. Vermutlich berührt es einen gewissen Nationalstolz. Einerseits wird das Interesse für die Vermittlung besserer Deutschkenntnisse begrüßt, andererseits wird z.B. die Einforderung der deutschen Sprache als Voraussetzung für den Ehegattennachzug für ungerecht gehalten, weil er nicht für alle Herkunftsländer gilt.

Das Misstrauen türkischer Migranten hat aber auch mit persönlichen Erfahrungen im Umgang der deutschen Bildungspolitik mit der türkischen Sprache zu tun. Schon mit der Ankunft der ersten türkischen Arbeiter in den 60er Jahren bekam die türkische Sprache den Status einer „Defizitsprache“, d.h., wer sie sprach, konnte hierzulande zumeist der Arbeiter- oder Unterschicht zugeordnet werden. Wer hingegen z.B. Englisch oder Französisch sprach, genoss ein höheres Ansehen, selbst wenn er sich mit dem Erlernen der deutschen Sprache nicht besonders anstrengte. Dieses negative Image, das der türkischen Sprache keineswegs gerecht wird, missfiel seit jeher den türkischen Migranten sowie ihren Multiplikatoren.

Das Erlernen des Türkischen gehörte bei den meisten türkischen Eltern schon immer zu den wichtigen persönlichen Anliegen. Dabei gibt es auch bezüglich der politischen oder religiösen Ausrichtungen kaum Unterschiede. Die öffentliche Diskussion um Integrationsfragen hat die Eltern zwar zwischenzeitlich eingeschüchtert, doch fordern sie bei entsprechender Gelegenheit weiterhin die Einführung eines Türkischunterrichts in der

Schule. Jene, die bisher auf diesen Unterricht verzichteten, taten dies weniger aufgrund einer geringeren Wertschätzung der türkischen Sprache, als vielmehr aufgrund der eigenen Erfahrungen der Indoktrinierung durch die Türkischlehrer. Denn der türkische Bildungskanon war diesbezüglich sehr belastet und die Türkischlehrer in den deutschen Schulen wurden häufig aus kemalistischen, nationalistischen und/oder linksnationalen Kreisen ausgewählt. Müssten diese Eltern nicht am Ende ähnliche Verhältnisse fürchten, wie sie sie selbst erlebten, würden sie sich um so deutlicher für die türkische Sprache aussprechen.

Die Einführung eines ordentlichen Türkischunterrichts in den Schulen scheint aber auch aus einem anderen Grunde wichtig zu sein. Denn viele türkische Eltern versuchen ihren Kindern in den ersten Jahren primär die Muttersprache beizubringen. Sie befürchten nämlich, dass die Kinder sonst die türkische Sprache kaum erlernen könnten und dadurch ihnen und ihrer Herkunftskultur entgleiten. Hier sind emotionale Elemente im Spiel, die man sich genauer ansehen muss und die auch nicht unterschätzt werden dürfen. Wird die Unterrichtung der türkischen Sprache problematisiert, wirkt sich dies auf viele türkische Migranten dahingehend aus, dass sie in ihrem familiären Umkreis, vor allem bei ihren Kindern, um so mehr Wert auf die türkische Sprache legen.

Viele Migrantenfamilien aus der Türkei gehen davon aus, dass sich eine frühe Zweisprachigkeit viel besser auf die Bildung und die Intelligenz der Kinder auswirke als eine bloße Vermittlung des Deutschen. Daher halten sie nicht viel davon, dass den Kindern zuerst Deutsch, dann Türkisch, und dann weitere Sprachen beigebracht werden sollen. Verschiedene Studien, von denen sie in ihren Migrantenvereinen gehört haben, scheinen sie darin auch zu bestätigen. Ergebnisse anderer Studien scheinen ihnen daher einseitig motiviert zu sein. Deren zum Teil entgegengesetzten Ergebnisse machen jedenfalls eine genauere Betrachtung der Problemfelder notwendig. Die unzweifelhaft erforderlichen Bedingungen zu einer guten zweisprachigen Erziehung sind jedenfalls in den jetzigen türkischen Familien in Deutschland selten gege-

ben. Dazu zählen insbesondere eine starke Bildungsorientierung bei allen Mitgliedern der Familie (evtl. auch des sozialen Umfelds), sowie die entsprechende Praxis und gute Beherrschung beider Sprachen innerhalb der Familie. Auch das deutsche Bildungssystem und die Kindergärten sind derzeit nicht auf eine zweisprachige Erziehung ausgerichtet, vermögen es daher auch nicht, dieses Interesse entsprechend aufzufangen. Häufig sind sie allein schon durch die Kinder, die nur mit geringen oder gar keinen Deutschkenntnissen in die Kindergärten kommen, überfordert. Fehlentwicklungen sind so kaum vermeidbar. An diesem Beispiel zeigt sich, dass, so wie bei vielen anderen Problemfeldern auch, eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Moscheevereinen und den Kindergärten und Schulen wichtig ist und dazu beitragen kann, dass man eine gemeinsame und aufeinander abgestimmte Bildungspolitik betreibt. Dabei sollte man sich durch die Spannungen und Konflikte, die sich bei einem solchen Prozess unweigerlich ergeben würden, nicht entmutigen lassen. Wie weit die Forderung, die Kindergärten intensiver für eine Sprachförderung zu nutzen, insbesondere über dementsprechend ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen, der Sache dienlich wäre, muss sich noch zeigen.

Für die emotionale Öffnung der in Recklinghausen lebenden Muslime gegenüber der deutschen Sprache würde auch die Sendung der örtlichen Freitagspredigten - die dann in Deutsch gehalten werden müssten - im Lokalradio beitragen. Es ist zuerst einmal positiv zu werten, dass es immer mehr Vertreter aus den Moscheevereinen gibt, die dies für eine bessere Integration wünschen, auch wenn in den Gemeinden selbst bisher nicht genug getan wurde, um die Predigten auf Deutsch durchführen zu lassen. Außerdem würden sich dann auch die Imame der Moscheen und andere Theologen intensiver mit der deutschen Sprache beschäftigen. Jedenfalls würde mit einer Übertragung der örtlichen Freitagspredigten eine weitere Anerkennung der Muslime in der Stadt einhergehen. Sie würde dazu beitragen, dass das Interesse für die deutsche Sprache allgemein wächst und die Beheimatung der Muslime stärker wahrgenommen wird. Durch die deutschsprachigen Freitagspredigten würde man außerdem

auch die Rentner aus der ersten Generation der Gastarbeiter erreichen, die sonst kaum mehr Berührungspunkte mit der deutschen Sprache haben.

Eine solche emotionale Öffnung scheint mir wichtig, weil die deutsche Sprache weiterhin bei den meisten muslimischen Migranten - auch im interreligiösen Dialog, selbst bei vielen sprachtalentierten Muslimen - eher die christliche Geisteswelt assoziiert, und Muslime teilweise immer noch irritiert sind, wenn damit islamische Lehren vermittelt werden. Dabei würde sich ein Prozess der Entscheidungen für bestimmte Begrifflichkeiten entwickeln, der auch andere positive Wirkungen mit sich brächte.

Es ist davon auszugehen, dass die - zumeist unbewusste - emotionale Distanz zur deutschen Sprache mit beiträgt zu den nur geringen Erfolgen bei den Deutschförderkursen in den Schulen, die aber von den MSO weiterhin gefordert werden. Die emotional vertraute Anwendung der deutschen Sprache im islamischen Kontext und zum Ausdruck von Emotionen würde jedenfalls die innere Beziehung zur deutschen Sprache intensivieren. Außerdem würde dies auch eine beschleunigende Wirkung haben auf den Erwerb feinerer Sprachfähigkeiten. An diesem Prozess könnte sich vielleicht zeigen, warum anscheinend gerade muslimische Migranten größere Schwierigkeiten aufweisen, sich sprachlich in einem christlich geprägten Land zu integrieren als andere.

d) Bildungsfragen

Zu den sensiblen Themen der Personen mit türkisch-muslimischem Migrationshintergrund gehören Fragen bezüglich des Umgangs der Schulen mit ihren Kindern. Schließlich scheinen muslimische Kinder in den Schulen allgemein erfolgloser zu sein als andere Kinder. Hier spielen auch tief sitzende eigene Erfahrungen und Verletzungen der Eltern eine Rolle, vor allem, wenn es um Dinge geht, die die eigenen religiösen oder nationalen Identitätsmerkmale berühren. Kinder vermögen es kaum, sich religiös vernünftig zu positionieren, wenn die Lehrer und Lehrerinnen ihnen als Autoritätspersonen gegenüber stehen, gerade auch dann wenn diese

sich als nicht religiöse Menschen ausweisen. Hinzu kommt, dass die Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft gegenüber dem Islam und den Muslimen latent vorhanden sind. Das Misstrauen, das daraus entsteht, überträgt sich auch auf andere Bereiche, z.B. auf die Empfehlung der Lehrer für die weiterführenden Schulen. Allerdings scheinen dabei tatsächlich auch Vorurteile von Lehrern und Lehrerinnen mit eine Rolle zu spielen. Daher fordern einige Eltern Mitspracherecht bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihre Kinder, auch wenn sie sich bewusst sind, dass dies ein schwieriges Thema ist.



Driton Gashi im Gespräch mit Meral Sun.

Defizite in der deutschen Sprache und unsicheres Verhalten können schließlich auch zu einem falschen Eindruck bezüglich der Intelligenz und des geistigen Vermögens der Migrantenkinder führen. Dies wirkt sich dann auf die Ent-

scheidungen hinsichtlich der Einschulungen aus. Zumindest gibt es sehr häufig solche Vorwürfe und der verhältnismäßig hohe Anteil an Kindern mit türkisch-muslimischem Migrationshintergrund in den Sonder- und Hauptschulen scheint zu einem solchen Verdacht Anlass zu geben. Viele Eltern mit türkischem Migrationshintergrund vermuten jedenfalls bei solchen Einstufungen auch böswillige Motive. Dabei sollte die Sonderschule nicht als eine Art „Restschule“ wahrgenommen, sondern für bestimmte Kinder als Chance verstanden werden. Es gibt Kinder, die dieser Schulform bedürfen - die Förderung der Kinder ist gerade dort gewährleistet. Das Image der Sonder- und Hauptschulen ist aber so negativ, dass das alles kaum eine Rolle spielt. Das Gefühl der Eltern, ihre Kinder durch die Einstufung in eine Sonderschule auf ein Abstellgleis zu stellen, oder die Befürchtung, dadurch an gesellschaftlichem Status zu verlieren, ruft große Ängste hervor.

Religiöse Muslime haben sowohl in ihren Heimatländern als auch hier in Deutschland negative Erfahrungen mit den säkularen und

laizistischen Institutionen gemacht. Da eine islamische Religiosität in vielen Institutionen weiterhin als ein Hindernis für eine gute Bildung empfunden wird und daher negative Assoziationen erweckt, entstehen Spannungen. Die diesbezüglichen Themen können so emotionsgeladen sein, dass ein nüchternes Gespräch kaum möglich ist, meistens sogar eher gemieden wird. Die potentiellen Risiken einer Konfrontation und die dadurch entstehenden psychischen Belastungen halten die türkisch-muslimischen Eltern auch davon ab, in einem engeren Kontakt zu Lehrern und Elternschaften zu stehen (z.B. bei den Elternsprechtagen), was mit dazu beiträgt, dass die schulische Einbindung der Eltern in den Entwicklungsprozess der Kinder erschwert bleibt. Dabei wäre aber ein vertrauensbildendes Vorgehen unerlässlich. Ansonsten handeln die Kinder oder ihre Eltern weiterhin nach eigenem Gutdünken, d.h. ohne sich mit der Schule abzustimmen (u.a. bzgl. des Fastens oder evtl. auch bzgl. der Gebetszeiten). Die Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts an den Schulen würde jedenfalls den Vorteil eines stärkeren Gefühls der Beheimatung mit sich bringen und die Beziehungen dadurch etwas entkrampfen. Und durch kompetente muslimische Religionslehrer und Religionslehrerinnen hätten die anderen Lehrer und Leiter der Schulen auch die Möglichkeit, sich direkt beraten zu lassen.

Religion und Religiosität spielen sowohl im Kindergarten als auch in der Schule eine nicht zu unterschätzende Rolle, vor allem auch zu den religiösen Feiertagen hin. Islamkunde oder islamischer Religionsunterricht würde jedenfalls den muslimischen Kindern auch die Möglichkeit bieten, die eigenen Feiertage genauso feierlich zu begehen, wie sie sie ja für die christlichen Feiertage miterleben. Es kann schließlich nicht im Sinne der Verfassung sein, dass die muslimischen Kinder permanent mit christlicher Symbolik vertraut gemacht werden, während die eigenen Feiertage in den Schulen kaum sachgerecht und adäquat zelebriert und die eigenen Symbole kaum vermittelt werden können. Viele Eltern, die dabei eine christliche Indoktrinierung ihrer Kinder empfinden, wollen die Stimmung der Lehrer und Lehrerinnen nicht gegen sich gerichtet sehen, weswegen sie lieber resignativ schweigen, und eher ein wachsendes

inneres Misstrauen gegen die Schule und auch das Bildungssystem entwickeln, das sie auch – wenn auch meistens unbewusst - auf ihre Kinder übertragen. Erst bei schwerwiegenderen Fällen, oder wenn sich Konflikte ihrer Meinung nach anhäufen, reagieren sie dann aber häufig auf eine so emotionale Weise, dass überdeckt wird, wie berechtigt das eigentliche Anliegen ist.

Die Koranschulen in den Moscheen, die weiterhin bei der Vermittlung des religiösen Wissens an die Kinder maßgeblich sind, weisen verschiedene Probleme auf. Dazu zählt die inadäquate Unterrichtsmethode und die damit verbundene übermäßige Belastung für die Kinder und für die Koranlehrer selbst. Die Vermittlung der Fähigkeiten zur Rezitation des Koran und das Auswendiglernen von Koransuren können jedenfalls nicht als eigentliches Problem angesehen werden, nur weil sie auf der arabischen Schrift und Sprache basieren. Dies kann auch nicht ohne weiteres als Fundamentalismus abgetan werden. Denn die Lehrinhalte der Koranschulen sind auf den religiösen Ritus ausgerichtet und daher unverzichtbar, stehen also nicht zur Disposition für irgendwelche nationalen Interessen. Es geht in den Koranschulen außerdem weniger um die Vermittlung von Sprache, als vielmehr um die Vermittlung von Grundfähigkeiten der Rezitation und der Ausübung der Gebetsriten. Allein Moscheen mit einem entsprechend hohen Anteil an arabischen Familien machen sich zur Aufgabe, ihren Kindern dort auch die arabische Sprache beizubringen. Die Unterrichtssprache in den Koranschulen richtet sich bisher vornehmlich nach dem Herkunftsland der Mehrheit der Kinder. Doch dürfte das Interesse der Moscheen für einen Koranunterricht in deutscher Sprache wachsen, wenn die Kinder die deutsche Sprache früher beherrschen würden. Hierbei wäre die religiöse und emotionale Erschließung der deutschen Sprache hilfreich.

Bei den Gesprächen mit den Vertretern der MSO wurden verschiedene Möglichkeiten zu einer emotionalen Öffnung der Migranten in Betracht gezogen. Dazu zählt auch der freiwillige islamische Religionsunterricht an den Schulen. Dieser würde in deutscher Sprache stattfinden, statt wie in den Moscheen bisher üblich, auf Türkisch, Arabisch, Kurdisch oder

Bosnisch. Während die alevitische Glaubensgemeinschaft mittlerweile in den Schulen NRW's einen eigenen Religionsunterricht organisieren darf, leiden die sunnitischen Familien seit Jahrzehnten darunter, dass dieses Thema von den Gegnern zu sehr politisiert und es ihnen dadurch sehr schwer gemacht wird. Einfacher erscheint ihnen daher der Vorschlag eines freiwilligen islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache für den Nachmittag in der Ganztagschule.

Der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache würde auch die Qualität und die Möglichkeiten des interreligiösen Dialoges erweitern. Die sprachliche Genauigkeit in der Auseinandersetzung mit Religion ist sehr wichtig, weswegen bessere Sprachkenntnisse unangenehme Missverständnisse vermeiden würden. Viele Muslime, die in einen interreligiösen Dialog eingetreten sind und gelernt haben, ihn zu wertschätzen, haben ihre sprachlichen Fähigkeiten um so schneller weiterentwickelt. Der interreligiöse Dialog ist ein Feld, auf dem die Begegnung und der geistige Austausch sich intensivieren können. Ein deutschsprachiger islamischer Religionsunterricht würde innerhalb von wenigen Jahren mit sich bringen, dass auch die islamischen Gemeinden von ihren Imamen gute Deutschkenntnisse einfordern. Schließlich wünschen die Vertreter der MSO von ihren Theologen, dass sie den Islam und die Muslime, vor allem die eigene Gemeinde, in der Öffentlichkeit und bei der Begegnung mit nichtmuslimischen Bildungsträgern und christlichen Theologen besser repräsentieren.

Die frühe seriöse Vermittlung von Kenntnissen über den Islam und das Christentum kann Kindern mehr Sicherheit geben. Das Gefühl, dass die eigene Religion ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft ist, würde mehr Selbstvertrauen mit sich bringen. Problematische Verhaltensmuster, wie aggressives oder provokatives Benehmen, die ein Zeichen für fehlendes Selbstvertrauen sein können, würden so vermieden.

e) Religionsfragen

Die religiösen Themenschwerpunkte bezüglich der gesammelten Anliegen der MSO kreisen insbesondere um den Verzehr von religiös

erlaubten Erzeugnissen aus der Fleischindustrie, die muslimischen Regeln der Bekleidung (insb. der Mädchen und Frauen) und den Umgang mit Sexualität, den Islamunterricht an den Schulen, die ungehinderte Ausübung ritueller Pflichten und das öffentliche Image des Islam und der Muslime.

- Halal-Essen

Bezüglich des Umgangs mit Fleisch und tierischen Produkten scheint die oben vorgeschlagene Klassifizierung der Muslime einen guten Überblick zu bieten. So gilt für „liberale Muslime“, dass sie nur Schweinefleisch und entsprechende Direkterzeugnisse meiden. Menschen, die selbst diese Minimalregel nicht mehr beachten, verstehen sich meistens auch nicht mehr als Muslime. Alle anderen Muslime folgen den Regeln des „Halal“-Essens, das ein Pendant zum orthodox verstandenen jüdischen Koscher-Essen wäre. So gilt für „traditionelle Muslime“, dass sie Fleischerzeugnisse meiden, wenn diese nicht durch muslimische Metzger produziert werden. Außerdem nehmen sie im Allgemeinen keinen Alkohol zu sich (es sei denn vielleicht als Bestandteil eines Medikaments). Die Regeln des Halal-Essens würden sie gern auch bei Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Arbeitsplätzen im Ganzen angewendet sehen. Auch wenn z.B. in muslimischen Ländern der Verzehr von Schweinefleisch für Nichtmuslime schon immer zur Religionsfreiheit gehörte, würden sie das strikte Verbot von Schweinefleisch in den hiesigen Gemeinschaftskantinen begrüßen, da bei Berührung mit irgendwelchen Bestandteilen des Schweines das Essen für sie nicht mehr als halal gilt.

Je nach Rechtsschule oder Tradition gelten für viele Muslime auch weitere Verbote, so z.B. für den Verzehr von Fleisch von Pferden, größeren Raubtieren, Kriechtieren, Amphibien, Wassersäugetieren oder auch Hasen. Für „orthodoxe Muslime“ gilt darüber hinaus, dass sie allein nach der klassischen Tradition geschächtetes Fleisch, sowie Produkte, deren Inhaltsstoffe dementsprechend „halal“ sind, zu sich nehmen. Während viele „traditionelle Muslime“ das Fleisch von Tieren, die vor dem Schächten betäubt wurden oder durch Kopfschuss niedergestreckt wurden, essen, meiden die „orthodoxen Muslime“ auch sol-

che Produkte. Beim Opferfest aber gilt auch für die meisten „traditionellen Muslime“ das Schächten ohne Betäubung als Bedingung, da Opfertiere vor dem Schlachten „unversehrt“ sein müssen.

Bei „traditionellen“ und „orthodoxen“ Muslimen, die bei Angehörigen der christlichen oder mosaischen Religion zu Gast sind, können aber andererseits die Einschränkungen sehr weit zurückgehen, da hier ein durch den Koran (s. Koran 5:3-5) und die klassische Koranexegese verbrieftes Sonderrecht gilt. Es gilt dann nämlich nur ein allgemeines „Reinheitsgebot“, welches der sonstigen Praxis der „liberalen Muslime“ gleicht. Diese geweiteten Regeln sollen dazu dienen, dass die sozialen und gemeinschaftlichen Beziehungen zu Juden und Christen nicht behindert werden. Weil aber viele Muslime dieses Sonderrecht kaum kennen, halten sie sich diesbezüglich lieber zurück. Wie weit dieses Sonderrecht z.B. für den Aufenthalt in einem Krankenhaus oder für den Besuch einer Schule (oder eines Kindergartens) gelten kann, müssten noch die muslimischen Theologen in den maßgeblichen Verbänden untersuchen.

- Kleidung und Kopftuch

Ein weiterer Punkt betrifft den Umgang zwischen den Geschlechtern und die Differenzen zwischen der muslimischen Kleidungsmoral und den hierzulande üblichen Traditionen. Die Traditionen säkularer Gesellschaften sind im Allgemeinen freizügiger als die der Muslime. Dementsprechend sind auch die Gefühle des „Anstandes“ und der „Nacktheit“ sehr unterschiedlich ausgeprägt. Es gelten im Allgemeinen auch in der westlichen Kulturwelt, je nach Umstand unterschiedliche Kleiderordnungen. So gelten unterschiedliche Regeln für besondere religiöse Anlässe (insb. Gebet in der Kirche oder bei Beerdigungen), für die allgemeine Öffentlichkeit, für feierliche Anlässe, im Wohnbereich, in Schwimmbädern oder an Stränden, in Massageräumen, in Umkleieräumen und Arztpraxen, in der Sauna oder privat mit dem Sexualpartner zusammen. Dabei sind z.T. auch unterschiedliche Regeln für Männer und Frauen zu beachten. Außerdem wird in vielen Fällen weiterhin unterschieden zwischen gleichgeschlechtlichem und zweigeschlechtlichem Umfeld. Allge-

mein gilt: ist man weniger bekleidet oder verhält man sich freizügiger, als es der Etikette oder dem Anstand nach in einem bestimmten Kontext sein darf, kann dies als unsittliche Provokation gewertet werden. Bei den Muslimen gelten - je nach Umfeld - ebenfalls unterschiedliche Regeln, wobei diese strenger sind als bei anderen. Dabei ist weniger der Zweck als vielmehr die Gegenwart von Personen des anderen Geschlechts relevant. In der Gegenwart geschlechtsreifer Personen des anderen Geschlechts ohne näheres Verwandtschaftsverhältnis gelten die strengsten Regeln. Manche islamische Rechtstraditionen verlangen von Musliminnen und Muslimen, dass sie sich auch bei gleichgeschlechtlichen Personen einer anderen Religion genauso verhalten wie zu Personen des anderen Geschlechts. Im Allgemeinen wird dies aber nicht beachtet. Die Grenzen des „Anstandes“ können sich also bei den Muslimen von Fall zu Fall und von Tradition zu Tradition ändern. Allgemein gilt, dass das mögliche sexuelle Interesse - bis auf das Eheverhältnis - ausgeschlossen wird. So gibt es - je nach dem - unterschiedliche Regeln, wenn es sich um folgende Kontexte handelt: Intimbereich der Ehepartner, Kontext einer medizinischen Untersuchung oder Behandlung, gleichgeschlechtliche Umgebung, Verwandte ersten (und z.T. auch zweiten) Grades, Privaträume, Öffentlichkeit und die Situation des rituellen Gebets. Außerdem unterscheidet man bei Kindern bzgl. des Grades ihrer sexuellen Wahrnehmungen. Für die meisten „traditionellen“ und „orthodoxen“ Muslime ist es äußerst wichtig, dass die Kinder spätestens bei der Geschlechtsreife die frommen Regeln des Anstandes kennen und beachten. Vermutlich wegen der Angst vor möglichen pädophilen Blicken wird in vielen muslimischen Ländern auch sehr früh verhindert, dass selbst Kleinkinder, vor allem Mädchen, in Gegenwart von Nichtfamilienangehörigen völlig nackt herumlaufen.

Die muslimische Kleidungsmoral geht allgemein auf die biblischen Traditionen zurück und weist auch viele Parallelen dazu auf. Sie ist schließlich im Kontext der Beleidigung muslimischer Frauen durch jüdische Personen in Medina entstanden (vgl. Koranexegesen zu den Versen 33:57-62). So wurden damals ähnliche Traditionen eingeführt, wie sie zuvor auch für die mosaischen und christ-

lichen Gläubigen galten. Nur eiferten die Muslime seither viel stärker darin, diese Tradition zu bewahren als Christen und Juden es heute noch tun. Die wenigsten „liberalen Musliminnen“ tragen ein Kopftuch, wenn überhaupt, dann nur bei besonderen Anlässen (z.B. bei Beerdigungen und Moscheebesuchen), aus praktischen (z.B. bei Hausarbeiten) oder manchmal auch aus modischen Gründen. Die meisten von ihnen wollen sonst in keiner Weise mit dem Tragen eines Kopftuchs in Verbindung gebracht werden, weil dies ihnen eher als ein Zeichen für Rückständigkeit oder religiösen Fanatismus gilt. Sie richten sich lieber nach den aktuellen abendländisch-christlichen Gepflogenheiten. Daher ist es den meisten von ihnen völlig zuwider, wenn schon Schulkinder oder Studentinnen Kopftücher tragen. „Liberale“ Eltern, deren eigene Töchter mit dem Gedanken spielen, ein Kopftuch zu tragen, haben dafür kein Verständnis und versuchen, meistens ihre Töchter davon abzubringen. Die „traditionellen Musliminnen“ hingegen tragen zumeist ein Kopftuch, weil die große Mehrheit der muslimischen Theologen und Theologinnen unserer Zeit lehren, dass das Tragen eines Kopftuches für Frauen ab der Geschlechtsreife ein islamisches Gebot sei. Jene unter den „traditionellen“ Musliminnen, die kein Kopftuch tragen, empfinden dies als Sünde und hegen zumeist den Gedanken, irgendwann dieses Gebot einzuhalten. Diese Frauen tragen kein Kopftuch, weil sie sich entweder noch nicht dazu bereit empfinden (so z.B. bis zur Hochzeit) oder wegen der damit verbundenen Einschränkungen in der Öffentlichkeit und im Berufsleben. Viele Eltern begrüßen es daher, wenn ihre Töchter sich von sich aus dazu entscheiden. Entscheidet sich eine Tochter aber nicht für das Tragen eines Kopftuches, so bereitet es den meisten „traditionellen“ Muslimen Unruhe, weswegen sie versuchen, ihre Tochter zum Tragen eines Kopftuches zu überreden. Um diese unangenehme Situation zu meiden, werden die muslimischen Töchter schon früh an das Kopftuch gewöhnt und in entsprechendem Umfeld sozialisiert.

Es gibt aber auch viele „traditionelle“ Muslime, die aufgrund der möglichen Nachteile für muslimische Schülerinnen und Studentinnen ihren Töchtern raten, erst bei Heirat ein Kopftuch zu tragen. Bei den „orthodoxen“

und traditionellen Musliminnen ist es hingegen kaum denkbar, dass muslimische Frauen (inklusive geschlechtsreife Mädchen) in der Öffentlichkeit kein Kopftuch tragen oder z.B. in der Schule ihr Kopftuch abnehmen.

- Körperkontakt und Händeschütteln

In der islamischen Tradition ist die Berührung von Personen des anderen Geschlechts im Allgemeinen verpönt, weswegen die „traditionellen“ Muslime das Händeschütteln eher nur deswegen praktizieren, weil sie ein Missverständnis vermeiden oder nicht in Erklärungsnot geraten wollen. Viele haben sich auch daran gewöhnt und empfinden es nach vielen Jahren nicht mehr als anrühlig. Anders als oft unterstellt, hat diese Anstandsregel nichts damit zu tun, dass Frauen im Islam geringer geschätzt werden, sondern es hat eher damit zu tun, dass bei den muslimischen Theologen die Grenzen zwischen den Geschlechtern – aufgrund der religiös motivierten Tendenz zur Vermeidung sexueller Reflexionen – schon immer viel schärfer gezogen wurden als bei vielen anderen Religionsgemeinschaften. Für „orthodoxe Muslime“ ist jedenfalls ein Händeschütteln eher ein weiteres (wenn auch zunehmend „hingenommenes“) Zugeständnis an nichtislamische Traditionen und daher kaum religiös legitimierbar. „Liberale Muslime“ hingegen können all diese Bedenken und Traditionen kaum nachvollziehen, weil ihre Reflexionen und Empfindungen durch die Traditionen der modernen westlichen Welt geprägt sind.

Viele Fragen stellen sich bei der Koedukation beim Sport. Beim Mannschaftssport entstehen z.B. unabsichtliche Berührungen, die die islamische Pädagogik eher vermeiden will. Außerdem können sich bei den Bewegungen Kleidungsstücke lösen, die Intimbereiche bedecken. Auch wenn allgemein gilt, dass dies bei unabsichtlichen Fällen religiös nicht relevant ist, hat dies für religiös erzogene Kinder oft emotionalere Folgen als für andere. Es kann sogar ihr Empfinden von Würde verletzen. Für „traditionelle“ und „orthodoxe“ Muslime stellen solche Fälle jedenfalls größere Probleme dar als für „liberale“ Muslime. Ein zusätzliches Problem bezieht sich auf das Tragen des Kopftuches beim Sportunterricht. Viele Sportlehrerinnen sind dagegen, weil sie

der Ansicht sind, dass die Mädchen sich beim Sport verhaken könnten. So werden häufig Kompromisslösungen gefunden, bei der beide Seiten die Notlösung meist nur notgedrungen akzeptieren. Ein geschlechtsgetrennter Sportunterricht erscheint für viele Mädchen, selbst für viele „liberale“ Musliminnen, die sich unter gleichgeschlechtlichen Sportlerinnen ungehemmter fühlen, als eine bessere Lösung.

- Schwimmen in der Schule

Beim Schwimmen als Schulunterricht spielen religiöse Bedenken eine noch größere Rolle. Denn der Schwimmbereich kann nach der islamischen Tradition keine essentielle Lockerung der Bekleidungsregeln beanspruchen. Die Grundregeln der Bekleidung gelten für Muslime und Musliminnen auch im Schwimmbereich. Jedes Umfeld gilt ganz und gar als „Öffentlichkeit“, sobald eine einzige geschlechtsreife Person des anderen Geschlechts anwesend ist. Im Schwimmbereich und im Bereich der Duschen spielt zudem einerseits die eigene Kleidung und andererseits auch die Kleidung der anderen Personen eine Rolle. So stößt die Gegenwart eines Menschen, der splitternackt duscht, bei Muslimen negativ auf, weil die Unbedecktheit des Bereichs der Genitalien einem Tabubruch gleich kommt. Allgemein würden Muslime in Gegenwart anderer niemals nackt duschen. Ausnahmen bilden einige muslimische Männer und auch Frauen, die sich in ihrer Arbeitswelt an entsprechende Gepflogenheiten anpassen mussten und daher entsprechende Schamgefühle verloren haben.

Der Bereich zwischen Kniescheibe und Bauchnabel gilt für muslimische Männer - laut der meisten Rechtsschulen - als allgemeiner Intimbereich. Für muslimische Frauen gilt dieser Bereich - nach der klassischen Lehre - nur unter Frauen als enger Intimbereich. In der „Öffentlichkeit“ gilt hingegen, dass bis auf Gesicht, Hände und Füße im Grunde der gesamte Körper einer Frau zum Intimbereich zählt und daher bedeckt sein muss. Dass Ärmel, Füße oder Haare während der Arbeit oder während einer Tätigkeit unabsichtlich sichtbar werden, wird allgemein toleriert.

In den letzten Jahrzehnten wurden für musli-

mische Frauen, die an den Badestränden baden wollen, spezielle Ganzkörperbadeanzüge entwickelt. Sie sind im Grunde eine Mischung zwischen Sport- und Taucheranzug und finden immer mehr Verbreitung. Da diese Badeanzüge für die „Öffentlichkeit“ entworfen wurden, könnten sie den muslimischen Mädchen ermöglichen, am koedukativen Schwimmunterricht teilzunehmen.

- Freie Religionsausübung

Einige Anliegen der Moscheevereine kreisen um die freie Religionsausübung. Dies betrifft das tägliche Gebet, das Freitagsgebet und das Fasten. Da ab Geschlechtsreife die religiösen Regeln und Pflichten wichtig genommen werden, bekommen diese bei den Jugendlichen schon ab dem Alter von etwa 12-13 Jahren eine immer größere Bedeutung.

Der Anteil der muslimischen Jugendlichen, die die täglichen Gebete außerhalb der Schule einhält, dürfte im Allgemeinen unter 15% liegen. Sie würden zu den „traditionellen“ und „orthodoxen“ Muslimen zählen. Jüngere Kinder müssen zwar nicht regelmäßig beten, werden aber oft schon (ab etwa 10 Jahren) daran gewöhnt.

Ende Herbst und Anfang Winter kann mindestens eine Gebetszeit in die Unterrichtszeit fallen. Das betrifft dann das Mittagsgebet und bei Ganztagschulen auch das Nachmittagsgebet, welches noch vor dem Sonnenuntergang gebetet werden muss. Bei Jugendlichen, die einen langen Weg zur Schule haben, betrifft es manchmal auch das Frühgebet, das vor dem Sonnenaufgang und erst ab Morgendämmerung gebetet werden muss. Religiös erzogene Jugendliche wollen ihre Gebetszeiten einhalten und empfinden es als Sünde, wenn sie dies nicht tun. Auch wenn sie das Gebet in den folgenden Gebetszeiten nachholen sollten, gilt dies nicht als Lösung, sondern als eine Art „Entschuldigung“. Aufgrund dessen, dass die Schulen den muslimischen Kindern kaum die Möglichkeiten bieten, in würdiger Form die Vorwaschung zum Gebet zu machen und das Gebet durchzuführen, wird in den Schulen nicht gebetet. Nur in seltenen Fällen versuchen einzelne Jugendliche, ihre Gebete unbemerkt in Klassenzimmern oder in nicht benutzten Räumen abzulegen.

Sie möchten meistens nicht mit der Schulleitung in Konflikt geraten und nicht als Betende auffallen, da sie damit auch Nachteile und Imageverlust befürchten. Daher wünschen einige Eltern und Moscheegemeinden, dass ihnen in den Schulen, Krankenhäusern und auch an den Arbeitsplätzen dem Zweck entsprechende würdige Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Da das muslimische Gebet sehr umfangreich ausgeübt werden kann, wäre es hier wichtig, dass an diesen Orten nur die Pflichtteile des Gebets praktiziert werden. Hier braucht man auch die Unterstützung der Moscheegemeinden und Theologen, weil viele das Gefühl haben, dass sie das Gebet dadurch nicht hinreichend erfüllen können.

Was das Fasten betrifft, so wandert der Ramadan in den nächsten Jahren immer mehr zum Sommer hin und wird für die Jugendlichen, aber auch für die Kinder, die ihren älteren Geschwistern nacheifern, immer schwieriger sein. Wenn man bedenkt, dass ein nicht geringer Teil der sonst nicht als religiös auffallenden muslimischen Kinder und Jugendlichen den Ramadan einhält, sollte man zur Beibehaltung der schulischen Leistungsfähigkeit dieser Kinder und Jugendlichen nach gemeinsamen Lösungen suchen. Dafür ist ein intensiver Dialog mit den Gemeinden und ihren Theologen notwendig. Die religiös legitimen Möglichkeiten des Aussetzens der Fastentage, zumindest an entsprechend wichtigen Tagen, müssten ebenfalls besprochen werden. Ein seriöses Signal religiöser Autoritäten würde sicherlich seine Wirkung haben. Auch das Freitagsgebet spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. So wichtig das Sonntagsgebet für den katholischen Glauben ist, so wichtig ist das Freitagsgebet für die islamische Lehre. Allerdings suchen viele Jugendliche nach Ausreden, um nicht daran teilnehmen zu müssen. Das Freitagsgebet ist vielmehr ein Thema der Moscheegemeinden. Sie möchten hier für ihre Gemeinschaft gleiche Rechte und Möglichkeiten wie die Kirchen haben. Wenn katholische und protestantische Kinder und Jugendliche ungehindert zu ihrem Sonntagsgottesdienst gehen können, dann soll dies auch für den Freitagsgottesdienst der Muslime gelten.

f) Fragen der kommunalpolitischen und gesellschaftlichen Partizipation der Muslime

Aus der Liste der 99 Punkte geht hervor, dass die MSO politische und gesellschaftliche Partizipation wollen. Dies ist für eine bessere Integration auch notwendig. Die MSO wollen, dass Integration nicht einfach nur als Anpassung verstanden wird, sondern als stetiges und gleichberechtigtes Zusammenwachsen. Obwohl die Integrationskonzepte des Landes zunehmend in diese Richtung gehen, scheinen diese neuen Konzepte auch bei den MSO noch nicht wahrgenommen worden zu sein. Das größte Hindernis zur Entwicklung von Mehrwerten durch das Zusammenwachsen von verschiedenen kulturellen und religiösen Elementen besteht darin, dass auf beiden Seiten weiterhin sehr viele Vorurteile und Vorbehalte existieren, vor allem Misstrauen, und dass die nötigen Schritte daher nicht so einfach vollzogen werden können. Es bedarf einer größeren Vertrautheit. Je vertrauter man miteinander ist, um so unbefangener und natürlicher werden sich die Dinge entwickeln, und um so geringer wären dann auch die Verluste an Energie und Zeit. Gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollte man diese Verluste nicht unterschätzen. Um Berührungspunkte zu überwinden und Vertrautheit zu erreichen, müssen z.B. auch gemeinsame gesellschaftliche oder sportliche Freizeitaktivitäten entwickelt werden. Dabei wäre es ratsam, diese nicht gleich mit Problemthemen zu belasten. Zur Verbesserung der Beziehungen wird von den MSO auch der Wunsch geäußert, den Bürgermeister zum Ehrenmitglied der drei größten MSO in Recklinghausen zu machen. Dies wäre schon einmal der Beginn einer Partizipation in eine Richtung.

Bezüglich der politischen und gesellschaftlichen Partizipation bedürfen die türkischen und muslimischen MSO weiterhin der Betreuung und Hinführung durch professionelle Kräfte. Die jahrzehntelangen Erfahrungen der Ausgrenzung sitzen scheinbar so tief, dass man nicht weitere Erfahrungen dieser Art machen will. Daher wünschen die MSO, dass die wichtigsten Schritte von Seiten der städtischen oder staatlichen Institutionen kommen. Dementsprechend richten sich auch viele Forderungen an die Institutionen.

Man kann aber auch davon ausgehen, dass sich viele in den Angelegenheiten der Stadt schwer tun, weil ihnen die Strukturen und politischen Abläufe der Kommunen nicht vertraut genug sind. Um diese Unsicherheiten zu verlieren, bedürfen sie entsprechender Seminare und Einführungen. Anders als früher, dürften die MSO mittlerweile für solche Seminare viel mehr Interessenten aus ihren Reihen gewinnen können, die zugleich der deutschen Sprache mächtig wären.

Die Hoffnung, dass die Beziehungen besser werden könnten, scheint bei den MSO relativ schwach ausgeprägt zu sein. Eines der Problemfelder, die eine demotivierende Wirkung auf die Migranten haben, betrifft die Wohnungssuche und die Behördengänge. Viele Einwohner mit türkischem oder muslimischem Migrationshintergrund machen gerade bei der Wohnungssuche sehr unangenehme Erfahrungen. Dabei würden viele gern ihrem Unterschichtmilieu (und dem damit verbundenen Image) entfliehen. So fragen sich die MSO auch, ob die Ghettoisierung nicht eigentlich gängige Politik der deutschen Gesellschaft ist, um sie dann sozusagen den Migranten als ihr Versagen vorzuhalten. Sie würden sich jedenfalls darüber freuen, wenn in den ausschlaggebenden Medien deutlich gemacht werden würde, dass für die Ghettoisierung der Migranten nicht nur sie selbst, sondern zu einem guten Teil auch das ausgrenzende Verhalten der Mehrheitsgesellschaft verantwortlich sind. Die MSO äußern auch die Hoffnung, dass die Stadt ihnen helfen könnte, das negative Image der Muslime und ihrer Moscheen, aber auch ihres Lebensmilieus zu verbessern.

Ein wichtiges Element zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation ist die Teilnahme am Berufsleben. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit türkischem oder muslimischem Migrationshintergrund ist besonders hoch. Auch mit zunehmendem Bildungsniveau dieser Jugendlichen ist die Ablehnung ihrer Bewerbungen um Ausbildungs- oder Arbeitsplätze immer noch hoch. Dies zeigt, dass die hohe Arbeitslosigkeit nicht allein durch den schlechteren Bildungsdurchschnitt bedingt ist. Hier muß auch eine – wenn auch oft unabsichtliche – Diskriminierung in Betracht gezogen werden. Die MSO meinen daher,

dass eine Vergabe von Ausbildungsplätzen in der Stadtverwaltung an Jugendliche mit Migrationshintergrund eine positive Wirkung haben könnte und dass die gezielte „positive Diskriminierung“ einen Ausgleich und eine Verbesserung der Umstände hervorrufen könnte. Schließlich gibt es viele Bereiche des Berufslebens in denen kaum oder gar keine muslimischen Personen vorhanden sind. Die MSO wünschen, dass sich dies ändert. Denn mit der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen sind häufig auch weitere gesellschaftliche und politische Fehlentwicklungen verbunden.

Die Frustrationen, mit denen Arbeitslosigkeit und schlechte Lebensqualität einhergehen, verursachen häufig Aggressionen, schlechtes Verhalten und Missgunst. Empfänglichkeit für kriminelles, gewaltbereites oder radikales Denken kann die negative Folge daraus sein. Bekanntlich ist ohne Arbeit jede gesellschaftliche Integration schwer zu erreichen, werden doch selbst viele deutsche Familien durch anhaltende Arbeitslosigkeit gesellschaftlich desintegriert.

Ein besonderes Anliegen betrifft auch die muslimischen Mädchen und Frauen mit Kopftuch. Vermutlich ist die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe besonders hoch. Häufig wird ihnen auch nur die Arbeit als Reinigungskraft oder eine Fließbandarbeit in einer Fabrik angeboten - sozusagen analog zur Hausarbeit, worin sie ja geübt sein müssten(!). Schließlich verbindet man seit mehreren Jahrhunderten mit dem Kopftuch auch geistige Rückständigkeit. Bei vielen Punkten, die die Anliegen der muslimischen Frauen betreffen, ist aber oft nur ein zielgerichteter Pragmatismus gefordert, statt sich durch falsche Bilder irre führen zu lassen. Durch eine entsprechende Kinderbetreuung würden z.B. die Sport- und Freizeitangebote oder auch die Integrations-, Fort- und Weiterbildungskurse der Stadt für viele muslimische Frauen plötzlich wesentlich interessanter werden. Die muslimischen MSO hoffen jedenfalls, dass die Kommunen ihnen dabei helfen könnten, dass sich die Situation der muslimischen Frauen ändert. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den muslimischen Frauen, die sehr wahrscheinlich auch durch den Streit um das Kopftuch hervorgerufen wurde, verhindert auch, dass sie sich von ihren Ehemännern emanzipieren können. Die finanzielle Abhängigkeit vom

Ehemann schränkt jedenfalls das dazu nötige Selbstvertrauen ein. Daher müsste die Politik den Eintritt dieser Frauen in das Berufsleben fördern, statt sie aufgrund des Tragens eines Kopftuches auszugrenzen. Dies könnte z.B. durch entsprechende Werbemaßnahmen geschehen. Auch diesbezüglich wünschen die MSO ein positives Signal von Seiten der Stadt.

Die türkischen und muslimischen MSO scheinen viele positive Signale zu brauchen. Jede Würdigung ihrer Arbeit und ihrer Präsenz in der Stadt gibt ihnen mehr Selbstvertrauen. Es gibt positive Signale, die sehr leicht umzusetzen wären. Dazu zählt z.B., in das Repertoire des Glockenspiels am Markt ein Volkslied aufzunehmen, das einen hohen Widererkennungswert für einen Großteil der muslimischen Migranten der Stadt hat. Vorgeschlagen wird dafür das Lied „Katibim“, dessen Melodie in der Türkei und auf dem gesamten Balkan bekannt ist und von den meisten Völkern dieser Region als eigenes Lied beansprucht wird. Eine andere Idee wäre eine Art Weihnachtsbasar für den Ramadan. Dabei würde in bestimmten Einkaufsstraßen der Stadt etwa ein Monat lang „Ramadanschmuck“ hängen, entsprechende Beleuchtung könnte für eine angenehme Atmosphäre sorgen und Plakate würden Aufmerksamkeit wecken.

Auch die Geschäfts- und Konsumwelt könnte die Muslime als Kundschaft stärker ins Visier nehmen und durch einfache Mittel mehr Umsätze von dieser Seite erreichen. In diese Richtung ging z.B. die Idee eines „Raums der Stille“ oder eines muslimischen Gebetsraumes in den „Recklinghäuser Arcaden“. Da ein großer Teil der Muslime die täglichen Gebete einzuhalten versucht, vor allem die kaufkräftigen älteren Muslime, halten sie sich in den Einkaufsbereichen sehr kurz auf. Gäbe es einen Gebetsraum für sie, hätten sie weniger Hektik und würden in diesen Einkaufsstraßen auch ihre Freizeit länger verbringen.

Hüseyin Inam

ist ein in Deutschland aufgewachsener Islamwissenschaftler türkischer Herkunft. Da er zu den türkischen Gemeinden in Recklinghausen und Umgebung gute persönliche Kontakte hat, war er an zwei Integrationsprojekten der BRÜCKE als Mediator tätig. Das letzte Projekt war die Erstellung einer Broschüre mit türkisch-islamischen Selbstorganisationen in Recklinghausen. Mitglied eines bestimmten Vereins ist er nicht, genießt aber ein hohes Ansehen in den muslimischen Selbstorganisationen.

Hüseyin Inam ist Mitglied des Theologen- und Theologinnenbundes in Europa e.V., er war häufig als Referent an Veranstaltungen zum Interreligiösen Dialog in Deutschland tätig. Er ist auch Autor zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen und von Zeitungsartikeln über islamische und migrationspezifische Themen (s. z.B. „Handbuch interreligiöser Dialog“).



Enver Yilmaz, Driton Gashi, Hasan Yilmaz, Karl-Heinz Broß, Fatih Aydin, Hüseyin Inam, Mevlüt Göceci, Meral Sun, Rahmi Tokgöz

Kommentar der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor

1. Bei der Essenszubereitung in der Schulkantine soll auf geschächtetes Fleisch (Halal) geachtet werden. Das Schweinefleischverbot soll selbstverständlich in den Kindergärten und Schulen gelten.

In der Regel ist es ein Zeichen des gegenseitigen Respekts, wenn auf die Speisegebote der anderen Rücksicht genommen wird. Aus diesem Grund ist es vernünftig, auf Nahrung, die Schweinefleisch enthält zu verzichten oder zumindest deutlich kenntlich zu machen und gleichwertige Alternativen anzubieten. Dass nur „geschächtetes“ Fleisch angeboten werden soll, ist meiner Ansicht zu viel gefordert. Muslime in nicht-muslimischen Ländern sollen zwar nach Meinung mehrerer Rechtsgelehrter geschächtetes Fleisch für den Verzehr bevorzugen, sie müssen aber nicht darauf bestehen, wenn es dieses Angebot nicht gibt. Einschätzung: Alternative zu Schweinefleisch anbieten. Ein Schweinefleischverbot ist eine überzogene Anmaßung, ebenso ein genereller Anspruch auf geschächtetes Fleisch.

2. Schulen sollen für muslimische Kinder eine Gebetsmöglichkeit zur Verfügung stellen und sie für das Freitagsgebet vom Unterricht befreien.

Die erste Forderung nach einer Gebetsmöglichkeit ist zwar nachvollziehbar, an staatlichen Schulen angesichts der Trennung von Staat und Religion aber nicht möglich und auch nicht empfehlenswert. Schulen sind kein dezidiert religiöser Ort. Religion in staatlichen Schulen sollte auf ordentlichen Religionsunterricht für alle interessierten Glaubensgemeinschaften beschränkt bleiben. Ungeachtet dessen würde sich die Frage stellen: Warum „nur“ einen Gebetsraum für Muslime? Eine Freistellung für das Freitagsgebet ist rechtlich sowieso unmöglich, da laut Schulministerium kein regulärer Unterricht ausfallen darf.

Einschätzung: Wenn mehrheitlich erwünscht und rechtlich möglich, könnte man überlegen, einen multireligiösen Gebetsraum einzurichten, der im Rahmen des ordentlichen Religionsunterrichts genutzt wird und allen SchülerInnen, die darin beten bzw. meditieren wollen, während der Schulzeit offen steht.

3. Der Sport- bzw. Schwimmunterricht soll nach Geschlechtern getrennt werden.

Schwieriges Thema, was mindestens zwei Lösungsvorschläge impliziert. Das Problem mit dem geschlechtergemischten Sport- bzw. Schwimmunterricht haben im Übrigen konservative Muslime mit manchen Strömungen etwa im Judentum oder im Christentum gemein. In der Grundschule und in den Klassen 5+6 sollte dessen ungeachtet auf jeden Fall ein gemeinsamer Sport- und Schwimm-

unterricht stattfinden, da es wichtig ist, das andere Geschlecht kennenzulernen und zu akzeptieren. In den höheren Klassen ist zwischen Sport- und Schwimmunterricht zu unterscheiden. Sportunterricht sollte prinzipiell gemeinsam durchgeführt werden – es sei denn, die Lehrkräfte erlauben das Tragen eines Tuches, einer Mütze bei Musliminnen nicht. In der Regel ist dies aber bereits Alltag, wenn die Mädchen keine Nadeln etc. am Kopftuch befestigen. Im Hinblick auf den Schwimmunterricht sollte die Schule das Gespräch suchen, wenn es Eltern gibt, die einen aufrichtigen Wunsch nach Geschlechtertrennung an die Schule herantragen. Mittlerweile gibt es ebenfalls die Möglichkeit einer entsprechenden Bekleidung. Ansonsten sollte vor dem Hintergrund des Erziehungsrechts der Eltern über eine Geschlechtertrennung oder eine Befreiung von Schwimmunterricht nachgedacht werden.

Einschätzung 1: In den Klassen 7-10 kann man Schulen empfehlen (nicht vorschreiben), den Schwimm- (nicht Sport-) unterricht nach Geschlechtern getrennt durchzuführen, wenn aus den Reihen der Elternschaft entsprechende Forderung kommen.

Einschätzung 2: Es gibt mittlerweile eine auf die muslimische Frau abgestimmte Bademode („Burkini“ genannt), die den Ganzkörper-Badeanzügen bei internationalen Wettkämpfen ähnelt. Wenn die Schule seine Verwendung erlaubt (s. Berlin), wäre dies eine Alternative für die Beibehaltung eines gemeinsamen Schwimmunterrichtes.

4. Die Eltern sollten ein Mitspracherecht bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihre Kinder haben.

Im Prinzip stellen diese Forderungen nicht nur MSO, sondern viele Eltern. Aus diesem Grund stellt dies eine Grundsatzdebatte dar. Wenn es aber um den Aspekt der Chancengleichheit geht, kann man die Forderung insbesondere im Hinblick auf Kinder mit ausländischen Wurzeln nachvollziehen, deren Benachteiligung im deutschen Schulsystem durch mehrere Studien wie PISA belegt wird.

Einschätzung: Der Forderung kann nicht nachgekommen werden, da sich dieser Erlass (verpflichtende Empfehlung des Grundschullehrers) auf jeden Schüler – egal welcher Herkunft – bezieht. Wenn ein Elternteil mit der Empfehlung nicht zufrieden ist, kann man meines Wissens bestimmte Tests im nahegelegenen Schulamt etc. durchführen lassen, um die Empfehlung aufzuheben.

5. Migrantenkinder sollten stärker gefördert werden. Dadurch könnten sie bessere Schulabschlüsse erreichen.

Im Prinzip ist die Forderung richtig und sollte unterstützt werden. Studien, z.B. PISA, belegen den Handlungsbedarf zu genüge. Allerdings ist die Forderung hier so allgemein gehalten, dass nicht klar ist, was damit konkret gemeint ist.
6. Einführung des islamischen Religionsunterrichts (durch muslimisches Lehrpersonal).

Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts ist ein wesentlicher Schritt zur Integration von Muslimen und deshalb aus meiner Sicht absolut unterstützenswert. Hier wird allerdings nicht deutlich, in welcher Sprache der Unterricht stattfinden soll.
Einschätzung: Deutschsprachiger Islamunterricht von in Deutschland ausgebildeten, muslimischen Lehrern ist sinnvoll.
7. Einführung des Türkischunterrichts als anerkanntes Unterrichtsfach.

Im Prinzip eine gute Forderung. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass hier hauptsächlich Sprachunterricht und weniger landeskundlicher Unterricht durchgeführt wird – von religiösen Inhalten ganz zu schweigen. Das Fach gleichwertig zu Englisch, Französisch oder Latein einzuführen, wäre angesichts der Anforderungen einer globalisierten Welt sicherlich überzogen. Möglich könnte aber ein Wahlpflichtfach oder ähnliches sein.
Einschätzung: Die Forderung klingt vernünftig, wenn das Fach für jeden offen steht und ohne theologische Inhalte unterrichtet werden würde. Es sollte als zusätzliches Angebot wie Spanisch, Russisch, Japanisch oder sonstige Sprachen angeboten werden.
8. Die Kommune sollte mit gutem Beispiel vorangehen und Migrant*innen beschäftigen, insbesondere kopftuchtragende junge Frauen.

Eine hilfreiche Forderung – Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger einer Kommune, Stadt, etc. Mögliche Assoziationen an eine Quotenregelung für „Migrant*innenjugendliche“ – ähnlich der „Frauenquote“ – scheinen mir in diesem Zusammenhang allerdings weniger sinnvoll zu sein, da dies eher einer positiven Diskriminierung als einer Fortentwicklung darstellen würde.
Einschätzung: Die Stadt könnte gezielt durch spezielle PR-Aktionen „Migrant*innenjugendliche“ anwerben – ähnlich wie es die Polizei bereits macht – und das Anliegen darüber hinaus an die Öffentlichkeit tragen, um eine entsprechende Sensibilisierung für den Sachverhalt zu erreichen.

9. Schülerinnen mit Kopftuch sollen stärker motiviert werden. Es kommt oft vor, dass die Lehrer ihnen nicht zutrauen, das Abitur zu bestehen.
- Sicherlich gibt es viele (nicht nur einige) Lehrkräfte, die in einem Mädchen mit Kopftuch eher die unterdrückte Tochter als eine selbstbewusste junge Frau sehen – das aber ist nur manchmal, nicht immer die Wahrheit. Einschätzung: Lehrkräfte, die in Schulen mit signifikanter Anzahl von Muslimen arbeiten – in manchen Schulen beträgt ihr Anteil mitunter 70 Prozent und mehr – müssen gezielt auf den Umgang mit muslimischen Schülern vorbereitet bzw. geschult werden. Dann können sie auch die Rolle des Kopftuches authentisch einschätzen und mögliche Diskriminierung von Kopftuch tragenden Schülerinnen seitens der Lehrer vorgebeugt werden. Es gibt eine Broschüre des Integrationsbeauftragten der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen. Dieser Text, den ich zusammen mit Jörgen Nieland verfasst habe, geht auf viele praktische Fragen im Zusammenhang mit Islam und Schule ein. (<http://www.integrationsbeauftragter.nrw.de/pdf/muslimische-schueler-web.pdf>)
10. Sprachtests bei der Familienzusammenführung sollen für alle anderen Migranten auch gelten. Auch sollten türkische Migranten nicht als problematischer als andere betrachtet werden.
- Einschätzung: Richtig.
11. Türkische Migranten werden bei der Wohnungssuche benachteiligt. Die Behörden sollten versuchen, dieses Problem zu beheben.
- Einschätzung: Ein grundsätzlich ernstes Problem. Die Benachteiligung ist vielfach Realität. Sie betrifft allerdings nicht nur „türkische“ Migranten. Die Forderung nach einer besseren Behandlung sollte sich auf alle Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte beziehen und nicht auf die türkischstämmigen Bürger. Die Kommunalpolitik und die örtlichen Behörden sollten hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln.
12. Das Bild von Moscheen in der Öffentlichkeit sollte verbessert werden. Es sind keine illegalen Einrichtungen.
- Ich gehe davon aus, dass sich diese Aufforderung an die Stadt richtet. Dazu ist zu sagen: Es sollte eher die Frage gestellt werden, was die muslimischen Gemeinden selbst für das bessere Bild in der Öffentlichkeit tun können. Einschätzung: Es ist nicht Aufgabe einer Stadt, PR-Arbeit für Moscheegemeinden zu betreiben. Kommunen können hier nur bedingt helfen, etwa indem sie – was auch an vielen Orten geschieht – gemeinsame Veranstaltungen (etwa Infostände) organisieren.

13. Die Stadt sollte islamische Vereine unterstützen, das negative Bild des Islam zu beseitigen.
- Es sollte eher die Frage gestellt werden, was die muslimischen Gemeinden selbst für das bessere Bild in der Öffentlichkeit tun können. Einschätzung: Es ist nicht Aufgabe einer Stadt, PR-Arbeit für Moscheegemeinden zu betreiben. Kommunen können hier nur bedingt helfen, etwa indem sie – was auch an vielen Orten geschieht – gemeinsame Veranstaltungen (etwa Infostände) organisieren.
14. Moscheen sollten als Orte der Integration angesehen werden, in denen Begegnung möglich ist und vertrauensvolle Kontakte aufgebaut werden.
- Grundsätzlich richtig. Dennoch kann man niemandem von vornherein einen „Persilschein“ ausstellen. Moscheen müssen sich der Öffentlichkeit als Orte der Integration präsentieren – auch über den Tag der offenen Moschee jeweils am 3. Oktober hinaus. Imagepflege muss vornehmlich die Aufgabe der betroffenen Gemeinden selbst sein; selbstverständlich kann hier aber von Seiten der Stadt (finanzielle und ideelle) Unterstützung erfolgen.
15. Bei der Erbauung von Moscheen und islamischen Kulturzentren sollte die Stadt stärker mit der Gemeinde zusammenarbeiten, um dadurch eine höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erreichen.
- Einschätzung: Eine gute Anregung – wie das Beispiel Moschee-Bau in Duisburg-Marxloh.
16. Krankenhäuser (Elisabethkrankenhaus und Knappschaftskrankenhaus) sollten einen Gebetsraum für Muslime einrichten.
- Einschätzung: Wenn, dann sollte ein Gebetsraum für alle Glaubensgemeinschaften eingerichtet werden, der zunächst einmal neutral ist und evtl. in verschiedene Ecken eingeteilt ist. Muslimen einen Extra-Raum zu geben, ist hinsichtlich positiver Diskriminierung wenig nachvollziehbar, denn ein gläubige/r Muslim/in kann auch in ihrem/seinem Zimmer beten (Die Antwort bezieht sich auf nicht-kirchliche Krankenhäuserträger).
17. Die Soziale Arbeit, die in den Moscheen geleistet wird, sollte mehr Anerkennung und Wertschätzung finden.
- Auch hier stimmt der Gedanke an sich, es muss aber die Frage nach der Konkretisierung dieser Forderung gestellt werden. Einschätzung: Man könnte an engere Kooperationen mit den Sozialverbänden in einer Stadt und den städtischen Einrichtungen denken oder konkret einen Sozialarbeiter etwa über ein Stadtteilbüro in bestimmten Bezirken beschäftigen, der in Übereinstimmung mit der Gemeinde eingestellt wurde.
18. Muslime sollten stärker in die Integrationsdebatte einbezogen werden.
- Aus meiner Sicht werden Muslime im Rahmen der Integrationsdebatte eher viel zu sehr einbezogen. Es erscheint in der Öffentlichkeit gerade so, als sei der Islam daran schuld, dass

- man sich hier nicht integrieren könne.
Einschätzung: Weder eine Religion (hier der Islam) noch die kulturelle Herkunft (hier türkisch, arabisch, bosnisch etc.) allein ist an mangelnder Integration schuld. Die Defizite in diesem Bereich sind vielmehr ein Bildungs- oder Familienproblem bzw. eine Frage der persönlichen (politischen) Einstellung. Entsprechend ist die konkrete Forderung nach einer stärkeren Einbindung von „Muslimen“ in die Integrationsdebatte wenig zielführend.
19. Der Integrationsbegriff sollte von den Migranten und von der Mehrheitsgesellschaft neu definiert werden.
Einschätzung: Daran wird bereits gearbeitet.
20. Analog zum Weihnachtsschmuck in der Stadt sollen während des Ramadan auf öffentlichen Plakatwänden und z.B. auf der Bochumer Straße durch Beleuchtung, Plakate etc. auf das Ramadan-Fest hingewiesen werden „der Ramadan soll im öffentlichen Raum verankert sein“.
Einschätzung: Im Prinzip ist die Forderung gerecht und kann unterstützt werden. Diese Idee sollte aber sehr offen und sehr kreativ (wenig theologisch orientiert) gestaltet werden. Durch die Offenheit und Kreativität sollten nicht nur muslimische Bürger angesprochen werden.
21. Die beweglichen Ferientage in Schulen sollen für die 2 großen muslimischen Feiertage (Ramadan-Fest und Opfer-Fest) vorgesehen werden. Vorgeschlagen wird, dass man dies verbindlich macht für Schulen ab einem Anteil muslimischer Kinder von 30%, für andere Schulen soll es als Empfehlung gegeben werden.
Feiertage können rechtlich nicht für bestimmte Schulen mit einem hohen muslimischen Schüleranteil verbindlich gemacht werden. Eine Ausnahmeregelung für Muslime wäre im Hinblick auf religiöse Feiertage anderer Glaubensgemeinschaften aber nicht realisierbar.
Einschätzung: Es sollte den Schulen und den Eltern mitgeteilt werden, dass es ausreicht, wenn an diesem Tag die Schüler eine schriftliche Erklärung der Eltern bei der Schule einreichen.
22. Im Lokalradio sollen die Freitagspredigten aus den Gemeinden in deutscher Sprache gesendet werden.
Die Idee scheint auf Anhieb interessant zu sein. Ob es gleich eine komplette Freitagspredigt sein muss, sollte man gut bedenken. Außerdem sollte man sich die Frage stellen, ob dies die Integration der Muslime verbessert oder eher eine weitere Distanzierung beim Rest der Bevölkerung bewirkt.
Einschätzung: Die Frage, die hier zu klären ist, ob die Predigt in deutscher Sprache gehalten wird. Außerdem muss man sich die Frage stellen, ob nur Gemeinden sprechen dürfen. Was ist mit engagierten Persönlichkeiten, Wissenschaftlern etc.? Möglich wären auch Angebote ähnlich der Konzeption des „Forum am Freitag“ im ZDF.

23. Der Bürgermeister soll Ehrenmitglied in den 3 großen islamischen Vereinen werden.
- Einschätzung: Hängt davon ab, inwiefern der Bürgermeister Ehrenmitglied in anderen religiösen Vereinen ist? Die / der Bürgermeister/ in sollte zum Tag der offenen Moschee etc. anwesend sein und ein Grußwort sprechen oder ähnliches unterstützen.
24. Bei Planungen für Friedhöfe, Altenheime, Krankenhäuser, Pflegedienste sollen die Interessen muslimischer Migranten stärker berücksichtigt werden.
- Meines Wissens wird dies vor allem in Städten mit einem hohem Anteil muslimischer Bürger schon länger berücksichtigt. Wo dies nicht der Fall ist, sollte dies im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung durchaus zum Normalfall werden.
25. Die Migrantenkulturen sollen sich widerspielen im städtischen Kulturangebot.
- Diese Forderung klingt zunächst gut, müsste aber konkretisiert werden.
26. Die Migrantenselbstorganisationen sollen aktiv an den Planungsvorhaben der Stadt, insbesondere in den Stadtteilen beteiligt werden. Sie sollen aktiv und angemessen umworben werden.
- Auch hier: Forderung klingt im Allgemeinen sehr gut, müsste aber konkretisiert werden. Welchen Beitrag genau könnten denn die MSO beim Planungsvorhaben der Stadt beitragen?
27. Bei der Berufung sachkundiger Bürger in die Ausschüsse des Rates sollen Migranten angemessen berücksichtigt werden (Quote).
- Einschätzung: Sachkundigkeit hat nichts mit ethnischer Herkunft zu tun. Die Forderung hat somit keine Grundlage. Einer politischen Stärkung von „Ausländerbeiräten“ über die meist auf Beratung beschränkte Funktion hinaus wäre jedoch beizupflichten. Beim Stichwort Quote gelten die bereits angeführten Bedenken.
28. Bei der Berufung von Schöffen und Jugendschöffen sollen Migranten angemessen berücksichtigt werden (Quote).
- Einschätzung: Grundsätzlich ist es eine gute Idee, Schöffen auch im Kreise von „Migranten“ zu suchen. Anstelle einer Quote sollte aber auch hier eher dafür geworben werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund (ist nicht das gleiche wie Migranten!) ganz selbstverständlich in solche Positionen kommen.
29. In Sparkassenrat sollen Migranten angemessen berücksichtigt werden (Quote).
- Einschätzung: Mir erschließt sich nicht, warum speziell Migranten in dieses Gremium aufgenommen werden sollen. Genauso wenig erschließt sich mir, warum Migranten dort nicht berücksichtigt werden sollten. Maßgeblich ist auch hier die fachliche Qualifikation.

30. Für das Glockenspiel am Markt soll eine Melodie aufgenommen werden, die einen hohen Wiedererkennungswert für möglichst viele Migrantengruppen aus dem Bereich Türkei, Balkan und dem arabischen Raum hat. Es handelt sich dabei um das Volkslied „Katibim“.
- Als konkrete Forderung wäre es eher kontraproduktiv, da es eine bestimmte Gruppe von Menschen bevorzugen würde. Ob ein Glockenspiel tatsächlich die Integration fördert, sei allerdings dahingestellt. Außerdem könnte dadurch auch eher die Bindung an die Türkei gefestigt werden.
Einschätzung: Sollte es sich um ein öffentliches, neutrales Glockenspiel handeln, wäre nichts dagegen einzuwenden, abwechselnde Melodien zu spielen und dabei auch mal internationale Töne zu berücksichtigen.
31. Die Mitarbeiter des städtischen Bau- und Planungsbereich sollen ein Grundwissen über Moscheebau und orientalische Architektur erwerben.
- Einschätzung: Wissen schadet nie, doch muss man hier die Frage nach dem Wozu stellen? Wenn eine Moschee gebaut wird, befragt man ohnehin einen Architekten, der Erfahrung damit hat – egal ob Muslim oder nicht. Mal abgesehen davon, Kommunen bauen keine Moscheen.
32. Im Bereich der Ganztagschulen soll nachmittags freiwilliger islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache stattfinden, ebenfalls sollen mehr Deutschförderkurse angeboten werden.
- Islamunterricht sollte als ordentliches Fach in den Bildungskanon eingeführt werden. Für alles andere sind die Moscheegemeinden verantwortlich. An vielen Orten in NRW wird bereits Islamkunde parallel zu anderem Religionsunterricht gegeben. Die Islamkunde ist somit der Platzhalter für den islamischen Religionsunterricht. Weitere Deutschförderkurse sollten durchaus unter Berücksichtigung der bereits erwähnten, vielfach in Studien belegten Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund auch nachmittags angeboten werden.
Einschätzung: Deutschsprachiger Islamunterricht (egal, ob Islamkunde oder Islamischer Religionsunterricht) gehört ebenso wie der andere Religionsunterricht in den Vormittag – zumindest muss er parallel zu dem Unterricht anderer Konfessionen liegen. Dies ist ein entscheidender Schritt zur Integration der Muslime in die Schullandschaft und damit in öffentliche Belange. Deutschförderkurse sollten unbedingt gefördert werden.
33. Bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen in der Stadtverwaltung sollen Migranten angemessen berücksichtigt werden (Quote).
- Siehe Punkt 8.
34. Der Verwaltungsaufbau im Bereich Stadtverwaltung Recklinghausen soll den Vertretern der Vereine (Multiplikatoren) durch einen Beigeordneten (z.B. Herr Erster Beigeordneter Tesche) nahegebracht werden.
- Einschätzung: Könnte einen besseren Austausch möglich machen und dem „Networking“ dienen – man hätte einen Ansprechpartner.

35. Viele Migrantenjugendliche werden bei Bewerbungen auf einen Ausbildungsplatz nicht berücksichtigt. Ihre Qualifikationen werden oft in Frage gestellt. Das geschieht wegen des Migrationshintergrundes. Das Thema sollte mit der Stadtverwaltung diskutiert werden.
- Diskriminierungsprävention – sollte selbstverständlich auf der Agenda einer Kommune stehen. Ein ernstes und wichtiges Thema. Doch auch hier wird zu stark pauschalisiert und die MSO nehmen zu stark die Opferrolle ein. Inwiefern Qualifikationen tatsächlich „wegen des Migrationshintergrundes“ infrage gestellt werden, müsste zunächst einmal eruiert werden. Unstrittig ist jedoch, dass „Migrantenjugendliche“ aufgrund ihrer Herkunft zusätzliche Schwierigkeiten bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz oder einen Job haben.
Einschätzung: Aufklärung zu betreiben macht Sinn. Wirtschaftsförderung, Gewerbevereine, Dezernate etc. könnten hier durchaus initiativ tätig werden.
36. Kopftuchtragende Schülerinnen werden an Schulen diskriminiert.
- Einschätzung: Illegitime Verallgemeinerung. Hiervor muss nochmals gewarnt werden. Allerdings gibt es – vielleicht sogar viele – Fälle von Diskriminierung gegen kopftuchtragende Schülerinnen. Grundsätzlich kann es nicht schaden, gemeinsam mit Eltern, Schülern, Lehrern und Vertretern der Stadt über das Thema zu sprechen und zu überlegen, was man gemeinsam gegen Benachteiligungen von kopftuchtragenden Schülerinnen tun kann.
37. Bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen sollte eine Quotenregelung eingeführt werden, Stichwort: Positive Diskriminierung.
- Einschätzung: Im Prinzip ist die Idee nachvollziehbar, aber wie vernünftig ist sie? Wie einträglich kann ein Arbeitsverhältnis sein, das mehr oder weniger aufgezwungen ist? Vielmehr muss um eine Selbstverständlichkeit geworben werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund (ist nicht das gleiche wie Migranten!) in solche Positionen kommen. „Positive Diskriminierung“ ist nicht erstrebenswert, so wie es hier anklingt.
38. Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollten mehr über den Islam erfahren, damit sie sensibler im Umgang mit Muslimen werden.
- Einschätzung: Richtig. Ließe sich durch Schulungen, Broschüren und Workshops gut machen. Die MSO sollten mit eingebunden werden.
39. Die Stadtverwaltung sollte sich intensiver mit dem Thema „Ältere Migranten“ beschäftigen. Ferner sollte überlegt werden, ob städtische Pflegeheime für Muslime gebaut werden sollen.
- Einschätzung: Die Forderung nach einer intensiveren Beschäftigung mit „Älteren Migranten“ ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung angemessen. Die AWO bzw. Caritas haben bereits entsprechende Einrichtungen (siehe Duisburg oder Berlin). Im Grunde spricht nichts gegen solche oder ähnliche Ein-

- richtungen als zusätzliche Angebote zu erwägen, wenn die Nachfrage in einer Kommune besteht.
40. Eltern benötigen mehr und bessere Informationen zum Thema „zweisprachige Erziehung“. Die Verunsicherung ist sehr groß. Die Kenntnisse der Erzieherinnen in den Kindergärten reichen nicht aus, um einen guten Sprachunterricht zu gewährleisten. Erzieherinnen müssen besser ausgebildet werden im Hinblick auf eine professionelle zweisprachige Erziehung und die Forschung muss intensiviert werden.
- Einschätzung: Dass die Verunsicherung bei den Eltern groß ist, ist zum Teil nachvollziehbar, weil sie glauben, dass die Muttersprache verlorengeht. Die Forschung auf diesem Bereich ist bereits fortgeschritten. Im Grunde ist es erwiesen, dass Kleinkinder ohne Probleme zwei oder sogar drei Sprachen lernen können. Der Ansatz geht so weit, dass man sagt, je besser man die erste (völlig egal, welche das ist) beherrscht, desto einfacher wird es fallen, eine weitere zu erlernen. Forderungen nach einer Weiterbildung von ErzieherInnen in punkto Zweisprachigkeit sind meines Erachtens gerechtfertigt und notwendig.
41. Schulen und Lehrer sollen mehr Verständnis zeigen für Kinder, die vor den Ferien in Urlaub fahren. Schließlich fahre man ja nach Hause.
- Diese Forderung und die Haltung dahinter ist fast schon ‚skandalös‘. Zum einen verstößt sie gegen geltendes Schulrecht. Zum anderen: Die Kinder fahren nicht „nach Hause“, ihr zu Hause ist Deutschland. Wenn man dieser Aussage nicht zustimmen kann, wäre ein Großteil der Forderungen in diesem Katalog hinfällig. Eltern bzw. Großeltern mögen anderswo ihr zu Hause haben, aber schon in Deutschland geborene Kinder beispielsweise türkischer Abstammung werden in der Türkei häufig als die „Deutschen“ bezeichnet – es sei dahingestellt, ob das abwertend gemeint ist oder nicht.
- Einschätzung: Die einzige Ausnahme könnte geltend gemacht werden, wenn es sich um einen Härtefall handelt.
42. Die beweglichen Ferientage in Schulen ab einem Anteil muslimischer Kinder von 30% für die zwei großen muslimischen Feiertage (Ramadanfest und Opferfest) vorzusehen, wird von allen Teilnehmern begrüßt. Türkische Nationalfeiertage sollen nicht berücksichtigt werden.
- Siehe Punkt 21.
43. Es soll darauf geachtet werden, dass nicht jeder Türkischlehrer Islamkunde unterrichten kann. s. 21
- In der Zukunft wird es ohnehin nicht mehr möglich sein, dass Türkischlehrer Islamkunde in deutscher Sprache unterrichten dürfen. Es wird mittlerweile immer öfter die Einstellung von hier studierten Pädagogen/Islamwissenschaftlern gefordert.
- Einschätzung: Die Forderung ist zu unterstützen, weil Türkischlehrkräfte in der Regel keine studierten Theologen sind und damit

- fachfremd unterrichten müssten. Außerdem mangelt es häufig an den deutschen Sprachkenntnissen.
44. In den „Recklinghäuser Arcaden“ soll ein „Raum der Stille“ eingerichtet werden, in dem Muslime während des Einkaufens beten können. Allerdings müsste er nach Geschlechtern getrennt werden. Wirtschaftlich gesehen würde sich das für die Geschäftsleute lohnen, einen großen Kundenkreis für sich zu gewinnen.
- Die generelle Forderung nach einer Gebets- bzw. Rückzugsmöglichkeit ist überlegenswert. Aber warum einen Gebetsraum „nur“ für Muslime? Die Einschränkung einer Geschlechtertrennung ist allein aus konservativer/fundamentalistischer Sicht nachvollziehbar. Man könnte nach liberaler Auffassung an einem solchen Ort sehr wohl als Frau in einem Raum mit einem Mann beten. Das Argument der Wirtschaftlichkeit ist eine nicht belegte Behauptung. Außerdem wird hier der Eindruck erweckt, Muslime würden einen Ort nicht aufsuchen, wenn sie dort nicht beten könnten. Auch dies ist nur aus konservativer/fundamentalistischer Sicht nachvollziehbar. Einschätzung: Wenn dann sollte es einen multireligiösen Gebetsraum geben, damit alle Besucher darin beten und meditieren können.
45. Warum spielen die Kommunen keine Vorreiterrolle bei der Beschäftigung der ausländischen Jugendlichen / Mitarbeiter besonders Jugendliche mit Kopftuch?
- Siehe Punkt 36:
46. Warum werden Scheidungen vor allem von moslemischen Familien von Behörden und kirchlichen Einrichtungen unterstützt?
- Hier geht es offenbar lediglich um eine plumpe Schuldzuweisung, die meines Erachtens jeglicher Grundlage entbehrt. Dass islamische MSO das Gefühl haben, man wolle ihnen bewusst durch Scheidungen schaden oder so ihr Image verschlechtern, kann ich mir rational nicht erklären. Es mag Einzelfälle geben, in denen Scheidungen vielleicht „angepriesen“ werden, weil das Vorurteil herrscht, Musliminnen würden zur Ehe gezwungen und unterdrückt. Vor solchen Pauschalisierungen muss selbstredend gewarnt werden! Aber sollten hiermit Fälle gemeint sein, in denen sich eine Frau (egal ob muslimisch, christlich oder atheistisch) an eine Beratungsstelle wendet, weil sie Ehe-/Familienprobleme hat, wird sie dies aus einem nachvollziehbaren und ernststen Grund tun. Sie wünscht sich Hilfe – auch wenn das ihrem Ehemann nicht gefällt.
47. Ist die Entstehung von Parallelgesellschaften von der deutschen Bevölkerung beabsichtigt?
- Diese Frage scheint eine rhetorische und keine ernsthafte Frage zu sein, mit der man sich beschäftigen kann. Parallelgesellschaften entstehen durch das Verhalten beider Seiten.

Zwar trägt die Mehrheitsgesellschaft (hier die deutsche Bevölkerung) – bewusst oder unbewusst – durch vorhandene Ressentiments etwa bei der Vermietung von Wohnungen oder durch mangelnde Investitionen in entsprechende Viertel – auch seitens der Kommunen – zum Entstehen solcher Orte bei, aber gleichzeitig lassen sich die Mitglieder solcher „Parallelgesellschaften“ (türkisch-, arabisch-, russisch-stämmige Menschen usw.) auch dort hineindrängen, geben sich damit zufrieden oder suchen solche Orte gezielt auf. Umgekehrt gibt es jedoch ebenso Bestrebungen, solche „Parallelgesellschaften“ bewusst zu verlassen und an andere Orte umzuziehen. Einschätzung: Integration ist ein Prozess, der von allen Seiten der Gesellschaft angestrebt werden muss! Kommunen sollten nach Möglichkeiten den Prozess unterstützen und in ihrer Stadtteilpolitik bestimmten Entwicklungen entgegenwirken.

48. Wieso besteht das Migrationsproblem nur bei türkischen Migranten? Was ist bei den anderen Migranten? Sind andere Migranten schon integriert?

In der Eindeutigkeit, die der Tenor dieser Aussage suggeriert, stellt sich das Problem nicht dar. Es gibt auch andere Migranten, bei denen die Integration Defizite aufweist. Nach der neuesten Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung stimmt es aber tatsächlich, dass die türkischstämmigen BürgerInnen die größten Mängel zu verzeichnen haben.

(http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/090122_Zusammenfassung.pdf)

Allerdings muss man dabei beachten, dass die Studie nicht nach dem Integrationswillen gefragt hat, sondern die erfolgte Integration nach bestimmten Kriterien abgehakt wurde. Außerdem ist das Ergebnis nicht wirklich verwunderlich, da die meisten Einwanderer unter den Türken eher ungebildeteren Schichten angehörten – sie sind schließlich als Arbeiter und nicht als Akademiker angeworben worden.

Einschätzung: Die Hauptursache für Migrationsprobleme ist meines Erachtens der mangelnde Grad an Bildung. Persönliche Einstellungen und Abgrenzungsverhalten der Mehrheitsgesellschaft spielen eine nachgeordnete Rolle.

49. Bei der Wohnungssuche werden Migranten benachteiligt, was tun die Behörden, um dieses Problem zu beheben?

Siehe Punkt 11:

Einschätzung: Die Benachteiligung ist zum Teil Realität, betrifft aber nicht nur „türkische“

Migranten. Die Forderung nach einer besseren Behandlung sollte sich auf alle Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beziehen und nicht auf die türkischstämmigen Bürger. Was die Stadt dazu beitragen könnte, ist öffentlichkeitswirksam für Verständnis zu werben.

50. Ausländische Kinder werden weniger gefördert; nur deshalb entsteht das Problem, dass ausländische Kinder nicht so erfolgreich sind.

Es handelt sich hier um eine bloße Behauptung, die zudem falsch ist. Nachteile bei „ausländischen Kindern“ entstehen sämtlichen Studien zufolge nicht allein durch Diskriminierung, sondern durch eine Vielzahl sozialer und individueller Faktoren. Auffällig ist auch hier, wie Integration verstanden wird. Man sieht sich in der Opferrolle, verharrt in Passivität und wartet auf das Handeln der anderen. Integration muss von beiden bzw. allen Seiten aktiv (!) angestrebt werden. Welchen Beitrag können die MSO dabei leisten und welchen die Stadt(-verwaltung), Schulen, Kindergärten etc.?

Einschätzung: Die implizite Forderung nach stärkerer Förderung ist wiederum berechtigt. Sie sollte in den Schulen und im Rahmen der offenen Jugendarbeit stattfinden. Hier greift erneut die wichtige Forderung nach mehr Sozialarbeitern (mit Migrationshintergrund, mit interkultureller Aus-/Fortbildung), mehr ehrenamtlich tätigen Eltern, mehr Eltern-Lehrer-Abenden etc.

51. Die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Schulen und den Moscheevereinen soll intensiviert werden, d.h. die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Festen erfolgt gemeinsam. Einem verstärkten Dialog kommt eine besondere Bedeutung zu, wenn sich die Beteiligten gegenseitig achten und respektieren, insbesondere können gemeinsam organisierte Aktionen hierzu beitragen. Die Migranten sollen mehr in den Fördervereinen der Schulen mitwirken.

Einschätzung: Das ist eine Forderung, die sich mehr an die MSO wendet und die vollkommen nachvollziehbar und sinnvoll ist.

52. In den Kindergärten und Schulen, aber auch in christlichen und muslimischen Familien, soll Kindern früh der Unterschied zwischen Christentum und Islam erklärt werden, um so eine Offenheit gegenüber den verschiedenen Religionen zu erreichen. Kinder müssen in ihrer eigenen Religion gefestigt sein, um offen zu

Zuerst stellt sich mir die Frage, warum hier soviel Wert auf die Unterschiede zwischen Christentum und Islam gelegt wird? Inhaltlich werden gleich zwei verschiedene Dinge angesprochen: 1. Religiöse Erziehung in Kindergärten und Schulen und 2. die Einführung eines deutschsprachigen (!) Islamunterrichts. Einschätzung: Richtig ist, dass man selbst ge-

sein für andere Glaubensrichtungen. Das Ziel sollte sein, islamischen Religionsunterricht als Unterrichtsfach einzuführen.

nug in seiner eigenen Religion verhaftet sein muss, um offen auf den anderen zugehen zu können. Je weniger ich von mir selbst weiß, desto weniger bin ich selbstbewusst genug, den anderen wertschätzend in seiner Andersartigkeit anzuerkennen. Was das aber für einen Kindergarten genau heißt, bleibt offen und müsste geklärt werden.

Für den Islamunterricht gilt hier das gleiche wie für Punkt 6: Die Einführung eines Islamischen Religionsunterrichts ist ein wesentlicher Schritt zur Integration von Muslimen. Hier wird aber wiederum nicht deutlich, in welcher Sprache der Unterricht stattfinden soll.

53. Zur Einschulung der Kinder findet in den Schulen mit allen Kindern eine gemeinsame Veranstaltung statt. Davor wird von den Kirchen und den Moscheevereinen jeweils eine eigene Veranstaltung organisiert. Es wäre wünschenswert, wenn sich Kirchen und Moscheevereine auf eine gemeinsame Veranstaltung zur Einschulung verständigen könnten.

Einschätzung: Die Idee dürfte dem gegenseitigen Miteinander zuträglich sein.

54. Den Theologen in den Moscheevereinen kommt im Dialog eine wichtige Rolle zu. Daher wäre es wünschenswert, wenn sie über bessere Deutschkenntnisse verfügen würden. Insbesondere bei theologischen Fragestellungen könnte ein intensiver Austausch mit deutschen Theologen hilfreich sein. Die Theologen sollen außerdem die Vereine in theologischen Fragen nach außen vertreten.

Einschätzung: Das ist eine Forderung, die sich mehr an die MSO wendet und die vollkommen nachvollziehbar und sinnvoll ist. Sie sollte unterstützt werden.

55. Den Theologen in den Moscheevereinen kommt z.B. auch die Aufgabe zu, gemeinsam mit dem zuständigen Veterinäramt nach Lösungen für das „Schächten“ zu suchen.

Einschätzung: Mir erschließt sich nicht, wieso und weshalb Theologen hier kontaktiert werden sollen. Fürs Schächten gibt es gesetzliche Bestimmungen.

56. Die Sprachdefizite sind bei Migrantenkinder größer als bei deutschen Kindern. Die Kindergartenzeit sollte intensiver als bisher zur Sprachförderung genutzt werden. Diese Sprachförderung sollte auch im Kindergarten bereits von Lehrern durchgeführt werden, da Kinder zu Lehrern/-innen einen anderen Bezug haben als zu Kindergärtnerinnen. Ein Jahr Deutschunterricht durch Lehrer ist zwei Jahren Sprachförderung im Kindergar-

Seit 2003 wird in Kindergärten gezielt gefördert. Auf aussagekräftige Studien, die den Erfolg der vorschulischen Sprachförderung bemessen, muss noch gewartet werden. Anschließend kann man entscheiden, ob die Förderung der deutschen Sprache erweitert oder so wie bisher weiterbetrieben wird.

Einschätzung: Aus pädagogischer Sicht ist es diskutabel, ob ein „schulischer“ Sprachunterricht in diesem Alter sinnvoll ist. Dass ein Jahr Deutschunterricht durch Lehrer zwei Jahren

- ten vorzuziehen. Die Unterstützung der Kinder durch die Eltern ist sehr wichtig. Leider sind viele Eltern aufgrund der sozialen Verhältnisse bei der Unterstützung ihrer Kinder überfordert. Vielen Eltern sind die Sprachdefizite auch egal. Wichtig ist ihnen allerdings, dass ihre Kinder in der Schule erfolgreich sind.
57. Die Angebote der Ganztagschule haben sich verbessert. Dem Essen und der Hausaufgabenhilfe kommt bei den Migranteneltern eine besondere Bedeutung zu; die übrigen Angebote haben keinen hohen Stellenwert. Wenn grundsätzlich kein Schweinefleisch beim Mittagessen angeboten würde, wäre das Vertrauen der Muslime in die offene Ganztagschule größer.
58. In Küchen von Schulen und Kindergärten soll eine muslimische Kraft beschäftigt werden.
59. Grundsätzlich sollen sich die Migranten den Sportvereinen anschließen. In Recklinghausen sollte allerdings ein türkischer Sportverein Sportangebote für türkische Migranten anbieten, weil dieser Verein neben dem Sport auch ein Stück „Heimat“ vermitteln könnte.
60. Viele türkische Vereine verfolgen teilweise unterschiedliche religiöse Ziele. Sie fühlen sich häufig nicht akzeptiert und wollen auf ihre eigenen Werte nicht verzichten. Eine Zusammenarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sich die Vereine gegenseitig akzeptieren und sich gemeinsame Ziele setzen (z.B. einen von allen anerkannten Termin für das Opferfest).
- Sprachförderung im Kindergarten vorzuziehen sein soll, erschließt sich mir nicht. Belege für die Aussage werden nicht geliefert. Gerade die Hinweise auf die Defizite bei den Eltern sollten zum Anlass genommen werden (vor allem auch seitens der MSO), hier für mehr Aufklärung und für eine Verbesserung der Situation zu sorgen (siehe auch Punkt 61).
- Siehe Punkt 1: In der Regel ist es ein Zeichen des gegenseitigen Respekts, wenn auf die Speisegebote der anderen Rücksicht genommen wird. Nahrung, die Schweinefleisch enthält, deutlich zu kennzeichnen und eine Alternative anzubieten, wäre sicher hilfreich. Ein Verbot von Schweinefleisch ist eine überzogene Forderung, die von mangelndem Respekt gegenüber anderen Menschen zeugt.
- Einschätzung: Auch diese Forderung geht zu weit. Es reicht, die Küchenbeschäftigten auf die Speisevorschriften verschiedener Glaubensgemeinschaften hinzuweisen. Mit Blick auf Muslime könnte es vielleicht auch helfen, wenn der Gemeindevorstand regelmäßig Einsicht in die Küchen und die Speisezubereitung erhält und somit die muslimischen Eltern und Kinder beruhigen kann.
- Einschätzung: Auch diese Forderung ist im Grunde „skandalös“. Es gilt das gleiche wie für Forderung 41. Außerdem geht es beim Sport grundsätzlich nicht um Heimatgefühle. Sport ist ein Mittel zur Integration und die ist erst dann erfolgreich, wenn Kinder jeglicher ausländischer Herkunft zusammen spielen.
- Es wird nicht so ganz klar, welche Vereine hier gemeint sind, und von wem man sich nicht akzeptiert fühlt. Was die gemeinsamen Ziele von muslimischen Vereinen betrifft: Die vier großen muslimischen Dachverbände (siehe KRM) versuchen sich derzeit an einer Einigung, jüngst haben sie sich erstmals auf einen gemeinsamen Termin für das Opferfest in Deutschland geeinigt.
- Einschätzung: Eine Abstimmung bzw. eine Verständigung zwischen verschiedenen Akteuren ist grundsätzlich zu begrüßen, wenn es auf bestimmten Ebenen inhaltliche Überschneidungspunkte oder Zielsetzungen gibt.

61. Insbesondere ältere Migranten haben nach wie vor keine ausreichenden bis schlechte deutsche Sprachkenntnisse.
- Einschätzung: Richtige Feststellung. Allerdings gibt es genügend Kursangebote etwa an Volkshochschulen, die die betroffenen Personen besuchen können (siehe auch Punkt 56)
62. Lehrer haben zum Teil immer noch Vorurteile bei Migrantenkindern, wodurch die schulische Förderung oft nicht gut ist. Bei schlechten Sprachkenntnissen wird mangelnde Intelligenz unterstellt.
- Siehe Punkt 50. Ein ernstes und wichtiges Thema, aber auch hier liegen Stereotype zugrunde und die MSO nehmen zu stark die Opferrolle ein. Die bemängelten Vorurteile existieren, jedoch nicht in der vorgebrachten Dramatik und Generalisierung.
Einschätzung: Tatsächlich müsste mehr gefördert werden. Diskriminierungsprävention in Form von Aufklärung und Weiterbildung sollte generell auf der Agenda jeder Kommune, Schule, jedem Kindergarten etc. stehen. Abhilfe in den Schulen könnten z.B. mehr Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund, mehr ehrenamtlich tätige Eltern, mehr Eltern-Lehrer-Abende etc. bringen.
63. Im Alltagsleben werden deutsche Sprachkenntnisse kaum bis gar nicht benötigt, dadurch verringert sich die Bereitschaft und die Einsicht zum Erlernen der deutschen Sprache.
- Was ist aus Sicht der MSO die Konsequenz aus dieser Erkenntnis?
Einschätzung: Die Feststellung ist richtig. Genau deshalb gibt es die gezielte Sprachförderung in frühen Jahren.
64. Die Heiratsmigration sowohl bei den türkischen Frauen als auch in zunehmender Form auch bei den Männern schafft Probleme.
- Aus diesem Grund ist es verpflichtend, bestimmte Sprachkenntnisse bei der Einreise vorweisen zu können.
65. Die mangelnde Identifikation mit Deutschland ist immer noch vorhanden. Die türkische Politik wird mehr verfolgt, diskutiert und auch finanziell unterstützt als die deutsche Politik.
- Ist bei vielen türkischstämmigen Bürgern der älteren Generationen richtig und nicht unbedingt verwunderlich. Bei Jüngeren dürfte diese Einschätzung nicht zutreffen. Auch dazu gibt es Studien.
Einschätzung: Alle gesellschaftlichen Institutionen sind daher aufgerufen, Angebote zu unterbreiten, um die entsprechenden Personen anzuwerben. Wichtig ist, dass man der Jugend mit Migrationshintergrund das Gefühl gibt, hier zu Hause zu sein, damit es ihr auch leichter fällt, Deutschland als ihr zu Hause anzuerkennen.
66. Die fundamentalistische religiöse Ausrichtung vieler Moscheevereine verhindert die Integration. Die Kinder müssen nicht nur Deutsch und weitere Fremdsprachen wie z.B. Englisch lernen, sondern auch den Koran auf Arabisch. Hiermit sind viele Kinder überfordert.
- Das trifft auf eine gewisse Anzahl von Kindern wirklich zu, insbesondere dann, wenn sie aus bildungsfernen Schichten kommen und ohne Unterstützung aus dem Elternhaus mit der Menge des Lernstoffs zu kämpfen haben. Ob ein Kind überfordert ist oder nicht, werden aber vermutlich nur die Eltern bewerten können.

67. Die gesetzliche Regelung zur Förderung der Deutschkenntnisse im Heimatland bevor ein Nachzug nach Deutschland genehmigt wird, ist zu begrüßen. Richtig, allerdings müsste sie für alle Einwanderer gleich gelten.
68. Schulen sollen durch Nachhilfeangebote der Vereine unterstützt werden. Einschätzung: Die Unterstützung könnte auch ehrenamtlich von Eltern geschehen. Wenn Vereine Interesse an einer Förderung haben, sollte darauf geachtet werden – wenn die Förderung in Gruppen stattfinden -, dass sie von Fachleuten, die das nötige Knowhow haben, ausgeführt werden.
69. Der Atatürk Verein unterstützt die Ideologie der Trennung von Staat und Religion. Dieses Ziel sollte auch von den anderen Vereinen verfolgt werden (z.B. Feiern zum Unabhängigkeitstag). Was ist hier mit Feiern zum Unabhängigkeitstag gemeint? Sollen in Deutschland Feiern zum Gedenken an den 19. Mai 1919 in der Türkei veranstaltet werden - und das allgemeinverbindlich für alle anderen muslimischen Vereine?
Einschätzung: Anderen Vereinen vorzuschreiben, was sie zu tun haben, widerstrebt unserer freiheitlichen Demokratie, in der Meinungs- und Religionsfreiheit verankert ist.
70. Religiöse Angebote sollten zentral von der DITIB durchgeführt werden, da dort die staatliche Kontrolle gewährleistet ist. Diese Forderung ist nicht nachvollziehbar, vor allem mit dieser Argumentation, denn die DITIB steht unter türkischer staatlicher Kontrolle und nicht unter deutscher Kontrolle. Ohnehin widerstrebt dies dem Gedanken des Islam, der auf Pluralität setzt!
71. Koranunterricht sollte nur in deutscher Sprache erfolgen. Grundsätzlich ja. Diese Forderung macht aber nur insofern Sinn, wenn der Koranunterricht auf Deutsch und Arabisch gehalten wird. Der Koran ist auf Arabisch geschrieben. Hauptziel eines Koranunterrichts ist in der Regel das Erlernen der arabischen Sprache – vor allem die Intonation der arabischen Sprache ist wichtig. Koranschüler sollen zum einen dazu befähigt werden, den Koran im Original lesen zu können. Andererseits benötigt man diese Kenntnisse für den Ritus. Das fünfmalige Gebet muss auf Arabisch erfolgen.
Einschätzung: Der Koranunterricht sollte in der Tat ausschließlich auf deutsch und nicht in einer anderen Sprache vermittelt werden – mit Ausnahme des Erlernens und Anwendens der Sprache des Koran. Der Vorteil des Deutschen würde darin liegen, dass junge Muslime in der Lage sind, sich in Deutsch über ihren Glauben zu äußern.

72. Die sprachlichen Defizite vieler Migrantenkinder sind auf die Tatsache zurückzuführen, dass in vielen Schulen inzwischen ein zu hoher Migrantenanteil zu beobachten ist. Die Schulbehörde sollte Migrantenkindern die Gelegenheit bieten, durch die Kontakte zu deutschen Mitschülern ihre Sprachkenntnisse zu verbessern.
- Wie soll die Schulbehörde das machen? Der Hinweis auf diese Problematik ist ein wichtiger, da er nicht nur Auswirkungen auf die Sprachfähigkeiten sondern auch ganz allgemein auf die Integration hat. Um Schulen mit einem Anteil von mehr als 70/80/90 Prozent an Schülern mit Migrationshintergrund, die sich meist in städtischen Regionen finden, sollte man sich in der Tat einmal kümmern. Einschätzung: Vielleicht ist es rechtlich möglich, über kurz oder lang, trotz der mehrfach geäußerten Bedenken hinsichtlich einer Stigmatisierung, eine Quotenregelung für Jugendliche mit Migrationshintergrund einzuführen. Davon könnten vielleicht alle und nicht nur eine Gruppe – sprachlich und kulturell – profitieren. Alternativ könnte man im Falle solcher Schulen auch über eine deutliche Verstärkung der sozialpädagogischen Betreuung nachdenken.
73. Die Schüler, die keinen Schulerfolg haben, bzw. keinen Schulabschluss erreichen, stammen aus sozial schwachen Familien, mit vielen familiären, finanziellen und anderen sozialen Problemen. Die Schüler erhalten keine Unterstützung im Elternhaus. Es müssen mehr staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diesen Kindern eine schulische und sozialpädagogische Förderung anzubieten.
- Einschätzung: Sinnvolle und nachvollziehbare Forderung, die Unterstützung finden sollte!
74. Die Sonderschule sollte keine „Restschule“ sein. Es gibt Kinder, für die diese Schulform geeignet ist, da sie dort in kleineren Gruppen und mit mehr Aufmerksamkeit der Lehrkräfte gefördert werden. Die Schulämter müssten dafür sorgen, dass das Image der Sonderschulen verbessert wird. Viele Migranteneltern haben Angst, dass ihre Kinder auf die Sonderschule kommen.
- Nicht nur Eltern mit Migrationshintergrund haben diese Angst, sondern alle Eltern!
Einschätzung: Im Prinzip ist die Forderung aber sinnvoll und vernünftig. Um den Eltern diese Ängste zu nehmen, können speziell Elternabende in Grund- und Haupt- und Förderschulen sinnvoll sein.
75. Geringer Schulerfolg und geringe Anerkennung führt bei Migrantenkindern und Jugendlichen oft zu Fehlentwicklung und aggressivem Verhalten. Das ist insbesondere in Schulen mit hohem Migrantenanteil zu beobachten, wo sich Kinder innerhalb ihrer ethnischen Gruppe stark fühlen, Banden gründen und andere Schüler belästigen.
- Das bestätigen auch Studien. Es sollten Projekte initiiert werden, die zum Ziel haben, auf solche Verhaltensweisen einzugehen.
Einschätzung: Die Forderung sollte Unterstützung finden. Das könnte z.B. in Form einer besseren sozialpädagogischen Betreuung oder in Form ehrenamtlich tätiger Eltern geschehen oder durch den weiteren Ausbau von Ganztagschulen. Straßen-Sozialarbeiter sollten eingesetzt werden und mit Eltern, Gemeinden und Schulen kooperieren.

76. Was die alevitischen Kinder betrifft, sind viele von ihnen erfolgreich in der Schule. Es herrscht in den Familien ein hohes Bewusstsein für die Wichtigkeit der Bildung. Viele Aleviten der zweiten und dritten Generation haben studiert und sind erfolgreich im Berufsleben. Sie sollten stärker in die Öffentlichkeit gebracht werden, damit sie anderen Schülern als Vorbild dienen können.
- Einschätzung: Abgesehen von den Vorurteilen in diesem Punkt: Vorbilder sind gut. Man muss dabei allerdings vorsichtig sein, dass man eben keine bestimmte Ethnie bzw. Religionszugehörigkeit allgemein in den Vordergrund rückt. Daher kann ich dieser Forderung nur insofern folgen, als dass man grundsätzlich auf einzelne Vorbilder mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner – etwa einem Migrationshintergrund – aufmerksam machen sollte; beispielsweise könnte man „erfolgreiche“ Migranten (in welcher Form auch immer) zu Infoveranstaltungen und Fragerunden einladen.
77. Die türkischstämmigen Vereine sollten mehr Wohlwollen zeigen, was die Zusammenarbeit untereinander betrifft und insbesondere wenn es um die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft geht. Viele behaupten, man wolle zusammenarbeiten, die konkrete Arbeit fehlt oft. Das könnte man ändern, indem man offen und tolerant zueinander ist und wenn man einander wertschätzt.
- Einschätzung: Sehr gute und sinnvolle Forderung, die an die MSO herangetragen werden sollte.
78. Der Alevitische Verein hat gute Kontakte zu den anderen Vereinen in Recklinghausen. Es bestehen Kontakte zu der griechisch-orthodoxen Gemeinde in Herten und zu vielen anderen Vereinen. Der Verein organisiert Leseabende in türkischer Sprache, Empfänge für Parteien etc. Die Stadtverwaltung sollte Migrantenvereine stärker finanziell unterstützen, damit sie handlungsfähig bleiben und attraktiver werden können.
- Einschätzung: Auch hier sollte man vorsichtig mit Zugehörigkeiten zu bestimmten Religionen oder Ethnien sein. Alle Vereine sollten weiter unterstützt werden, die gute Arbeit im Sinne der Integration leisten – egal ob alevitisch, griechisch, deutsch oder spanisch.
79. In fünf Städten in NRW wird alevitischer Religionsunterricht angeboten. Es müssen 12 Schüler alevitischen Glaubens Interesse bekunden, damit eine Klasse zustande kommen kann. Der Unterricht erfolgt in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften. In Recklinghausen wird dieser Unterricht vom Verein organisiert.
- Was soll damit gesagt werden?
Einschätzung: Die Informationen sind richtig. Die Aleviten stellen in Deutschland mittlerweile eine eigene staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft dar, die den Anspruch auf einen Religionsunterricht nach Art. 7, Abs. 3 GG hat. Prinzipiell ist die Einführung eines deutschsprachigen alevitischen Religionsunterrichts sinnvoll. Dieser sollte aber nicht mit der noch notwendigen Einführung eines deutschsprachigen Islamunterrichts verwechselt werden.
80. Für Migrantinnen sollen mehr Sprach- und Orientierungskurse, die ein breiteres
- Einschätzung: Es ist fraglich, ob diese Differenzierung einen Vorteil bringen würde.

und differenziertes Angebot umfassen, angeboten werden. Die Differenzierung soll nach Herkunftsland, Bildung, Alter, Lebensstandard, Religion etc. erfolgen.

Diejenigen, die solche Kurse belegen (müssen), empfinden es meines Wissen als außerordentlich interessant und herausfordernd, mit Menschen anderer Herkunft, Religion und Kultur in einem Kurs zu sitzen. Vielleicht sollte man in Erwägung ziehen, Angebote zu schaffen, die Mütter und Väter mit ihren Kindern besuchen können. Dann würde vielleicht eine gegenseitige Unterstützung beim Lernen angeregt!

81. Viele Migrantinnen, besonders der ersten Generation sind Analphabetinnen. Deshalb sollten für diese Frauen im Vorfeld Lese- und Schreibkurse angeboten werden.

Einschätzung: Diese „Migrantinnen“ aus der ersten Einwanderergeneration sind jetzt oftmals älter als 60 Jahre. Sie für solche Kurse zu gewinnen, dürfte schwierig werden. Verpflichten sollte man sie nicht mehr dazu. Angebote gibt es wie zuvor erwähnt unter anderem an den Volkshochschulen.

82. Die Integrationskurse für Frauen sollen mit Kinderbetreuung angeboten werden.

Einschätzung: Sehr gute Forderung, die dringend berücksichtigt werden sollte.

83. Die Kinder mit Migrationshintergrund sollen in Kindergärten und in Schulen gleichmäßig aufgeteilt werden, d.h.: man soll keine rein türkischen Gruppen oder Klassen bilden.

Siehe Punkt 72

84. Die sprachliche Förderung von Migrantenkindern sollte vom Vorschulalter bis auf die gesamte Schulzeit erstreckt werden. Dabei sollten mehr aus- und weitergebildete Erzieherinnen und Lehrerinnen eingesetzt werden.

Einschätzung: Richtig.

85. Es sollen mehr Erzieherinnen und Lehrerinnen mit Migrationshintergrund eingestellt werden, damit kulturelle und sprachliche Barrieren überwunden werden.

Einschätzung: Richtig. Leider gibt es zu wenig Pädagogen mit Migrationshintergrund. Es müsste gezielt bei Jugendlichen mit ausländischer Herkunft für ein entsprechendes Studium an den Universitäten geworben werden. Das gilt auch für Sozialpädagogik oder im Hinblick auf islamische Fragen für Islamunterricht oder Theologie, siehe auch Punkt 94.

86. Der Religionsunterricht sollte in den Schulen in deutscher Sprache und durch qualifiziertes Personal durchgeführt werden.

Einschätzung: Richtig.

87. Der muttersprachliche Unterricht sollte auch nach der Grundschule weitergeführt werden.

Einschätzung: Wird er schon seit langem. Das wird vermutlich auch so bleiben, wobei der Unterricht immer weiter auf den Nachmittag gelegt wird.

88. Bei der Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht sollten sich die muslimischen Mädchen nach ihren Religionsvorschriften bekleiden dürfen, d.h. beim Schwimmunterricht sollte körperbedeckende Badebekleidung erlaubt sein! **Siehe Punkt 3.**
89. Für muslimische Frauen und Mädchen sollte mehr Sportangebote geben. Als Beispiel wurde getrenntes Schwimmangebot, das natürlich von einer Bademeisterin geleitet wird, genannt. **Einschätzung: Wenn Nachfrage nach solchen Angeboten besteht, spricht nichts dagegen. Grundsätzlich aber sollte man in einer modernen, demokratischen und auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Gesellschaft eher einer Trennung der Geschlechter entgegenwirken, statt sie zu fördern. Eine solche Trennung steht nämlich im Widerspruch zu den herrschenden Lebensbedingungen in Deutschland.**
90. Begabte Mädchen sollen gefördert und bestärkt werden. Dabei sollte ihr äußeres Aussehen keine Rolle spielen. **Einschätzung: Richtig.**
91. Das Kopftuch sollte kein Hindernis bei der Ausbildungs- und Arbeitsuche sein. **Richtig: Siehe Punkt 8.**
92. Die Ausbildungsquote der Migrantinnen sollte erhöht werden. Sie sollten durch spezielle Förderkurse besser qualifiziert werden. **Einschätzung: Richtig. Die vielfältigen Erhebungen der Arbeitsagenturen und die Erfahrung in der Arbeit mit jungen Migrantinnen können diese Forderung nur untermauern.**
93. Im Heimatland erworbene berufliche und akademische Qualifikationen sollen anerkannt und durch gezielte Maßnahmen zur beruflichen Nachqualifizierung und Weiterbildung angepasst werden. Dadurch werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für sie verbessert. **Einschätzung: Das hängt von der Qualität der jeweils erworbenen Qualifikation ab und muss im Einzelfall überprüft werden. Als generelle Forderung eignet sich dies nicht.**
94. Migrantinnen sollten motiviert werden, insbesondere als Unternehmerinnen, Lehrerinnen, Beraterinnen, Sozialarbeiterinnen, als Ärztinnen und Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Jugend- und Altenhilfe tätig zu werden, damit sie ein Beispiel für die andere Migrantinnen geben und Mut machen. **Einschätzung: Richtig. In Universitäten, Moscheegemeinden und Schulen könnten solche Frauen angeworben werden!**
95. Die deutschen Frauen sollten sich auch mehr engagieren, damit die Integration besser klappt. Zum Beispiel könnten die Frauenverbände die Migrantinnen bei Behördengängen oder Wohnungssuche unterstützen. **Einschätzung: Richtig, man kann „deutsche“ Frauen allerdings nicht verpflichten, dies zu tun.**

96. Die muslimischen Frauen wünschen sich mehr Dialog mit den deutschen Frauen, damit man sich gegenseitig besser versteht und die Ängste abgebaut werden.
- Einschätzung: Das ist schön. Wie kann ein Austausch stattfinden? Über Vereine, Gemeinden, Schulen, Sport oder kulturelle Angebote, die es bereits zahlreich gibt.
97. Die Berichterstattung über Migrantinnen sollte nicht einseitig sein. Es sollte nicht nur Negatives berichtet werden!
- Einschätzung: Richtig. Siehe auch Punkt 12. Eine ausgewogene Berichterstattung kann nur dann funktionieren, wenn die Gemeinden einen entsprechenden Beitrag dazu leisten.
98. Das Integrationsproblem sollte nicht nur auf die türkischen oder muslimischen Migrantinnen begrenzt werden.
- Einschätzung: Richtig. Gleiche oder ähnliche Probleme gibt es auch bei anderen Gruppen. Eine bestimmte Ethnie bzw. Religionszugehörigkeit im Kontext von Problemen sollte grundsätzlich nicht in den Vordergrund gestellt werden.
99. Die Migrantinnen sollten nicht als Gesamtmasse betrachtet werden, jede von ihnen sollte als Individuum betrachtet werden.
- Das ist der Grundgedanke der Demokratie, der jedem Individuum seine Rechte zuspricht.

Lamya Kaddor

ist eine in Deutschland geborene Muslimin syrischer Herkunft. Sie hat Arabistik, Islamwissenschaft, Erziehungswissenschaft und Komparatistik an der Universität Münster studiert.

Sie arbeitete als Assistentin am ersten Lehrstuhl für Religion des Islam, der dem Centrum für Religiöse Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster zugeordnet ist. Seit dem Schuljahr 2003/2004 unterrichtet sie als Lehrerin im Rahmen des nordrhein-westfälischen Schulversuchs „Islamkunde in deutscher Sprache“ an einer Hauptschule in Dinslaken.

Zusammen mit Rabeya Müller hat Lamya Kaddor 2008 das Buch „Der Koran für Kinder und Erwachsene“ herausgegeben. Sie ist außerdem Mitautorin und Herausgeberin von Saphir 5/6, Religionsbuch für junge Musliminnen und Muslime.



Vorschule und Schule

Die Sicht der Institutionen

Es fanden 4 Konferenzen statt, an denen auch der zuständige Beigeordnete und die Fachbereichsleiter teilnahmen.

Folgende Kindertagesstätten und Schulen haben an diesen Konferenzen teilgenommen:

- Tageseinrichtung Ruhrstraße
- Tageseinrichtung Bochumer Straße
- Tageseinrichtung Charlottenburger Straße
- Tageseinrichtung Lange Wanne
- Tageseinrichtung Salentinstraße
- Anne-Frank-Schule
- Anton-Wiggermann-Schule
- Astrid-Lindgren-Grundschule
- Erich-Kästner-Schule
- Evangelische Grundschule Im Reitwinkel
- Friedrich von Forell Schule
- GGS Auguststraße
- GGS Bochumer Straße
- Grundschule Essel
- Grundschule Hillerheide
- GGS Hohenzollernstraße
- GGS im Hinsberg
- GGS im Romberg
- GGS Kohlkamp
- Liebfrauenschule
- Marienschule
- GGS Ortlohstraße
- Grundschule Stuckenbusch
- GGS Westfalenstraße
- Gudrun-Pausewang-Schule
- Katholische Grundschule im Reitwinkel
- Don-Bosco-Schule Speckhorn
- Fährmannschule
- Albert-Schweitzer-Schule
- GHS Wasserbank
- Dietrich-Bonhoefer-Realschule
- Bernard-Overberg-Realschule
- Theodor-Heuss-Gymnasium
- Käthe-Kollwitz-Schule
- Wolfgang-Borchert-Gesamtschule
- Städtische Gesamtschule Suderwich

Die jeweiligen Konferenzen wurden unter folgender Fragestellung durchgeführt:

- Welche Konfliktsituationen treten im Alltag häufig mit Kindern/Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf?
- Welche Schwerpunkte ergeben sich dabei?
- Welche gemeinsame Regelungen müssen gefunden werden, um Alltagssituationen besser bewältigen zu können, wenn verschiedene Kulturen und Traditionen aufeinandertreffen?

„Andere Autoren vermuten, dass es kulturspezifische Werte und Verhaltensweisen von Migranten sind, auf die der im Vergleich zu deutschen Kindern geringere Schulerfolg von Migrantenkindern zurückgeführt werden kann:

In türkischen Familien z.B. steht eine traditionelle Haltung zum Wissen (z.B. Überlieferung und Autorität des Lehrers sind wichtig) den modernen Lehrprogrammen mit ihrer Betonung des selbstständigen und kritischen Denkens entgegen. Weiterhin vermittelt und fordert das Bildungssystem der westlichen Aufnahmegesellschaften individualistische Orientierungen, die wiederum der Familienorientierung, insbesondere der türkischen, griechischen und italienischen Migranten entgegenstehen. Darüber hinaus sind Migrantenfamilien in der Regel nach ihrem Bildungsniveau, Berufsstatus und Einkommen Unterschichtfamilien. Damit ist der gesamte Sozialisationsprozess, einschließlich der Erziehungsstile und Vorbildmöglichkeiten der Migranteneltern, wenig bildungsfördernd.

Die Bildungsbenachteiligungen der ausländischen Kinder und Jugendlichen sind daher wohl genau so sehr ein Schicht- wie ein kulturspezifisches Problem. Türkischen Eltern in Deutschland z.B. wird ein eher geringeres Interesse an der Ausbildung ihrer Kinder nachgesagt; doch wird dies durch Umfragen nach den gewünschten Bildungsabschlüssen für die Kinder widerlegt. Ihre Einsichten in die Möglichkeiten und Anforderungen des Bildungssystems des Gastlandes sind jedoch begrenzt, nicht zuletzt durch mangelnde Sprachkenntnisse und durch Scheu, Elternabende und Sprechstunden in der Schule aufzusuchen.“

Klaus Hurrelmann (2008): Handbuch Sozialisationsforschung.

Ergebnisse aus den Diskussionen und Kartenabfragen:

1. Mangelnde Sprachkenntnisse bei den Eltern, insbesondere bei den Frauen.
2. Lehrer und Erzieherinnen vermissen Hintergrundinformationen zu migrantenspezifischen Themen z.B. Kopftuch, Islam etc.
3. Mangelnde Sprachkenntnisse bei neuzugewanderten Müttern.
4. Väter haben bessere Deutschkenntnisse, fühlen sich aber für eine aktive Mitarbeit in der Schule nicht verantwortlich.
5. Kinder fehlen im Unterricht, weil sie für die Eltern dolmetschen müssen.
6. Sprachschwierigkeiten gibt es vor allem bei türkischstämmigen Kindern.
7. Für eine intensive Sprachförderung sind in der Schule keine Ressourcen vorhanden.
8. Die Jungen zeigen oft ein machohaftes Verhalten und haben Schwierigkeiten, Lehrerinnen als Autoritäten zu akzeptieren. Sie identifizieren sich überwiegend mit der Herkunftskultur und grenzen sich massiv zu der hiesigen ab. Aktuelle politische Konflikte werden bis in die Klassenzimmer hineingetragen.
9. Bei den Mädchen ist ein Rückzug in die eigene ethnische Gruppe zu beobachten.
10. Die Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen lässt zu wünschen übrig. Die Initiative ergreift in den meisten Fällen die Schule.
11. Schwierigkeiten mit Migranteneltern bei einem notwendigen Schulwechsel. Migranteneltern empfinden das als Gesichtsverlust.
12. Beratung islamischer Männer gestaltet sich schwierig, da sie Lehrerinnen nicht als Autoritäten akzeptieren.
13. Kopftuchtragende Mädchen sorgen sich sehr darum, ob ihr Kopftuch richtig sitzt.
14. Osteuropäische Schüler unterliegen einem enormen Druck seitens der Familie, weil sie gute Noten vorweisen müssen.
15. Mangelnde Akzeptanz der Einwandererkinder für die Mehrheitskultur. Sie idealisieren ihre Herkunftskultur, obwohl das nicht der Realität entspricht.
16. Alleinerziehende Mütter werden in ihrer ethnischen Gemeinde nicht akzeptiert.
17. Immer mehr Migrantenkinder weisen sprachliche Defizite auf.
18. Kontakte zu Moscheevereinen sind sehr wichtig.
19. Deutsch wird häufig nur im Unterricht gesprochen. Auf dem Schulhof wird in der Migrantensprache kommuniziert.
20. Sprachförderung für Migrantenkinder – verbesserte Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen – Konzeptaustausch.
21. Schulen und Migrantenvereine sollen gemeinsame Konferenzen durchführen.
22. Thema: Sachunterricht: Verkehrssichere Räder sind nicht vorhanden, praktische Übungen sind daher nicht möglich.
23. Türkische Kollegen könnten sehr hilfreich sein bei kulturellen Problemen.
24. Sprachkurse für Eltern sollen gezielt angeboten werden.
25. Förderung der deutschen Sprachkompetenz bei Migranteneltern muss ausgebaut werden.
26. Bedeutung deutscher Sprachkompetenz für die Integration (Eltern als Sprachvorbild).
27. Kinder sollen im Ramadan nicht fasten.
28. Während des Fastenmonats Ramadan entfällt die Mitarbeit von einigen islamischen Migranteneltern für einen ganzen Monat.

29. Teilnahme von türkischen Mädchen und Jungen am Schwimmunterricht muss gewährleistet sein.

30. Klassenfahrten: Die Teilnahme muslimischer Kinder ist nicht gewährleistet.

31. Die sprachlichen Probleme der Eltern führen dazu, dass ältere Geschwister zu den Elternsprechtagen gehen müssen.

32. Einbeziehung muslimischer Männer: „Jungenerziehung“ sollte in den Migrantenfamilien thematisiert werden.

33. Körperliche Züchtigung in der Koranschule.

34. Über Konflikte zwischen Jungen und Mädchen sollte gesprochen werden.

35. Sexualkundeunterricht wird nicht akzeptiert.

36. Schule (mit eher internationaler Einstellung) trifft auf Nationalismus von Migranten bzw. nationalistischen Islam.

37. Aufgrund sozialer Isolation können die Deutschkenntnisse der Herkunftsfamilien nicht verbessert werden.

38. Krankmeldungen mehrerer Geschwisterkinder gleichzeitig.

39. Fingierte Atteste nach Ferien.

40. Viele Migranteltern nehmen an Klassenfesten nicht teil. Dafür kommen manchmal ältere Geschwister, die eher passiv den Schulveranstaltungen beiwohnen.

41. Fehlen des Wissens über die weiterführenden Schulen (Stellenwert von Hauptschule).

42. Migranteltern sind häufig mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert.

43. Mangelnde Sprachkenntnisse bei den Kindern; die Kinder erhalten im Elternhaus keine Unterstützung.

44. Terminüberschneidungen bei Schul- und Vereinsveranstaltungen; Viele Eltern bevorzugen die Vereinstermine, weil sie diese für wichtiger halten; Es fehlt das Bewusstsein, dass eine aktive Zusammenarbeit mit der Schule zum Wohle ihrer Kinder ist.

45. Die Kontakte zu den türkischen Vereinen müssen intensiviert werden.

46. Die muslimischen Migranteltern nehmen während des Ramadan (4 Wochen) überwiegend nicht an den Schulveranstaltungen teil; Nach dem Schulgesetz festgelegte Pflichtveranstaltungen können aber häufig nicht verschoben werden.

47. Es kommt oft zu Diskriminierungsvorwürfen, wenn Eltern das Gefühl haben, dass sie ungerecht behandelt wurden (z.B. Verlängerung des Sommerurlaubs im Herkunftsland ohne vorherige Absprache).

48. Als Kommunikationsweg hat sich die Mundpropaganda als hilfreich erwiesen, am besten durch Vermittler in den Vereinen.

49. Väter erscheinen nicht zu den Elternabenden, wenn ihre Rolle als Erzieher in Frage gestellt wird.

50. Eltern erscheinen häufig nicht an den Elternabenden mit der Begründung, sie hätten niemanden, der auf die Kinder aufpasst. Väter fühlen sich für diese Aufgabe nicht verantwortlich.

51. Viele nach der Heirat zugewanderte Mütter sind verunsichert, in welcher Sprache sie mit ihren Kindern sprechen sollen.

52. Migranteltern glauben vielfach, sie hätten einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und halten sich deshalb häufig nicht an die Anmeldefristen.

53. Viele Eltern hoffen, dass ihre Kinder in wenigen Wochen die deutsche Sprache erlernen.

„Öfter findet man die Vermutung, dass viele Migranteltern wenig Zeit für ihre Kinder haben, weil das Migrationsprojekt sie zu sehr absorbiert. In einem Fall bei Reetz (2006) zum Beispiel sind die Eltern mit ihrer Tankstelle beschäftigt, die sie gepachtet haben, und mit ihren Sparzielen. Aber es ist nicht nur eine Frage der mangelnden Zeit. Viele Migranteltern kommen kaum auf den Gedanken mit ihren Kindern zu spielen, ihnen etwas vorzulesen oder dergleichen – alles wichtige Aktivitäten zur Vorbereitung auf die Schule. Die Eltern haben so etwas in ihrer eigenen Kindheit nicht erfahren und mögen das für Firlefanz halten. Sie sind sich nicht darüber im klaren, dass ihr Kind nicht mehr die sozialen Kontakte und vielfältigen Anregungen hat, die sie selber noch im Dorf oder in der ländlichen Kleinstadt hatten: Spielgemeinschaften mit Kindern verschiedenen Alters, Zuschauen bei den örtlichen Handwerkern, selber Mithelfen bei der Arbeit, die kirchlichen Rituale usw.“

Georg Auernheimer, Schüler und Eltern italienischer Herkunft im deutschen Schulsystem
(Referat am 1. April 2007 auf einer Tagung beim italienischen Konsulat).

„Die Kultusministerkonferenz muss nun endlich handeln: Schule darf es nicht mehr „à la carte“ geben. Alle Ausnahmen vom Schulbesuch, die religiös oder kulturell begründet werden, müssen verboten werden – egal, ob es sich dabei um Sport-, Schwimm-, Biologie und Sexualunterricht handelt, um Klassenfahrten oder andere Unterrichtsformen deutscher Schulen. Schule ist im Rahmen der Schulpflicht für alle Mädchen und Jungen verbindlich!“

Lale Akgün, SPD, MdB, 2008

Die neuesten Kommentare der verantwortlichen Integrationspolitiker zeigen jedoch eine Hilflosigkeit, die eine Weichenstellung in der Integrationspolitik nicht erwarten lassen: So hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, nach einem Brief von 68 Schulleitern vorgeschlagen, die Botschafter der Herkunftsstaaten einzubinden. Diese sollten ausländische Eltern zu mehr Engagement für die Schullaufbahn ihrer Kinder anhalten. „Der Vorschlag ist hanebüchen“, sagt Lale Akgün, „weil ausländische Diplomaten wohl kaum mit den Lebensbedingungen in den Kiezen und Vierteln unserer Großstädte vertraut sind“.

Lale Akgün, SPD Januar, 2009

(...) „domradio: Der Dialogbeauftragte des Moscheen-Dachverbandes DITIB Bekir Alboga zweifelt die Studie an und gibt an den negativen Werten bei Schulabschlüssen den Lehrern die Schuld. Viele türkischstämmige Schüler hätten seiner Meinung nach mit diskriminierenden Lehrern zu tun. Wie sehen Sie das?

Akgün: Man macht es sich ein bisschen zu einfach, immer die Schuld den anderen zu geben. Immer sind es die bösen Lehrer. Mein Mann ist Lehrer. Und ich weiß, wie er und seine Kollegen sich jeden Tag abmühen, den Kindern etwas beizubringen. Lehrer freuen sich doch, wenn die Kinder erfolgreich sind. Da sind andere Dinge: Es fehlt den Kindern häufig am Nötigsten. Sie kommen ohne Bleistift, Hefte und Bücher zur Schule. Sie haben daheim niemanden, der sie unterstützt. Oft kommen erleben sie dort bitterste Armut und dass Schule, nicht wichtig sei. Dabei ist Schule für Kinder ein wichtiger Punkt! Es verschönert ihnen den Alltag.“ (...)

„Schuld sind immer die anderen“ Interview mit Lale Akgün im domradio (26.01.2009)

54. Die Beteiligung der Migranteneltern an Veranstaltungen in Kindertagesstätten hat sich verbessert; allerdings bilden sich während der Veranstaltung Gruppen deutscher Eltern und Migranteneltern.
55. Viele Migrantinnen besuchen Deutschkurse. Oft fehlt allerdings die Bereitschaft, die erworbenen Kenntnisse zu erweitern und zu optimieren.
56. Kinder hetzen gegen diejenigen, die Schweinefleisch essen und beschimpfen sie als „Schweinefleischfresser“.
57. Die Vielfältigkeit der Kulturen beeinflusst in der Regel das Schulleben sehr positiv. Kinder sind neugierig und aufgeschlossen, wenn sie unterschiedliche Schwerpunkte und Lebensweisen kennen lernen.
58. Grundsätzlich gibt es positive Erfahrungen mit bildungsinteressierten Familien. Sie nehmen Anregungen auf.
59. In Konfliktsituationen (Gesprächen über auffälliges Verhalten mit Mitschülern oder beim Lernen) beobachtete ich bei den Eltern eine höhere Emotionalität, Sensibilität, teilweise auch verbale Aggressivität als in Familien ohne Migrationshintergrund. Häufige Konfliktsituationen: Schwimm- und Sportunterricht der Mädchen, Auseinandersetzungen zwischen Jungen.
60. Fehlende Deutschkenntnisse, aber auch der Muttersprache – besonders häufig bei Frauen – erschweren erheblich die Kommunikation, Umgangssprache reicht zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht aus. Kulturelle Unterschiede, andere Bildungsnähe / -ferne und Vorstellungen von Erziehungsnotwendigkeiten führen zum Teil zu Schwierigkeiten in der Schule. Konflikte entstehen bei machohaftem Verhalten der Väter und Söhne, bei Verteidigung der „Ehre“ verbal und mit Körpereinsatz und durch fehlende Verlässlichkeit bei schulischen Pflichten und Absprachen (z.B. Hausaufgaben, fehlende Materialien, Pünktlichkeit, Sorgfalt, Ordnungsstrukturen). Probleme entstehen auch bei Sonderurlaub („Basarverhalten“) und bei der Teilnahme am Schwimmunterricht und Klassenfahrten.
61. Bei persönlicher Ansprache kommen die Eltern gerne zu Klassenfesten (Aufbrechen von Vermeidungsverhalten). Die dort erfahrenen Begegnungen tragen dazu bei, dass die Eltern auch Informationsabende, Klassenpflegschaftssitzungen und Sprechzeiten wahrnehmen. Gesprächs- und Streitlösungsstrategien (Schulprogramm, Schulregeln) helfen, konkret Konflikte abzukühlen.
62. Zum Teil sind die Kinder sehr motiviert und integrieren sich gut in den Schulalltag. Kinder werden teilweise nicht von familiärer Seite unterstützt (z.B. fehlendes Sportzeug, ausgeteilte Hefte fehlen).
63. Einige sind gut integriert, bringen sich auch in Elternarbeit ein. Etliche sind wenig interessiert an schulischer Arbeit und Mitarbeit, kommen kaum zu Elternabenden, interessieren sich nur für ihr eigenes Kind.
64. In den schulischen Gremien sollte ein/e Migrantenvertreter/in für die besonderen Anliegen / Nöte vertreten sein.
65. Die meisten Familien aus meiner Klasse sind sehr gut integriert. Alle unterstützen die schulische Arbeit. Zum Teil benötigen sie Informationen zum Verstehen von christlichen Festen.
66. Schwierigkeiten bei Kontaktaufnahme, Telefonnr.-Änderungen werden nicht mitgeteilt, Krankmeldungen erfolgen nicht, Eltern kommen nicht zu Elternabenden und Gesprächen, fehlende Sprachkenntnisse, Kontakt muss immer von Lehrerin ausgehen (wird sehr freundlich, aber zum Teil auch sehr fordernd aufgenommen), Hilfsangebote werden schnell als Selbstverständlichkeit angesehen und eingefordert (z.B. Hausaufgabenhilfe in der Freizeit des Lehrers, fehlende Elternsprachkurse an der Schule). Diskriminierungsvorwurf wird schnell ins Feld geführt, sobald Leistungen von Kindern unzureichend sind (=fehlende Eigeninitiative?), Deutschland wird oft als sehr negativ und „feindlich“ gesehen (hohe Kriminalitätsrate, Gefahr für Kinder..., was zur Überbe-

hütung der Kinder führt, sie dürfen nachmittags nicht raus, mit anderen deutschen Kindern spielen, nicht alleine zur Schule gehen, keinem Verein beitreten usw.).

67. Schwierigkeiten bei Elterngesprächen bei sehr wenigen / gar keinen Deutschkenntnissen, fühlen sich oft benachteiligt und reagieren emotional, wenn Schwierigkeiten auftreten, teilweise mit dem Vorwurf, die Lehrkraft sei ausländerfeindlich, geringere Beteiligung an Elternabenden, Gemeinschaftsaktionen, freiwillige Dienste in der Klasse, bei Klassenfahrten, Bemerkungen wie „Scheiß-Deutschland“, „Scheiß-Deutsche“ auf dem Schulhof bei Streitigkeiten, ältere muslimische Jungen haben weniger Respekt vor weiblichen Lehrkräften.
68. Offene Fragen:
- Inwieweit werden Kinder komplett in Feiertage/Rituale einbezogen. Dürfen Kinder z.B. aktiv an der Fastenzeit teilnehmen?
- Gibt es konkrete Ansprechpartner/Angebote von außerschulischen Experten, um die andere Kultur vorstellen zu können?
- Welche Impulse / Absprachen fehlen in Familien mit Migrationshintergrund, um regelmäßig und verlässlich am Schulleben teilzunehmen?
- Wie können verbindliche Regeln und Absprachen in ihrer Bedeutsamkeit gezielt in das Bewusstsein gebracht werden?
69. In der Schule besprochene Vereinbarungen werden wegen des unterschiedlichen „Jungenbildes“ zwar gehört, aber nicht umgesetzt. In der Schule haben die als „Prinzen“ erzogenen Jungen weniger Einsicht in die Notwendigkeit schulischer Regeln, tun sich immer noch schwer, Mitschüler/innen als gleichberechtigt zu behandeln. Grenzsetzung von zu Hause fehlt. Teilnahme an Klassenveranstaltungen und Klassenpflegschaften in der Regel gegeben.
70. Einbeziehung verschiedener Kulturen, Differenzierung und die gegenseitige Bereitschaft aktiv zu zuhören, Toleranz und Achtung des anderen Menschen sind notwendige Voraussetzungen für ein gedeihliches Miteinander. Allerdings erwarte ich von jedem – mit oder ohne Migrationshintergrund - , der in Deutschland auf Dauer lebt, dass das freiheitlich-demokratische Grundgesetz anerkennt und die Zweitsprache erlernt wird.
71. Probleme sollen nicht unter den Tisch gekehrt werden, sondern es muss nach Lösungen gesucht werden. Dazu gehört auch die Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen usw.



„Der Anteil vorzeitiger Einschulungen ist bei ausländischen Kindern etwa um ein Drittel geringer, die Zurückstellung von Einschulung liegt doppelt so hoch. In den Jahrgangsstufen 1 bis 3 ist das Wiederholungsrisiko von Kindern mit Migrationshintergrund viermal höher als das von Nichtmigranten. Aus Realschulen steigen fast doppelt so viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ab als Einheimische. In einigen Bundesländern ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die eine verzögerte Schullaufbahn aufweisen, doppelt so hoch wie der von Kindern ohne Migrationshintergrund.“

Integration braucht faire Bildungschancen, Bertelsmann Stiftung 2008

„Eine Einrichtung, die mit ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag auf die Gesamtpersönlichkeit orientiert ist, kann auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Eltern nicht verzichten. Diese wird in den Bildungseinrichtungen zwar zumeist für wichtig befunden, das Lehrpersonal kann aber nur einen Bruchteil seiner Zeit dafür aufbringen. Oft stellt sich heraus, dass die gute Absicht allein nicht ausreicht, sondern qualifizierte Strategien und Konzepte für eine bedarfsorientierte Elternarbeit notwendig sind.“

Integration braucht faire Bildungschancen, Bertelsmann Stiftung 2008

„Im Kindergarten sind die Fronten oft eingefahren. Türkische Eltern fühlen sich oft diskriminiert und haben aufgrund negativer Erfahrungen ihr Engagement aufgegeben. Deutschen Pädagogen fehlt oft das Verständnis für die andere Kultur, vor allem aber Zeit und Ressourcen, speziell auf die Probleme von Migrantenkindern einzugehen.“

Ali Dericioglu, Sozialwissenschaftler, Bremen 2008

Eine abschließende Bearbeitung und Bewertung der Liste fand statt am 28. Oktober

Ergebnisse aus dem Protokoll der Konferenz am 28.10.2008, 15.00 Uhr in der BRÜCKE

(7 Teilnehmer/innen)

In der heutigen Konferenz sind die Lehrerinnen und Lehrer zusammengekommen, die sich intensiver mit der Thematik beschäftigen wollen.

Nach Auffassung aller Anwesenden sind die Protokolle der Einzelkonferenzen ausführlich und spiegeln deutlich die Diskussionen an den Konferenzen wieder.

Aus den Protokollen der ersten Konferenzen wurde eine Gesamtliste mit allen wichtigen Anmerkungen / Kritikpunkten / Anregungen erarbeitet. Diese wird den Anwesenden ausgehändigt, mit der Bitte um Ergänzung und Kommentar.

Die Konferenzteilnehmer sehen in der Liste folgende Schwerpunktthemen:

1. **Eltern / Elternarbeit**
2. **Sprache / Spracherwerb**
3. **Die Rolle der muslimischen Vereine**

Die bisherigen Diskussionen wurden wie folgt ergänzt und bewertet:

Eltern / Elternarbeit

Oft hängt der Schulerfolg von Kindern aus Zuwandererfamilien von der Unterstützung des Elternhauses ab. Da dies in vielen Migrantenfamilien nicht gewährleistet wird, bleiben viele Kinder auf der Strecke. Beispielsweise melden viele Eltern ihre Kinder aus dem offenen Ganztage ab, mit der Begründung, die Mütter seien zu Hause und würden sich nachmittags um die Kinder kümmern.

Grundsätzlich seien die Eltern an einer guten Schulbildung ihrer Kinder interessiert. Oft fehlten aber Grundkenntnisse des deutschen Bildungssystems und der deutschen Sprache, die die Zusammenarbeit mit den Schulen erheblich erschweren.

Sprache / Spracherwerb

Auf die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache und auf die dringende Notwendigkeit, sie zu erlernen, haben fast alle Teilnehmer in den ersten drei Konferenzen hingewiesen. Auch die Anwesenden in der heutigen Konferenz messen diesem Thema große Bedeutung bei. Eine Lehrerin berichtet, dass bei den aktuellen Einschulungsgesprächen trotz inzwischen flächendeckender Angebote zur Sprachförderung keine Verbesserung der Sprachkenntnisse zu erkennen ist.

Durch die immer noch praktizierte Heiratsmigration (d.h. selbst Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation heiraten einen Mann bzw. eine Frau aus dem Herkunftsland), wird die Situation noch zusätzlich verschärft. Es liegt nahe, dass die neuzugewanderten Frauen und Männer mit ihren Kindern die Muttersprache sprechen und sie ihnen nicht beim Erlernen des Deutschen behilflich sein können. Dieses Thema muss mit den Migrantenvertretern besprochen werden.

Die Sprachförderung im Kindergarten lässt zu wünschen übrig, da die Erzieherinnen oft mit diesem Auftrag überfordert sind. Sie sind nicht als Sprachlehrerinnen ausgebildet worden. Das angeeignete Wissen an einschlägigen Seminaren reicht nicht aus, um professionelle und erfolgreiche Sprachvermittlung zu meistern.

Die Eltern werden noch verunsichert, weil die Informationen über den Zweitspracherwerb

umstritten sind und häufig von Laien weitergegeben werden.

Eine zweisprachige Erziehung kann nur gelingen, wenn mehrere günstige Faktoren vorhanden sind. Im Idealfall lernen Kinder durch Nachahmung von Gleichaltrigen auf natürliche Art und Weise. Wenn Migrantenkinder aber erst im Kindergarten oder in der Schule mit der deutschen Sprache in Kontakt treten, dann ist es sehr schwierig, Versäumnisse nachzuholen. Auch das Konzept des Muttersprachlichen Unterrichts, der ursprünglich „Gastarbeiterkinder“ auf die Rückkehr ins Herkunftsland vorbereiten sollte, ist überholt. Man sollte besser in eine stärkere und systematische Deutschförderung investieren.

Die Schulen und die Kindertageseinrichtungen klagen über zu große Gruppen von Kindern, in denen keine erfolbringende Sprachförderung möglich ist.

Trotz vieler Versuche, die zugewanderten Mütter in den Sprachlernprozess mit ein zu beziehen, wie es z.B. die Projekte „Rucksack“ oder „Mama lernt Deutsch“ beabsichtigen, sind die Sprachkenntnisse vieler türkischstämmiger Frauen rudimentär. Die Lehrerinnen äußern den Eindruck, dass oft die Eigenmotivation bei den Migrantenelementern fehlt, sich intensiver mit den hiesigen Verhältnissen auseinander zu setzen. Dieser Aspekt muss ebenfalls mit den Vertretern aus den Vereinen erörtert werden.

Die Rolle der muslimischen Vereine

Der Einfluss muslimischer Vereine auf die Familien insgesamt und speziell auf die Kinder, ist nicht zu unterschätzen.

Eine Lehrerin stellt fest, dass in ihrer Schule in Recklinghausen-Süd deutlich zu erkennen ist, welche Kinder einem Moscheeverein angehören und welche nicht. Das äußert sich zum Teil an der konservativen Weltanschauung, die die noch jungen Schüler haben und an der Art, Dinge nicht offen anzusprechen und sogar zu lügen. Die anderen Schüler dagegen, die keinem Verein angehören, sind deutlich liberaler und toleranter.

Eine Lehrerin, die selbst türkisch-muslimischen Hintergrund hat, ist der Auffassung, dass jede Familie die religiösen Pflichten auf individuelle Art auslegt.



Der Sport

Die Sicht der Vereine

Am 29. Oktober 2008 fand eine Konferenz zum Handlungsfeld Sport mit Vertretern von Vereinen und Verbänden, der Verwaltung und dem zuständigen Beigeordneten statt.

Teilnehmer/-innen:

- Geschäftsführer des Integrationsrates**
- Leiter des Fachbereichs Schule und Sport**
- Sachgebietsleiter Sport**
- Vorsitzender Fußballkreis Recklinghausen (FLVW)**
- Vorsitzender Kreisjugendausschuss Recklinghausen (FLVW)**
- Problemlotse Jugendbereich Kreis Recklinghausen (FLVW)**
- Stadtsportverband**
- Polizeisportverein e.V. RE**
- TuW RE-Süd 1886 e.V.**
- SG Suderwich e.V.**

Ergebnisse aus der Diskussion:

1. Die Vereinsvorschriften sind sehr komplex und nicht immer verständlich. Migranten haben Probleme, diese Vorschriften zu verstehen und sehen häufig keinen Sinn darin, diese einzuhalten, sowohl im Rahmen der Mitgliedschaft wie auch bei der Vorstandarbeit. Migranten fühlen sich durch die Vorschriften gegängelt. Es bestehen häufig auch Informationsdefizite und es fehlt die Bereitschaft, sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen. Angebote für Qualifizierungsmaßnahmen werden meistens nicht angenommen.
2. Gemeinsame Freizeitaktivitäten zwischen Deutschen und Migranten beschränken sich in den meisten Fällen auf die Sportanlage. Außerhalb bestehen kaum freundschaftliche Kontakte. Eine größere Teilnahme der Migranten an Vereinsveranstaltungen wäre wünschenswert. Viele Vereine haben sich auf die andere Esskultur- und Speisevorschriften der Migranten eingestellt.
3. Migranten-Sportvereine sind kaum in der Jugendarbeit aktiv, was im Hinblick auf die steigende Zahl der Migrantenjugendlichen unverständlich ist.
4. Innerhalb der Migrantencommunity wird meistens nur in der Muttersprache kommuniziert. Die deutschen Vereinsmitglieder fühlen sich dadurch ausgegrenzt.
5. Im Wettkampf wird von Migranten von den Mitspielern Fairness erwartet, aber von ihnen selbst nicht ausgeübt. Im Streitfall wird seitens der Migranten häufiger die Unwahrheit gesagt, weil man sich vorbehaltlos und unkritisch vor die eigene Gruppe stellt.
6. Die Verlässlichkeit in Bezug auf die Erreichbarkeit (telefonisch, Mail) wird bei vielen Migranten, die Verantwortung in ihren Vereinen übernommen haben, nicht ernst genommen und im Hinblick auf mögliche Folgen für den Verein unterschätzt.
7. Die Akzeptanz von Spruchkammerentscheidungen hat zugenommen, seitdem ein Migrantenvertreter der Spruchkammer angehört.
8. Viele Migranten engagieren sich im Schiedsrichterwesen. Ihr Anteil ist überdurchschnittlich hoch. Türkische Spieler fordern von den türkischen Schiedsrichtern Loyalität ein.

„Ich wurde von einem türkischen Spieler niedergeschlagen. Unter den psychischen Folgen leide ich bis heute. Es fällt mir schwer, nach so einem negativen Erlebnis nicht zu pauschalisieren.“

Norbert Gröger (53), Schiedsrichter aus Datteln, WAZ 31.10.07

„Ich werde immer wieder ausländerfeindlich beschimpft, vor allem von Zuschauern und Vereinsvorständen. Die Vorurteile machen alles kaputt. Wir müssen endlich von den Vorurteilen weg.“

Zeki Bekmeczi (37), Schiedsrichter aus Marl, WAZ 31.10.07



9. Das Sportangebot der Vereine wird in seiner Vielfalt von den Migranten nicht angenommen. Der Schwerpunkt des Interesses liegt beim Fußball und Kampfsportarten bei den Jugendlichen und Männern sowie dem Tanz/Gymnastik bei Mädchen und Frauen. Es ist unklar, wie bei Migranten das Interesse an anderen Sportarten geweckt werden kann. Es wäre auch wichtig zu erfahren, wie Migranten (insbesondere Frauen) generell an den Vereinssport herangeführt werden können. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre eine Zusammenarbeit mit den Grundschulen.

10. Rassistische Äußerungen gibt es sowohl von Migranten wie von Deutschen. Sie kommen insbesondere dann vor, wenn Emotionen im Spiel sind.

11. Es ist insgesamt schwieriger geworden, Interessierte für die ehrenamtliche Tätigkeit im Verein zu gewinnen. Migranten sollen verstärkt für die Vereinsarbeit gewonnen werden, insbesondere für Führungspositionen und als Übungsleiter.

12. Ein Migrantenverein ist mit seiner Fußballmannschaft aufgestiegen und hat gleichzeitig den Fairnesspokal erhalten. Der Verein wurde für sein vorbildliches Verhalten ausgezeichnet.

13. Aufgrund mangelnder Hallenzeiten stellt sich die Frage, ob von den Migrantenvereinen Räumlichkeiten für Sportangebote zur Verfügung gestellt werden können.

14. Es wird festgestellt, dass eine funktionierende Kommunikation zwischen Deutschen und Migranten innerhalb der Vereine für das gegenseitige Verständnis unverzichtbar ist. Das Sprachverständnis ist dabei von großer Bedeutung. Hilfreich wäre es, wenn innerhalb der Vereine in Konfliktfällen Vermittler (Migrationbeauftragte, Problemlotsen, Kummerkasten, Hotline) zur Verfügung stehen. Von den Migranten wird erwartet, dass sie die traditionellen und „weltlichen“ Werte, die sich im Laufe der Jahre entwickelt haben, akzeptieren.

„Wir dürfen den Integrationsgedanken nicht fallen lassen, das wäre fatal. Der Umgang miteinander muss offener und ehrlicher werden. Wir brauchen mehr Kommunikation.“

Hans-Otto Matthey (61), Fußball-Kreisvorsitzender Recklinghausen, WAZ 31.10.07

„Wir Türken sind emotionaler als Deutsche. Viele von uns halten zu viel auf Tradition, auf Familienehre. Sie lassen sich zu leicht beleidigen. Wir müssen cleverer werden.“

Muharrem Gürbüz (45), Gençlik Spor Recklinghausen, WAZ 31.10.07

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): **Integration braucht faire Bildungschancen**. Carl Bertelsmann-Preis 2008. 1. Auflage. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): **Religionsmonitor 2008**. 1. Auflage. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh.
- Die Brücke, Institut für internationale Kontakte und Integration – Integrationsbüro der Stadt Recklinghausen (Hrsg.) (2006): **Türkische und muslimische Migrantenselbstorganisationen in Recklinghausen**.
- Esser, Hartmut (2006): **Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten**. Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main.
- Hurrelmann, Klaus / Grundmann, Matthias / Walper, Sabine (Hrsg.) (2008): **Handbuch Sozialisationsforschung**. 7. Auflage. Beltz Verlag, Weinheim.
- Kermani, Navid (2009): **Wer ist wir?. Deutschland und seine Muslime**. Verlag C.H. Beck oHG, München.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2008): **Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht**.
- Schmid, Hansjörg / Almila Akca, Ayse / Barwig, Klaus (2008): **Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden Württemberg**. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Schweitzer, Friedrich / Biesinger, Albert / Edelbrock, Anke (Hrsg.) (2008): **Mein Gott – Dein Gott. Interkulturelle und interreligiöse Bildung in Kindertagesstätten**. Beltz Verlag, Weinheim und Basel.
- Schweitzer, Friedrich / Biesinger, Albert / Edelbrock, Anke / Patak, Margarete (2008): **Religion und Religionen in der Kindertagesstätte. Eine empirische Untersuchung zu interreligiöser Bildung in der Praxis**. In: Schweitzer, Friedrich / Biesinger, Albert / Edelbrock, Anke (Hrsg.) (2008): **Mein Gott – Dein Gott. Interkulturelle und interreligiöse Bildung in Kindertagesstätten**. Beltz Verlag, Weinheim und Basel.
- Süßmuth, Rita (2006): **Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft**. Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München.

Integrations- büro



Die Brücke

Institut für internationale
Kontakte und Integration
der Stadt Recklinghausen

Willy-Brandt-Park 1
45655 Recklinghausen
Telefon: 02361/50-2012
e-mail: institut-bruecke@recklinghausen.de



STADT
RECKLINGHAUSEN